

Mainstreaming Biodiversity in der Gemeinde

Warum investieren niederösterreichische Gemeinden in das Bewusstsein ihrer Bevölkerung für den Wert der biologischen Vielfalt?

Masterarbeit
aus dem Studium Umwelt- und Bioressourcenmanagement

Fabian Pröbstl, BSc.

Matrikelnummer: 01241530

Studienkennzahl: H 066 427

Betreut durch:

Monika Kriechbaum, Ao.Univ.Prof. Dipl.-Ing. Dr.nat.techn.

Bernhard Splechtna, Dipl.-Ing. Dr.

H83400 Institut für Integrative Naturschutzforschung
Department für Integrative Biologie und Biodiversitätsforschung



Universität für Bodenkultur

Wien, September 2019

Eidesstaatliche Erklärung

Ich erkläre eidesstattlich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel hierfür benutzt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Formulierungen und Gedanken sind als solche, gemäß den Richtlinien wissenschaftlicher Arbeiten, kenntlich gemacht. Diese schriftliche Arbeit wurde noch an keiner Stelle vorgelegt.

Ort, Datum

Fabian Pröbstl

Kurzfassung

Die regelmäßige Interaktion mit einer vielfältigen Natur fördert neben der Gesundheit auch das Bewusstsein für den Wert der biologischen Vielfalt und damit für die Bedeutung von Naturschutz. Diese erlebbare Vielfalt ist heutzutage aus dem Alltag vieler Bevölkerungsteile allerdings verschwunden. Um dieser Entwicklung gegenzusteuern, verkörpern kommunale Verwaltungen wichtige Partner für den Naturschutz. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, einen Überblick über die durch Gemeinden diesbezüglich von 2015-2018 gesetzten bewusstseinsfördernden Maßnahmen zu geben sowie fördernde und hemmende Einflussfaktoren aufzuzeigen. Hierfür wurden 209 Gemeinden mittels quantitativer Fragebögen erfasst sowie acht vertiefende Interviews mit ausgewählten Gemeindevertretungen geführt. Insgesamt wurden 17 Maßnahmentypen berücksichtigt, welche von der ökologischen Grünflächenpflege über Naturlehrpfade bis zu Schulungsangeboten für Gemeindebeschäftigte reichen. Maßnahmen, welche in den typischen kommunalen Tätigkeitsbereich fallen, direkt mit der Gemeinde assoziiert werden und wenig zeitliches Engagement benötigen, wurden dabei am häufigsten gesetzt. Thematisch bezogen sich diese v.a. auf den Grünflächenbereich oder Insektenschutz. Die Hauptbeweggründe für die Umsetzung dieser Maßnahmen lagen in der Steigerung der Lebensqualität und Vorteilen im interkommunalen Vergleich. Die gute Informationsverfügbarkeit, landesweite Initiativen und das Engagement von Einzelpersonen unterstützten die Umsetzung. Limitierende Einflussfaktoren waren v.a. geringe personelle und zeitliche Ressourcen und mangelnde Unterstützung zentraler Entscheidungspositionen. Einschränkungen durch hohe Kosten wurden nur vereinzelt festgestellt. Aufbauend auf dem geringen Konfliktpotential und breitem Zuspruch der Bevölkerung empfehlen sich insbesondere die Bestärkung der Identifikation mit dem eigenen Naturraum und die Mobilisierung des lokalen Potentials, um das Engagement der Gemeinden langfristig zu sichern.

Abstract

Regular interaction with nature fosters not only the personal wellbeing but also sparks a high appreciation for nature, biodiversity and nature conservation. However, this perceptible diversity has vanished for large parts of the population from everyday life. To reverse this trend, local municipalities represent an important partner for conservation. The objective of this thesis is to provide an overview of the awarenessraising measures regarding appreciation for nature, biodiversity and nature conservation by Lower Austrian municipalities between 2015 and 2018. It further aims at analysing barriers and levers of biodiversity mainstreaming from the municipal perspective. Data was collected using questionnaires from 209 municipalities and was deepened in eight interviews with local politicians. In total, 17 different measures were taken into account, ranging from ecological maintenance of green spaces, education offerings for employees to nature trails and newspaper articles. Frequently implemented measures were directly associated with the local governance, belonged to the typical communal scope and took only little time. The thematic focus was mainly related to green spaces and insect conservation. The main benefits for the municipalities represented the increase of wellbeing and advantages regarding intercommunal comparison. The well-established information provision, external initiatives and the personal commitment of individuals supported the implementation. Barriers were mainly found in disinterest of government officials and employees, as well as lacking personal and temporal resources. In contrast, financial constraints only played a minor role. Based on the identified low potential for conflicts and high acceptance by the public, investments into the mobilization of the “local public potential” and the pride in the own natural environment are promising strategies to support the municipalities.

Danksagung

Diese Arbeit wäre ohne die Unterstützung vieler weiterer Menschen nicht in dieser Qualität möglich gewesen, wofür ich mich im Folgenden herzlich bedanken möchte.

Besonderer Dank gilt dabei meiner Betreuung durch Monika Kriechbaum und Bernhard Splechtna, welche nicht nur in ihren Lehrveranstaltungen die Grundlage für diese Arbeit gelegt haben, sondern mir auch während dieser Arbeit stets freundlich und hilfsbereit zur Seite standen. Besonders bedanken möchte ich mich für die inhaltlichen Anregungen, die Hinweise auf regionale Informationsveranstaltungen in Niederösterreich, sowie das laufende Feedback und den persönlichen Zuspruch von Anfang bis Ende der Arbeit.

Weiters möchte ich mich bei Sophie Kratschmer und Friedrich Leisch für ihre (mehrmalige) statistische Unterstützung bedanken, sowie bei Patrick Scherhauser für die Vermittlung der sozialwissenschaftlichen Grundwerkzeuge und die nötige Begeisterung hierfür in seinen Lehrveranstaltungen. Auch dem gesamten Team des Instituts für Integrative Naturschutzforschung darf ich an dieser Stelle für die nette und unterhaltsame Zeit meinen Dank aussprechen und dabei insbesondere Margit Seiberl für ihre freundliche und aufbauende Art danken.

Selbstverständlich gilt meine Dankbarkeit ebenfalls allen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern, welche bereit waren ihre (Frei-)Zeit zu spenden, um an der Fragebogenerhebung teilzunehmen und mich gleichzeitig durch freundliche Rückmeldungen in der Untersuchung bestärkten. Gleiches gilt für die Beschäftigten der kommunalen Verwaltungen, welche (teils mehrmals) Mails weiterleiteten, auf Adressfehler meinerseits hinwiesen und stets um einen erfolgreichen Kontakt zu den Gemeinderatsmitgliedern bemüht waren. Natürlich sei an dieser Stelle außerdem den einzelnen Interviewpartnerinnen und Interviewpartnern gedankt für ihre Zeit, Freundlichkeit und die bereitgestellten Einblicke in die offizielle und persönliche Gemeindearbeit. Weiters möchte ich mich bei der Energie- und Umweltagentur Niederösterreich für die hilfreichen Anregungen zur Gestaltung des Fragebogens bedanken.

Nicht zuletzt danke ich auch meiner Familie und Freunden für ihre Geduld und Zeit mit denen auch sie zu dieser Arbeit wesentlich beigetragen haben. Insbesondere gilt mein Dank dabei meinen Eltern, welche mir dieses Studium ermöglicht und mich stets darin unterstützt haben. Außerdem danke ich Agnes und Lisa, welche mir in höchster Zeitnot helfend zur Seite gestanden sind und Matthias für sein stets offenes Ohr zu aktuellen Herausforderungen der Arbeit. Abschließend möchte ich mich besonders bei meiner Freundin Marianne bedanken, welche oft bereit war auf gemeinsame Zeit zu verzichten und mir dennoch stets wichtigen Rückhalt für das Verfassen dieser Arbeit gegeben hat.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	7
1.1. Problemstellung und Zielsetzung	7
1.2. Umweltpsychologischer Hintergrund	9
1.2.1. Homogenisierung, <i>extinction of experience</i> und ihre Folgen.....	9
1.2.2. Definition und Zusammensetzung des Begriffs „Umweltbewusstsein“	10
1.2.3. Motive für Naturschutz auf individueller Ebene.....	13
1.2.4. Einflussfaktoren auf das individuelle Umweltbewusstsein.....	14
1.3. Abkommen, Strategien und Rahmenkonzepte im Kontext bewusstseinsfördernder Maßnahmen ...	18
1.3.1. Ausgewählte internationale Abkommen und Rahmenkonzepte	18
1.3.2. Ausgewählte Strategien und Konzepte auf Bundes- und Landesebene	20
1.4. Kommunale Maßnahmenmöglichkeiten, Initiativen und die Rolle der Gemeinde	21
1.5. Forschungsfragen und thematischer Fokus der Arbeit	26
2. Material & Methoden	29
2.1. Forschungsdesign und methodenpluralistischer Ansatz	29
2.2. Online Fragebogenerhebung	29
2.2.1. Aufbau des Fragebogens.....	30
2.2.2. Durchführung der Fragebogenerhebung	31
2.2.3. Aufbereitung & Analyse der Fragebogendaten	32
2.3. Qualitative Interviews mit Expertinnen und Experten	33
2.3.1. Auswahl der Expertinnen und Experten	33
2.3.2. Aufbau des Interviewleitfadens	34
2.3.3. Durchführung der Interviews.....	35
2.3.4. Datenanalyse der Interviews	35
3. Ergebnisse.....	36
3.1. Ergebnisse des quantitativen online Fragebogens	36
3.1.1. Grundcharakterisierung der teilnehmenden Gemeinden	36
3.1.2. Gesamtanzahl und Häufigkeit der gesetzten bewusstseinsfördernden Maßnahmen.....	38
3.1.3. Initiierung, Finanzierung und Umsetzung bewusstseinsfördernder Maßnahmen	40
3.1.4. Teilnahme an öffentlichen und privatwirtschaftlichen Initiativen.....	42
3.1.5. Anteil an Schutzgebieten	42
3.1.6. Lokale gesellschaftliche Ressourcen der Gemeinden	42
3.1.7. Einschätzungen möglicher Einflussfaktoren auf das Engagement der Gemeinden.....	43
3.1.8. Vorrangige Informationsquellen und Bedarf an regionaler Beratungsperson	44
3.1.9. Statistische Analyse möglicher Einflussfaktoren auf die Anzahl gesetzter Maßnahmen	46
3.2. Ergebnisse der qualitativen Interviews	47
3.2.1. Grundcharakterisierung der teilnehmenden Interviewgemeinden.....	47

3.2.2.	Fördernde Einflussfaktoren für die Umsetzung bewusstseinsfördernder Maßnahmen	51
3.2.3.	Hemmende Einflussfaktoren für die Umsetzung bewusstseinsfördernder Maßnahmen	58
3.2.4.	Ausgeschlossene Aspekte	61
3.2.5.	Informationsbedarf und regionale Beratungsperson	62
4.	Diskussion	63
4.1.	Häufigkeit und Verteilung der Maßnahmen.....	63
4.2.	Einflussfaktoren auf das Engagement für bewusstseinsfördernde Maßnahmen	66
4.3.	Synthese	75
5.	Fazit	84
	Literaturverzeichnis	87
	Abbildungsverzeichnis	92
	Tabellenverzeichnis	93
	Anhang	94
	Anhang I – Fragebogen der online Erhebung	94
	Anhang II – Leitfaden der qualitativen Interviews.....	101
	Anhang III – Analysekategorien mit Themenfeldern zur Auswertung der qualitativen Interviews.....	103
	Anhang IV – Ausgabe der Testung in der Statistiksoftware R.....	105
	Anhang V – Boxplots signifikanter Einflussfaktoren in der Statistiksoftware R.....	109

1. Einleitung

1.1. Problemstellung und Zielsetzung

Der niederösterreichische Radweg 8 führt im Weinviertel von Marchegg bis Retz und durchquert dabei Feldfluren und Aulandschaften genauso wie kleine Dörfer und Weingärten. Wenn eine zwölköpfige Radfahrgruppe diese Strecke an einem sonnigen Tag bereist, so wird sie dabei mit großer Wahrscheinlichkeit einige Turmfalken, Mäusebussarde, die eine oder andere Rohrweihe und mit etwas Glück sogar einen Schwarzmilan oder Seeadler zu sehen bekommen. Mit noch größerer Wahrscheinlichkeit wird sie aber am Ende des Tages lediglich „einige Greifvögel“ oder überhaupt nur „einige große Vögel“ gesehen haben. Daran konnte auch das Nachfragen bei der vorbeilaufenden Joggerin während der Trinkpause der Gruppe nichts ändern und auch der Aufruf der „Natur“-Rubrik der Gemeindehomepage konnte keine Auskunft geben, „was da gerade drüber geflogen war“. Verschwinden Schwarzmilan und Seeadler bis zur nächsten alljährlichen Radfahrrunde aus der Region, wird die Gruppe beim nächstjährigen gemeinsamen Abendessen wahrscheinlich abermals die scheinbar „selben großen Vögel“ gesehen haben. Unter Umständen gleichen Mäusebussard und Turmfalke sogar die quantitativen Verluste aus und bieten dadurch auch im nächsten Jahr ein scheinbar fast unverändertes Naturerlebnis.

Selbiges Beispiel lässt sich für viele Naturaspekte durchspielen und reicht vom unbemerkten Rückgang der Kornrade, über die vermeintlich wohlriechende Ausbreitung des drüsigen Springkrauts bis zum leisen Verschwinden diverser Wildbienenarten. Dabei geht es nicht um die Forderung nach umfassender taxonomischer oder biologischer (Arten-)Kenntnis, sondern um ein Grundverständnis und vor allem eine Grunderfahrung zur differenzierten Wahrnehmung zwischen einem scheinbar „funktionierenden Grün“ und einem biodiversitätsreichen Naturhaushalt.

Seit ihrer „Erfindung“ im Jahr 1986 war die Idee der „Biodiversität“ oder „biologischen Vielfalt“ eine politische (JAX 2002). Ziel war und ist es, die Komplexität der Natur für die Gesellschaft fassbar zu machen, um Naturschutz gesellschaftlich und politisch besser etablieren zu können. International wurde die Bedeutung der biologischen Vielfalt für das menschliche Wohlergehen erstmals 1992 im Zuge der UN Konferenz in Rio de Janeiro mit der Verabschiedung der *Convention on Biological Diversity* (CBD) festgehalten. Bis heute traten 196 Vertragsstaaten dem Abkommen bei, welche sich damit zum Erhalt, der nachhaltigen Nutzung und der gerechten Verteilung der resultierenden Vorteile der Biodiversität verpflichten (CARDINALE et al. 2012). Nach dem Grundsatz „schätzen was zu schützen ist“, stellten die Mitglieder der Konvention auf ihrer 4. *Conference of the Parties* (COP) 1998 erstmals die Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für den Wert der biologischen Vielfalt in den Fokus der Betrachtung und anerkannten Bildung und Bewusstseinsregung als zentrale Instrumente für die Erreichung der Ziele der Konvention. Dennoch verbreitete sich die Einsicht, dass auch in unseren Breiten die Natur in der Landschaft, aber auch den eigenen Gärten, Grünflächen und Parkanlagen schrittweise immer ausgeräumter zu werden scheint, gesamtgesellschaftlich nur langsam.

Heute scheint der Naturschutz zunehmend neue Wege beschreiten zu müssen, um dieses gesamtgesellschaftliche Bewusstsein zu erreichen. Obwohl die Ausweisung von Schutzgebieten weiterhin das unverzichtbare Rückgrat des internationalen Artenschutzes darstellt, scheint der

Naturschutz in Zukunft (noch) mehr denn je vielfältigere Partner finden und sich auf gesellschaftlich immer breitere Beine stellen zu müssen. Die heutigen Herausforderungen liegen dabei nicht mehr vorrangig im biologischen Verständnis oder Unwissen über den Naturhaushalt, sondern in der ökonomischen, politischen und insbesondere sozialen Domäne verhaftet (DÍAZ et al. 2006; EHRlich und PRINGLE 2008; KAREIVA und MARVIER 2012; NOVACEK 2008; REDFORD et al. 2015). Insbesondere der Mangel an öffentlichem Bewusstsein und die geringe Priorisierung naturschutzfachlicher Bestrebungen in der Wahrnehmung der Menschen spielen dabei eine zentrale Rolle, zumal sie sowohl das individuelle Handeln leiten, als auch Ausdruck im politischen Wahlverhalten auf gesamtgesellschaftlicher Ebene finden.

Der Verlust erlebbarer Biodiversität im Alltag vieler Menschen ist dabei Ursache und Symptom zugleich. Gleichzeitig ist ein Mangel an geäußertem Bewusstsein rein statistisch so gut wie nicht vorhanden, da sich kaum jemand allgemein gegen den Schutz und Erhalt der Natur aussprechen wird. Trotzdem ist dieser am Ende des Tages häufig zweitrangig oder schlichtweg aus dem Alltagsblickwinkel wieder verschwunden, sofern man nicht eine Ausbildung im ökologischen Bereich genossen hat. Der Rückgang der Biodiversität bleibt dadurch gesamtgesellschaftlich ohne gegensteuernde Investitionen ein primär durch mediale Berichterstattung erklärtes Problem, welches sich sowohl in der Darstellung als auch Wahrnehmung stets stärker in der Ferne niederschlägt (z.B. Regenwaldverlust, illegale Tierjagd) als in der eigenen Alltagsumgebung. Zwar kommt der medialen Berichterstattung durchaus eine nicht zu unterschätzende mobilisierende Rolle zu, allerdings läuft diese ohne persönliche Wahrnehmung in der eigenen Alltagsumgebung schnell Gefahr, den allgemeinen Zuspruch zwar zu unterstützen, diesen aber mit einem Mangel an persönlicher Relevanz zu versehen.

Der Integration erfassbarer, qualitativer Biodiversität in den Alltag der Menschen sowie dem Aufbau sinnvoller Interaktionsmöglichkeiten mit dieser, kommt daher zentrale Bedeutung für die Etablierung eines Bewusstseins zu, welches nicht auf einem reinen Lippenbekenntnis basiert. Aus Sicht des Naturschutzes bietet sich hierfür eine Vielzahl an potentiellen Unterstützungsmöglichkeiten, welche von kommunalen Verwaltungen, Wirtschaftsbetrieben und öffentlichen Einrichtungen über Vereine bis zu einzelnen Privatpersonen reichen. Insbesondere Gemeinden stellen im regionalen Kontext wichtige Ansprechpartner und Multiplikatoren für die Bewusstseinsbildung bei der eigenen Bevölkerung dar. Engagierte kommunale Verwaltungen können sowohl die eigene Gemeindezeitung mit Information über die Besonderheiten des lokalen Naturraums füllen, das Personal der Volksschule zu einem umweltpädagogischen Projekt anregen oder über die ökologische Pflege eines Blühstreifens im Ortskern breitenwirksam den umweltfreundlichen Umgang mit Grünflächen aufzeigen.

Schon jetzt werden in Niederösterreich eine Vielzahl unterschiedlicher bewusstseinsfördernder Maßnahmen gesetzt, welche teilweise von den Gemeinden bedeutend unterstützt werden. Diese Beteiligung ist für die Gemeinden nicht nur mit Vorteilen, sondern möglicherweise ebenso Interessenskonflikten, gesellschaftlichem Widerstand oder mangelnden Ressourcen verbunden. Von Seiten des Naturschutzes, gilt es diese Unterstützung nachhaltig zu fördern, um das Potential langfristig festigen zu können. Hierfür bedarf es der Kenntnis dieser fördernden und hemmenden Einflussfaktoren aus Sicht der Gemeinden. Die vorliegende Arbeit möchte diese daher erstmals für den Kontext bewusstseinsfördernder Maßnahmen aufzeigen. Gemeinsam mit einem Überblick über die in

Niederösterreich gesetzten Maßnahmen, soll damit zu einem verbesserten Austausch zwischen Naturschutz und kommunalen Verwaltungen beigetragen werden.

Die folgenden Kapitel der Einleitung stellen zur umfassenderen thematischen Einbettung, einen Überblick über grundlegende psychologische Aspekte des individuellen Umweltbewusstseins, relevante nationale und internationale Rahmenabkommen, sowie Möglichkeiten kommunaler Bewusstseinsregung bereit. Kapitel 1.5. legt abschließend den verfügbaren Stand des Wissens dar, grenzt die einzelnen Forschungsfragen gegeneinander ab und skizziert den weiteren Aufbau der Arbeit.

1.2. Umweltpsychologischer Hintergrund

1.2.1. Homogenisierung, *extinction of experience* und ihre Folgen

In Zeiten steigender Urbanisierung und globalen Artenverlusts sind die Interaktionsmöglichkeiten mit einer vielfältigen Natur für weite Teile der Bevölkerung zunehmend eingeschränkt (GODDARD et al. 2013). Das Verschwinden einer naturnahen Alltagsumgebung beschränkt sich dabei nicht nur auf den urbanen Raum, sondern hat durch die Homogenisierung der Landschaft (z.B. Flurbereinigung, Gewässerbegradigung) über das letzte Jahrhundert auch den Alltag in ländlich geprägten Gebieten erreicht. Undifferenzierbares, einheitliches Grün dominiert verstärkt die Wahrnehmung des Naturhaushalts, ohne dabei verlorene ökologische Leistungen oder Änderungen der Artzusammensetzung für ungeschulte Menschen zu offenbaren (MILLER 2005).

Die Folgen dieses Phänomens bezeichnete PYLE (1993, 130) als sogenannte „*extinction of experience*“. Die Reduktion erlebbarer Biodiversität führt demzufolge zu einer zunehmenden Ignoranz gegenüber einer vielfältigen Natur. Eine artenärmere Umwelt reduziert die Möglichkeiten, den Wert eines vielfältigen Naturhaushalts wahrnehmen zu können, wodurch ihrerseits die Entfremdung gegenüber einer vielfältigen Natur verstärkt wird. Diese Entfremdung des Individuums befördert wiederum die Akzeptanz einer artenärmeren Umwelt und treibt diesen Gesamtprozess abermals von selbst an. Diese Dynamik mündet – ohne entsprechende Gegenmaßnahmen – final in kollektiver Indifferenz (SOGA und GASTON 2016).

Zentraler Bestandteil dabei ist die intergenerationale Verschiebung des persönlichen Standards für eine als „von Natur aus normal“ empfundene vielfältige Natur („*environmental generational amnesia*“ bzw. „*shifting baseline syndrom*“) (KAHN und KELLERT 2002; PAULY 1995). Junge Generationen, die in einer artenärmeren Umwelt sozialisiert werden, verfügen über einen niedrigeren Richtwert für die Qualität des gewohnten Naturhaushalts, welcher jedoch für das spätere Leben als gefestigter Bewertungsmaßstab herangezogen wird. Die Folge ist eine fortlaufende Reduktion des Anspruchs an die ökologische Qualität natürlicher Lebensräume im Alltag dieser Menschen und mit Verlauf der Generationen, sowie eine unterbewusst fortschreitende Unterschätzung des wahrgenommenen Ausmaßes an Artenverlust (CLAYTON und MYERS 2009). KAHN und KELLERT (2002) führen in diesem Kontext ein Beispiel amerikanischer Schulkinder an, welche zwar die Problematik um Gewässerverschmutzung im Unterricht gelernt hatten, aber gleichzeitig den lokalen Fluss (trotz klar ersichtlicher Verunreinigungen) nicht als besonders verschmutzt einstufte, da sie keine („wirklich“) sauberen Flüsse in ihrem Alltag als Referenzgrundlage erlebten.

Bereits 1998 nannte der *roadmap Report* des *Biodiversity Project* (THE BIODIVERSITY PROJECT 1998) u.a. den Mangel an Erlebnissen von ökologischen Prozessen und Unwissen über die Bedeutung der Biodiversität für den Menschen als zentrale Hindernisse für die Ausbildung eines fundierten öffentlichen Umweltbewusstseins. Zusätzlich treiben heutzutage eine immer schnellere Alltagswelt, mediales Desinteresse bei gleichzeitiger gesellschaftlicher Reizüberflutung sowie moderne Konsum- und Verhaltenstrends diese Entfremdung voran. Diese Beschleunigung und Entkoppelung von natürlichen Dynamiken betreffen mittlerweile nicht nur Erwachsene, sondern spiegelt sich auch im Alltag vieler Kinder wider. Besonders in Industrieländern ist die Zeit, die Kinder im Freien verbringen, über die letzten Jahrzehnte kontinuierlich gesunken (SOGA und GASTON 2016). Der Großteil der Freizeitaktivitäten ist dazu heutzutage stark strukturiert (z.B. Freizeitsport) und bietet kaum Platz für eine ausgiebige, individuelle Erkundung vielfältiger Naturräume (MILLER 2005). Vor diesem Hintergrund wirft MILLER (2005) zurecht die Frage auf, ob eine Gesellschaft, welche nicht mehr den Wert einer vielfältigen Natur in ihrem Alltag erfährt, bereit sein kann, in deren Erhalt zu investieren?

1.2.2. Definition und Zusammensetzung des Begriffs „Umweltbewusstsein“

Im heutigen umweltpsychologischen Diskurs existieren mehrere Definitionsmöglichkeiten sowie synonyme Auffassungen des Begriffs „Umweltbewusstsein“ (HAM et al. 2015). Diese bis heute vorhandene „Definitions-lücke“ resultiert sowohl aus der Komplexität des Umweltdiskurses an sich als auch der Vielschichtigkeit des Bewusstseinsbegriffs (BOGUN 2000; UMWELTBUNDESAMT 2016). Inhaltlich kann Umweltbewusstsein mit einer Vielzahl von Aspekten (z.B. Wissen, Einstellungen oder Verhalten) in Verbindung gesetzt werden. Gleichzeitig umfasst der Begriff „Umwelt“ selbst bereits weitläufige Themenkomplexe wie Klima, Natur, Biodiversität, Ressourcen, Lärm oder Lichtemissionen (vgl. Abbildung 1). Das in dieser Arbeit im Fokus stehende Bewusstsein um die Bedeutung der Biodiversität stellt damit streng genommen nur einen Teilaspekt des Umweltbewusstseins dar.

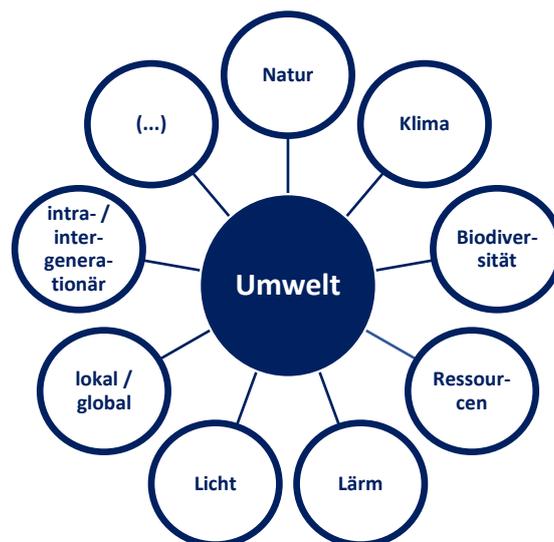


Abbildung 1: Auswahl an Themenkomplexen, welche unter dem Begriff "Umweltbewusstsein" subsumiert werden können (eigene Darstellung nach UMWELTBUNDESAMT 2016).

Eine offizielle Definition des Begriffs „Umweltbewusstsein“ findet sich im deutschsprachigen Raum erstmals 1978 im Zuge eines Gutachtens des Deutschen Bundesrates für Umweltfragen (UMWELTBUNDESAMT 2016). Umweltbewusstsein umfasst demnach (SRU 1978, 445):

„Einsicht in die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen durch diesen selbst, verbunden mit der Bereitschaft zur Abhilfe.“

Ähnliche Definitionen finden sich auch im englischsprachigen Raum für den Begriff „*environmental awareness*“, welcher beispielsweise wie folgt übersetzt werden kann (HAM et al. 2015, 160):

„Grundhaltung bezüglich der Bewertung von Auswirkungen auf die Umwelt durch menschliches Handeln.“

Eine grundsätzliche Definition verbleibt damit recht vage, weshalb der konkrete Begriffsumfang meist erst im Zuge der Operationalisierung der jeweiligen Studie festgelegt wird (UMWELTBUNDESAMT 2016). Wie Tabelle 1 verdeutlicht, wird dabei in Abhängigkeit der unter dem Begriff „Umweltbewusstsein“ miteinbezogenen Aspekte, ein enger, mittlerer und weiter Bedeutungsumfang unterschieden.

Tabelle 1: Möglicher Bedeutungsumfang des Begriffs „Umweltbewusstsein“ (eigene Darstellung nach UMWELTBUNDESAMT 2016).

Begriffsaspekte	Bedeutungsumfang		
	Eng	Mittel	Weit
Umwelerleben & -betroffenheit	Eng	Mittel	Weit
Umweltwissen			
Umweltbezogene Wertorientierung			
Umweltrelevante Verhaltensintention			
Umweltrelevantes manifestiertes Verhalten			

PREISENDÖRFER (1998) vertritt beispielsweise eine primär einstellungsbasierte Auffassung des Begriffs „Umweltbewusstsein“. Er beschränkt diesen auf eine persönliche Einstellung im Sinne eines „*ecological world view*“ oder einer grundsätzlichen Werthaltung gegenüber Umwelt.

Im Gegensatz zu dieser eng definierten Auffassung, besteht im Diskurs häufig ein erweiterter Begriffsumfang, welcher unter dem Begriff „Umweltbewusstsein“ das eigene Umweltwissen, Umwelteinstellungen und Umweltverhalten subsumiert (UMWELTBUNDESAMT 2016). Auch die hier vorliegende Arbeit orientiert sich an dieser Grundauffassung. Diese Einteilung spiegelt die theoretischen psychologischen Bestandteile des individuellen Umweltbewusstseins wider, welche im sogenannten „Drei-Komponenten Modell“ Ausdruck finden (vgl. Abbildung 2).

Demnach ist Umweltbewusstsein als multidimensionales Konzept zu betrachten, welches sich aus drei Kernkomponenten zusammensetzt (DEMBKOWSKI und HANMER-LLOYD 1994):

1) Kognitive Komponente („Umweltwissen“)

Menschen benötigen Wissen darüber, wie ihre Handlungen die Umwelt beeinflussen und wie diese Veränderungen auf Lebensbereiche rückwirken, welche sie persönlich wertschätzen. Diese Komponente repräsentiert das individuelle Umweltwissen und kann als „*Kenntnis- und Informationsstand einer Person über Natur, über Trends und Entwicklungen in ökologischen Aufmerksamkeitsfeldern, über Methoden, Denkmuster und Traditionen im Hinblick auf Umweltfragen*“ (DE HAAN und KUCKARTZ 1996, 37) umschrieben werden. Sie umfasst demnach individuelles Wissen, Erinnerungsprozesse, Intelligenz, Entscheidungsfähigkeit und Problemlösungsvermögen (HAM et al. 2015).

2) Affektive Komponente („Umwelteinstellung“)

Zweitens müssen Personen eine emotionale Bindung zu Umweltaspekten besitzen, um mögliche Gewinne wertschätzen und Verluste vermeiden zu wollen. Diese Komponente bezieht sich, neben allgemeinen Einstellungen und normativen Orientierungen bezüglich des Umweltschutzes im engeren Sinne, ebenfalls auf Erwartungen, Ängste und Zorn. Die Umwelteinstellung umfasst alle Gefühle, emotionalen Reaktionen und Urteile bezüglich der eigenen Handlungsweise in Hinblick auf Auswirkungen auf die Umwelt und schließt damit das Ausmaß emotionaler Betroffenheit im Falle wahrgenommener Umweltzerstörung mit ein (UMWELTBUNDESAMT 2016).

3) Konative Komponente („Umweltverhalten“)

Drittens müssen Menschen in der Lage sein, aufbauend auf den vorangegangenen emotionalen und kognitiven Komponenten, diese aktiv im Verhalten auszudrücken oder umzusetzen (z.B. Ausdruck von Ärger, Änderungen im Konsumverhalten). Diese Komponente entspricht damit der aktiven Umsetzung oder Intention, eine Verhaltensweise zu realisieren. Letztere wird in der Literatur sowohl als lediglich „verbale Zustimmung“ (MALONEY und WARD 1973, 584), als auch direkte „Handlungsbereitschaft“ (STONE et al. 1995, 599) ausgelegt. Zumeist bezieht sich der Begriff „Umweltverhalten“ allerdings auf das „tatsächliche Verhalten in Alltagssituationen“ (DE HAAN und KUCKARTZ 1996, 37).

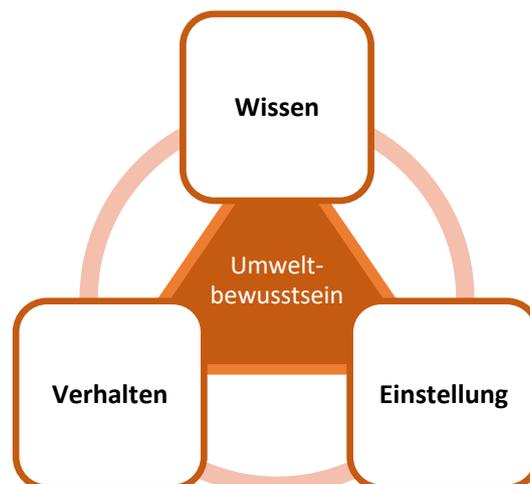


Abbildung 2: Teilindikatoren des „Drei-Komponenten Modells“ (eigene Darstellung nach BMU 2018).

Unabhängig von der schlussendlich herangezogenen Begriffsbreite, ist diese grundsätzliche Abgrenzung einzelner Komponenten und Begriffselemente stets im Hinterkopf zu behalten, da weder ein ausgeprägtes Umweltwissen noch bestimmte Umwelteinstellungen stets ein umweltbewusstes Verhalten nach sich ziehen.

Gleichzeitig folgt umweltbewusstes Verhalten nicht automatisch aus einem besonders hohen Wissen über ökologische Zusammenhänge oder einer (geäußerten) normativen Orientierung. In einer 2007 durchgeführten europaweiten Umfrage gaben 75% der befragten Personen an, dass sie umweltfreundliche Produkte selbst bei gering höheren Preisen im Vergleich zu konventionellen Produkten erwerben würden. Dennoch erklärten in einem zweiten Teil der Umfrage nur 17% der Personen tatsächlich umweltfreundliche Produkte in den letzten Monaten gekauft zu haben. Der Anteil an Personen, welche somit zwar eine Intention äußerten, aber diese nicht in einer Handlung realisierten lag damit bei 59%, während lediglich 15% ihre Intention tatsächlich umsetzten (HAM et al. 2015).

Derartige verzerrende Effekte durch bewusste oder unbewusste Antworttendenzen (z.B. soziale Erwünschtheit) sind bei der Erhebung von Eigenschaften wie dem Umweltbewusstsein grundsätzlich stark ausgeprägt. GIFFORD und NILSSON (2014) verweisen darauf, dass auch die Untersuchungsergebnisse vieler umfassender Studien zu einem erheblichen Ausmaß durch diese Effekte beeinflusst sind. Insbesondere dann, wenn diese rein auf den subjektiven Einschätzungen der Personen selbst basieren und damit berichtetes Verhalten mit tatsächlichem Verhalten implizit gleichgesetzt wird. Zusätzlich erschwert die Vielzahl an unterschiedlichen Einflussfaktoren auf das individuelle Umweltbewusstsein eine vollständige Erfassung des Bewusstseins einer Person (HAM et al. 2015).

Obwohl diese Arbeit nicht auf die Einschätzung des individuellen Bewusstseins von Einzelpersonen abzielt, sei im Folgenden ein Überblick über grundsätzliche Motive im naturschutzfachlichen Kontext sowie mögliche Einflussfaktoren auf das individuelle Umweltbewusstsein bereitgestellt, um eine bessere Orientierung für die daran anschließende Behandlung bewusstseinsfördernder Maßnahmen im kommunalen Kontext zu ermöglichen.

1.2.3. Motive für Naturschutz auf individueller Ebene

Laut MILFONT und DUCKITT (2004) existieren zwei zentrale, voneinander unabhängige, Grundmotive für den Erhalt von Natur im umweltbezogenen Wertediskurs. Einerseits bestehen biozentrische Motive, welche intrinsische Werte und die Bewahrung der Natur um ihrer selbst willen in den Vordergrund stellen. Andererseits stehen anthropozentrische Motive, welche auf die Nutzbarkeit der Natur für den Menschen fokussieren, diesen gegenüber. Neben einer rein instrumentellen Eigennutzen-Ratio spielen Empathie und Mitgefühl demnach für viele Menschen auf Individualebene genauso eine wichtige Rolle. Laut CLAYTON und MYERS (2009) kann Menschen außerdem ein grundsätzliches Bedürfnis nach Natur attestiert werden, welches bei unzureichender Befriedigung pathologische Beschwerden nach sich ziehen kann. Dies spiegelt sich beispielsweise in einer Art instinktivem Bedürfnis wider, Zeit in der Natur zu verbringen oder (Zimmer-)Pflanzen in die eigene Alltagsumgebung zu integrieren (HARTMANN und IBÁÑEZ 2006).

Laut *Special Eurobarometer 436* (vgl. Tabelle 2) rangiert in der österreichischen Gesellschaft eine allgemeine Verpflichtung, Natur zu schützen, deutlich vor anthropozentrischen Überlegungen, wie der Bedeutung der Biodiversität für die eigene Gesundheit oder als Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung (EC 2015). Wie bereits in Kapitel 1.2.2. angemerkt, ist eine eindeutige Erfassung und Abgrenzung individueller Motive allerdings auf Grund von Verzerrungseffekten oder Einflüssen durch den übergeordneten naturschutzfachlichen Diskurs (vgl. MACE 2014) schwierig.

Tabelle 2: Prozentueller Anteil an starker Zustimmung („stimme vollkommen zu“) befragter Personen in Österreich und im EU Durchschnitt zu den einzelnen Aussagen (eigene Darstellung nach EC 2015).

Aussage	<i>Wir haben eine Verpflichtung uns um den Erhalt der Natur zu kümmern.</i>	<i>Der Schutz der Natur ist essentiell für die Bekämpfung des Klimawandels.</i>	<i>Die menschliche Gesundheit und das gesellschaftliche Wohlergehen basieren auf einer intakten Natur und Biodiversität.</i>	<i>Biodiversität und eine intakte Natur sind wichtig für eine langfristige ökonomische Entwicklung.</i>	<i>Biodiversität ist unverzichtbar für die Produktion von Gütern wie Nahrung, Treibstoff oder Medizin.</i>
Ö	73%	61%	55%	46%	41%
EU28	76%	67%	60%	56%	53%

Ähnliches gilt für die Äußerung einer grundsätzlichen Zustimmung zur Bedeutung von Naturschutz. 88% der österreichischen Bevölkerung sehen den globalen Artenverlust als „großes bis sehr großes“ Problem an. Drei Viertel der befragten Personen behaupten, dass die Menschheit eine dezidierte Verpflichtung habe, sich um die Natur zu kümmern und 55% erwarten persönliche Nachteile durch den Verlust an Biodiversität (EC 2015). Dennoch ist diese scheinbar flächendeckende Zustimmung nicht automatisch mit einer grundsätzlichen Prominenz des Themas im Alltag der Menschen gleichzusetzten. So schafft es der Themenkomplex „Umwelt, Klimawandel, Energie“ – trotz großer Bedeutungsgewinne im Bereich Klimaschutz - laut *Standard Eurobarometer 90* nicht einmal gemeinsam unter die Top 5 der aktuell [Stand 2018] bedeutendsten nationalen Themen in Österreich (EC 2018). Und auch das Autorenteam der größten Bewusstseinsstudie Deutschlands, für deren Bevölkerung ähnlich hohe Zustimmungswerte vorliegen, verweisen darauf, dass es „[...] fraglich ist, inwiefern sich die Bekundungen auch im Verhalten widerspiegeln“ (BMU 2018, 52).

1.2.4. Einflussfaktoren auf das individuelle Umweltbewusstsein

Neben den zwei genannten Grundmotiven wurden über die vergangenen Jahrzehnte eine Vielzahl an individuellen und sozialen Faktoren, welche die Adaption von Umweltbewusstsein¹ und umweltbewusstem Verhalten mitbedingen, aufgezeigt. In einer ersten Metaanalyse führen HINES et al. (1987) Problemwissen, Handlungswissen, Kontrollüberzeugung², verbale Zustimmung, sowie

¹ Der Begriff „Umweltbewusstsein“ wird im Folgenden synonym für ein „naturschutzfachliches Bewusstsein“ verwendet, auch wenn der letzte Begriff, wie unter Kapitel 1.2.2. ausgeführt, nur einen Teilbereich des Umweltbewusstseins darstellt.

² Das Attribut der Kontrollüberzeugung umschreibt das individuelle Empfinden mit den eigenen Handlungsentscheidungen Veränderung bewirken zu können. Personen mit externer Kontrollüberzeugung attribuieren die Verantwortung, Veränderung zu bewirken, primär an andere, vermeintlich übergeordnete, Einheiten (z.B. Gott, Eltern, Regierungen oder den Zufall). Während Personen mit interner Kontrollüberzeugung diese Verantwortung sich selbst zuschreiben. Personen mit interner Kontrollüberzeugung („*internal locus of control*“) weisen dabei signifikant häufiger umweltfreundliches Verhalten auf, als Personen mit externer Kontrollüberzeugung (HINES et al. 1987; NEWHOUSE 1990).

persönliche Eigenschaften und Verantwortungsempfinden als starke Einflussfaktoren an. Laut jüngeren Metaanalysen von GIFFORD und NILSSON (2014) können insgesamt 18 Einflussgruppen auf individueller Ebene in der Literatur unterschieden werden (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Mögliche Einflussfaktoren auf das individuelle Umweltbewusstsein (eigene Darstellung nach GIFFORD und NILSSON 2014).

Individuelle Einflussfaktoren	
Persönliche	Soziale
<ul style="list-style-type: none"> • Wissen & Bildung • Persönlichkeit & Selbstdeutung • Kontrollüberzeugung • Werte, politische Überzeugungen & Weltanschauungen • Ziele • Verantwortungsempfinden • Kognitiver Bias • Ortsbezug • Alter • Geschlecht • Freizeitaktivitäten • Erfahrungen in der Kindheit 	<ul style="list-style-type: none"> • Religion • Urbanisierungsgrad des Wohnorts • Normen • Soziale Klasse • Nähe zu Umweltverschmutzung • Kulturelle und ethische Variation
	Weitere Motivationsanreize
	<ul style="list-style-type: none"> • Gesundheit • monetäre Ersparnis • Armut

Als mögliche Grundcharakterisierung halten die Autoren fest, dass – obwohl derartige Einflussfaktoren stets individuell unterschiedlich stark ausgeprägt sind und in Wechselwirkung zueinanderstehen – Menschen mit höherem Umweltbewusstsein tendenziell:

- mehr Zeit in der Jugend in der Natur verbracht haben
- mehr Wissen über Umweltprobleme und mögliche Lösungswege besitzen
- eine offene und gewissenhafte Persönlichkeit aufweisen
- über eine ausgeprägtere Selbstbeherrschung verfügen
- Teil der „oberen 50% der Gesellschaft“ sind
- einer Religion angehören, welche zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt anregt
- nicht-konsumtive Freizeitaktivitäten betreiben
- biozentrische, post-materialistische und liberale Werte vertreten
- sowie persönliche und deskriptive Normen zu umweltbewusstem Verhalten vertreten.

Mehrere Studien betonen in diesem Zusammenhang den verhältnismäßig geringen Einfluss kognitiver Komponenten gegenüber affektiven Komponenten auf das individuelle Verhalten. Der Umfang an Wissen korreliert laut HINES et al. (1987) grundsätzlich schwach mit der Bereitschaft sich umweltbewusst zu verhalten, wobei eine differenzierte Wissensvermittlung die Handlungsbereitschaft erhöht. JORDAN et al. (1986) verglichen hierfür das Verhalten von teilnehmenden Personen eines Kurses, welcher Wissen über Umweltprobleme und mögliche Handlungsmöglichkeiten vermittelte, mit dem von Personen eines anderen Kurses, welcher nur das Problem und die Bedeutung der Folgen

erklärte. Probanden des ersten Kurses wiesen eine signifikant höhere Bereitschaft auf, umweltfreundliches Verhalten umzusetzen. Ein gewisser Grad an Problemwissen ist demnach Grundvoraussetzung, um umweltfreundliche Handlungen bewusst setzen zu können. Dennoch können Wissen und Bildung nur als nötige, aber nicht alleinig ausreichende Voraussetzung gesehen werden (CLAYTON und MYERS 2009; GIFFORD und NILSSON 2014; HAM et al. 2015; NEWHOUSE 1990). CHAN und LAU (2000) verweisen darauf, dass grundsätzlich Menschen mit einem geringeren Umweltwissen auch eine stärker emotionale Bindung zu ihrer Umwelt aufweisen können, als jene mit hohem Umweltwissen. Trotz der intuitiv logisch erscheinenden Schlussfolgerung, dass Wissen Eigenschaften und Einstellungen bedingt, welche ihrerseits konsistentes Verhalten nach sich ziehen, wurde statistisch hierfür kein Zusammenhang festgestellt. Naturschutzfachliches Wissen besitzt zwar einen stark positiven Effekt auf die Zustimmung, allerdings einen relativ kleinen Effekt auf die Bereitschaft umweltbewusst zu handeln (HAM et al. 2015; NEWHOUSE 1990).

In methodischer Hinsicht verweisen HAM et al. (2015) – beziehend auf die regelmäßig in den USA durchgeführte Studie „*National report card on environmental knowledge, attitudes and behaviour*“ – außerdem darauf, dass die meisten Menschen zur Selbstüberschätzung in Hinblick auf ihr Wissen über Natur und Umwelt neigen. Während 70% der Probanden angaben, dass sie „sehr viel“ oder „viel“ über Natur wissen würden, erzielte lediglich ein Zehntel dieser Personen im anschließenden „Umweltquiz“ die höchste Note und mehr als ein Drittel hätte den Test nach Schulnotenwertung nicht bestanden. Dieses Ergebnis bringt für statistische Erhebungen das Problem mit sich, dass ökologische oder umweltbezogene Themenbereiche für die Bevölkerung häufig zu komplex sind und dadurch eine Einschätzung des Bewusstseins auf Basis von kognitiven Indikatoren meist schwierig ist.

Demgegenüber stellen affektive Aspekte oft zuverlässigere Indikatoren für die Vorhersage von umweltfreundlichem Verhalten dar, da sie einen geringeren Grad an Komplexität aufweisen. Außerdem ist die Bereitschaft, in Zukunft umweltbewusstes Verhalten durchzuführen, fast ausschließlich von emotionalen Reaktionen auf natürliche Einflüsse abhängig. Die zentrale Rolle nimmt dabei die emotionale Verbundenheit mit der Natur ein, welche insbesondere in früher Kindheit und Jugend geprägt wird (CLAYTON und MYERS 2009; HAM et al. 2015; NEWHOUSE 1990; PRÉVOT et al. 2018; TAM 2013). Der wichtige Einfluss dieser Lebensphase liegt in der Entwicklung der eigenen Identität, dem Erlernen von Rücksichtnahme auf andere(s) und der, bereits eingangs genannten, Ausbildung einer „*baseline*“ für Naturqualität begründet (CLAYTON und MYERS 2009). Mögliche unterstützende Faktoren sind dabei z.B. die Zeit, die in der Natur verbracht wird, das Vorhandensein von Vorbildern, Lesen von Naturschutzbüchern oder die Teilnahme an umweltpädagogischen Angeboten (STEVENSON et al. 2014). Sogenannte „*Hands-on Practice*“ (z.B. Gartenarbeit, Spaziergänge, naturschutzfachliche Pflegeeinsätze) verstärkt zusätzlich die Ausprägung eines respektvollen Umgangs mit der Natur. Außerdem kommt dem regelmäßigen Besuch vielfältiger Naturräume eine wichtige Rolle zu (PRÉVOT et al. 2018). CLAYTON und MYERS (2009) verweisen an dieser Stelle darauf, dass nicht per Zufall der Großteil bedeutsamer Personen in der Ökologie und Naturschutzbewegung des letzten Jahrhunderts weite Teile ihrer Jugend in vielfältigen Naturräumen verbracht haben. Ein ähnliches Bild ergab sich für 200 weltweit befragte Umweltpädagoginnen und -pädagogen, deren stärkste Motivation in Jugendaktivitäten in der Natur gefunden wurde (PALMER 1993).

Neben dem Aufbau eines Bezugs zu und Wertschätzung für Natur, gilt vor allem der grundsätzlich positive Einfluss von Natur auf die menschliche Gesundheit als bestätigt (ASTELL-BURT und FENG 2019; CARRUS et al. 2015; ENGEMANN et al. 2019; FULLER et al. 2007). Insbesondere die psychische Charakterentwicklung von Kindern wie Erwachsenen wird dabei durch die regelmäßige Interaktion mit einem natürlichen Umfeld unterstützt. Die meisten Menschen empfinden Aufenthalte in der Natur intuitiv als angenehm, im Sinne einer weder überfordernden oder reizüberflutenden Umgebung, noch einer zu eintönigen oder langweiligen. Naturerlebnisse unterstützen die individuelle Selbstreflexion, die Ausprägung eines Autonomiebewusstseins und die Entwicklung der eigenen Identität (insbesondere als Teil eines großen Ganzen) (CLAYTON und MYERS 2009).

Naturbewusstsein kann dabei sowohl durch Eigeninitiative als auch soziale Strukturen bedingt werden. Letztere fungieren hierbei (nicht nur im Kindesalter) als übergeordnete Regulative, welche sowohl einschränkend als auch motivierend wirken können (CIALDINI und GOLDSTEIN 2004). Während Kinder im Vorschulalter zumeist unter Aufsicht von Erwachsenen Naturräume erleben, stellt mit fortschreitender Entwicklung das Erkunden „auf eigene Faust“ sowohl eine Stärkung des Selbstbewusstseins als auch des Naturbezugs dar (CLAYTON und MYERS 2009). SCHEMEL et al. (2005) verweisen in diesem Zusammenhang auch auf die Unterschiede im Verhalten von Kindern in Abhängigkeit von der Gestaltung der Freiräume. In einem Vergleich von Kindern, welche auf einem konventionellen Spielplatz mit Geräten spielten, zu jenen, welche in einem sogenannten Naturerfahrungsraum³ spielten, berichteten letztere signifikant positiver und ausführlicher über ihre Erlebnisse, spielten komplexer und entspannter in Gruppen und hielten sich insgesamt länger auf der Fläche auf. Ein Drittel der Kinder nannte in ihren Schilderungen explizit gesehene Tierarten, während nur 3% der Tätigkeiten der Kinder auf dem konventionellen Spielplatz auf Natur bezogen waren.

Mehrere Studien legen außerdem nahe, dass statistisch auch die im Naturraum vorhandene Artenanzahl selbst das Ausmaß des Wohlbefindens und des Sensibilisierungsgrad mitbeeinflussen (CARRUS et al. 2015; DI GIULIO 2016; SHWARTZ et al. 2014). Demnach bedingen beispielsweise urbane Grünräume mit einer höheren Biodiversität auch stärker positive Effekte als vergleichbare Grünräume mit geringerer Vielfalt. Allerdings ist hierbei anzumerken, dass es sich dabei primär um signifikante Zusammenhänge handelt, während eine direkte Kausalität umstritten ist. Besonders im Alltag urbaner Bevölkerungsteile dürfte diese Beziehung aber grundsätzlich besonders ausgeprägt sein und öffentliche Grünflächen für viele Menschen einen letzten Bezugspunkt zu Natur repräsentieren. Die Forderung nach einer verstärkten Schaffung von leicht erreichbaren, wilden, unbewirtschafteten Naturflächen, welche es Kindern und Erwachsenen ermöglichen, selbstständig mit Natur in Beziehung zu treten, wird dabei laut MILLER (2005) über die letzten Jahre immer lauter. Hierbei zeigt sich in mehreren Studien ein signifikanter Zusammenhang zwischen dem Urbanisierungsgrad des Wohnorts in der Jugend und dem späteren Umweltbewusstsein (NEWHOUSE 1990; PRÉVOT et al. 2018). Personen, welche in einem ländlicheren Umfeld aufwuchsen, wiesen häufiger umweltbewusstes Verhalten auf,

³ Bei sogenannten Naturerfahrungsräumen handelt es sich um Erlebnisflächen für Kinder und Jugendliche mit dem Ziel eigenständig unverfälschte Natur entdecken und erleben zu können. Die Fläche dieser „naturbelassenen Spielplätze“ besteht mindestens zur Hälfte aus freien Sukzessionsflächen und wird auf dem Rest extensiv gepflegt. Durch den Verzicht auf vorgefertigte Spielgeräte (z.B. Schaukeln, Klettergerüste oder asphaltierte Flächen) sollen die Kinder zur Kreativität und selbstständigen Interaktion mit den vorhandenen natürlichen Elementen angeregt werden (z.B. Wasser stauen, Tiere beobachten, Unterstände aus Stöcken bauen). Auch die Aufsicht und Anleitung durch Erwachsene oder Hinweisschilder ist nicht angestrebt, zumal davon ausgegangen wird, dass der Naturraum selbst genügend Anreize bietet (SCHEMEL et al. 2005).

während sich für den aktuellen Wohnort demgegenüber kein (eindeutiger) Zusammenhang mit dem individuellen Umweltbewusstsein feststellen ließ (GIFFORD und NILSSON 2014).

Zusammenfassend stärkt eine regelmäßige Interaktion mit vielfältiger Natur sowohl das Wohlbefinden und die Gesundheit von Menschen, als auch die Wertschätzung für und den Bezug zu einer naturnahen Umwelt. Letztere ist ihrerseits – gerade wenn bereits in der Jugend gefestigt – zentrale Einflussvariable für späteres umweltbewusstes Handeln und die Befürwortung naturschutzfachlicher Aktivitäten (DI GIULIO 2016; MILLER 2005; SOGA und GASTON 2016).

Vor diesem Hintergrund fordern mehrere Autoren einen verstärkten Fokus auf den (Wieder)Aufbau einer emotionalen Verbindung des Menschen zur Natur durch sinnvolle Interaktionsmöglichkeiten in deren Alltag (vgl. MILLER 2005). Für NEWHOUSE (1990) reicht der gewöhnliche Schulunterricht hierfür bei weitem nicht aus, da in diesem primär auf kognitives Faktenwissen fokussiert wird, während für emotionale Bezugskomponenten und die Wertschätzung natürlicher Systeme keine Zeit bleibt. Gerade dieser Zugang wäre allerdings zentral für die Schaffung eines langfristigen Bewusstseins. MILLER (2005, 433) fordert in diesem Kontext eine „verlockendere“ und „für eine breite Masse ansprechendere“ Gestaltung von Naturschutz, insbesondere im Nahbereich von Siedlungen und der direkten Alltagsumgebung der Menschen. Gleichzeitig müssen Beteiligte des Naturschutzes (noch) stärker die aktive Zusammenarbeit mit Personen der Politik, der Projektplanung und -umsetzung sowie vor allem der lokalen Bevölkerung suchen, um alltagstaugliche Möglichkeiten schaffen zu können, mit einer naturnahen Umwelt in Kontakt zu bleiben. Ohne das Vorhandensein eines persönlichen, emotionalen Bewusstseins über die Bedeutung vielfältiger Naturräume dürfte eine breitenwirksame Naturschutzargumentation sonst nur schwer zu erreichen sein.

1.3. Abkommen, Strategien und Rahmenkonzepte im Kontext bewusstseinsfördernder Maßnahmen

1.3.1. Ausgewählte internationale Abkommen und Rahmenkonzepte

Diese, Ende des vorherigen Kapitels genannten, Forderungen sind mittlerweile nicht mehr auf den wissenschaftlichen Diskurs beschränkt, sondern haben über die vergangenen Jahrzehnte auch Einzug in internationale und nationale Naturschutzkonzepte gefunden.

Artikel 13 der 1992 verabschiedeten *Convention on Biological Diversity* (CBD) weist die Vertragsparteien an (UN 1992, 8f.):

„(a) Promote and encourage understanding of the importance of, and the measures required for, the conservation of biological diversity, as well as its propagation through media, and the inclusion of these topics in educational programmes; and

(b) Cooperate, as appropriate, with other States and international organizations in developing educational and public awareness programmes, with respect to conservation and sustainable use of biological diversity.“

Auch das strategische Ziel A des *Strategic Plan for Biodiversity 2011-2020* welcher 2010 durch die COP der CBD verabschiedet wurde, verweist mit der „Adressierung der dahinterliegenden Ursachen des

Biodiversitätsverlust durch mainstreaming Prozesse in Politik und Gesellschaft“ auf eine ähnliche Zielsetzung (SEKRETARIAT DER CBD 2010, 8). Die (u.a.) dahinterstehenden Aichi-Ziele 1 („awareness increased“) und 2 („biodiversity values integrated“) konkretisieren (SEKRETARIAT DER CBD 2010, 8):

„Target 1: By 2020, at the latest, people are aware of the values of biodiversity and the steps they can take to conserve and use it sustainably.“

“Target 2: By 2020, at the latest, biodiversity values have been integrated into national and local development and poverty reduction strategies and planning processes and are being incorporated into national accounting, as appropriate, and reporting systems.“

Die aktuelle und zukünftige Bedeutung dieser Forderungen spiegelt sich außerdem in der 2015 beschlossenen Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung wider. Insgesamt zehn der 17 *Sustainable Development Goals* (SDGs) greifen dabei die genannten beiden Aichi-Ziele auf. Das Bewusstsein um den Wert der biologischen Vielfalt findet sich dabei sowohl im Kern einer nachhaltigen Bildung (SDG 4), wie auch als Grundlage für die Etablierung ressourcenschonender Konsummuster (SDG 12), nachhaltiger Städtegestaltung (SDG 11) oder dem Stopp des Artenrückgangs in aquatischen und terrestrischen Ökosystemen (SDG 14 & 15). Insbesondere SDG 4 wird dabei als zentrale Voraussetzung für eine Vielzahl weiterer Nachhaltigkeitsziele der Agenda aufgefasst (SEKRETARIAT DER CBD 2016; SMITH et al. 2018).

Insgesamt liegt all diesen Forderungen die Ansicht zu Grunde, dass Verhaltensänderungen und Bewusstsein auf individueller Ebene ihrerseits den politischen Willen zentraler Entscheidungspersonen antreiben. Um die direkten und indirekten Treiber des Biodiversitätsverlustes zu adressieren, bedarf es demnach Veränderungen im Bewusstsein und Verhalten auf der Ebene von Individuen, Organisationen und den politischen Vertretungen (SEKRETARIAT DER CBD 2013). Diese Erweiterung des naturschutzfachlichen Paradigmas wird in der Naturschutzpolitik häufig mit den Schlagwörtern *„Mainstreaming biodiversity“* und *„CEPA“* (*„communication, education“* und *„public awareness“*) in Verbindung gebracht, welche sich kompakt in den angeführten Aichi-Zielen widerspiegeln (REDFORD und HUNTLEY 2014).

Grundgedanke des *„Mainstreaming von Biodiversität“* (vgl. Aichi Ziel 2) ist es, Naturschutz nicht mehr als separate politische Agenda zu führen, sondern diesen, gemeinsam mit einer nachhaltigen Ressourcennutzung, sektoral, intersektoral und sektorspezifisch, in politische Entscheidungen, Planungen und Strategien öffentlicher wie privater Akteure zu integrieren. Gleichzeitig soll diese verstärkte Berücksichtigung der Biodiversität auch in internationalen Themenfeldern wie z.B. Armutsbekämpfung, nachhaltige Entwicklung oder Klimawandelanpassung Einzug finden. Ziel ist die Integration in bestehende oder neu entstehende Strukturen ohne dabei zusätzliche Parallelstrukturen (in den jeweiligen Sektoren oder Systemen) zu erschaffen (IUCN 2015). Die Dimension dieser Integration reicht von lokalen Planungsinstrumenten, über regionale Programme bis zu nationalen und globalen Biodiversitätsstrategien. Obwohl die Umsetzung dabei primär an Personen in politischen und wirtschaftlichen Entscheidungspositionen adressiert ist, fordert der Ansatz in seiner Zielsetzung genauso die Stärkung des öffentlichen Bewusstseins und Sensibilisierung der Gesamtbevölkerung (SEKRETARIAT DER CBD 2002).

Letztere Forderungen wurden in den Folgedeklarationen der CBD außerdem im sogenannten „CEPA“-Ansatz zusammengefasst. CEPA wird mit Aspekten wie Partizipation, öffentlicher Bewusstseinsbildung und individueller Handlungsbereitschaft in Verbindung gesetzt. In der Praxis umfasst der Ansatz eine Vielzahl an möglichen Instrumenten, welche von der Verteilung von Broschüren, Befragungen und Evaluationen, über Informationsveranstaltungen und partizipative Foren, bis zur aktiven Teilnahme der Bevölkerung an politischen Planungsprozessen reichen (HESSELINK et al. 2007; SEKRETARIAT DER CBD 2002). Die bloße Weitergabe von wissenschaftlicher Information an die Bevölkerung ohne aktive Partizipation wird dabei nicht als ausreichender Anreiz für individuelle Verhaltensänderungen gesehen. Im Idealfall, ermöglicht der Ansatz eine Verbindung zwischen wissenschaftlichen Überlegungen und der sozialen und ökonomischen Realität der Bevölkerung, um damit als Grundlage für die Ziele der CBD zu fungieren (SEKRETARIAT DER CBD 2002).

1.3.2. Ausgewählte Strategien und Konzepte auf Bundes- und Landesebene

Auf nationaler Ebene werden diese Ansätze durch die Biodiversitäts-Strategie Österreich 2020+ aufgegriffen. Im Ziel 1 des Handlungsfelds I („Biodiversität kennen und anerkennen“) findet sich sowohl der Verweis auf die Bedeutung eines (öffentlichen) Bewusstseins für den Wert der Biodiversität, die Bedeutung persönlicher und politischer Entscheidungen, sowie den *Mainstreaming* Ansatz. Ziel 1 wird in folgende drei Unterziele konkretisiert (BMLFUW 2014, 9):

- *„Die Wertschätzung der Biodiversität in der Gesellschaft hat sich erhöht (2020).“*
- *„Mehr Partner aus verschiedenen Bereichen und ein erhöhter Anteil der allgemeinen Öffentlichkeit unterstützen die Erhaltung und die Entwicklung der biologischen Vielfalt.“*
- *„Verstärkte Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit bei biodiversitätsrelevanten Projekten ist erreicht.“*

Als mögliche Maßnahmen, um diese Ziele zu erreichen, fordert die Strategie u.a. (BMLFUW 2014):

- Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit (z.B. in Hinblick auf Aufklärung über Naturschutzrichtlinien, Ökosystemdienstleistungen, Konsumverhalten)
- Fortsetzung und Entwicklung spezifischer Kampagnen (z.B. vielfaltleben, Natur im Garten, naturbeobachtung.at)
- Investitionen in den Wissenstransfers zwischen Wissenschaft und Gesellschaft (z.B. Information von Personen mit privaten Grünflächen oder Erholungssuchenden)
- Integration der Thematik in die Lehrpläne aller Bildungsstufen
- Ausbau der Erwachsenenbildung
- Verstärkte Nutzung der Vorbildwirkung öffentlicher Flächen zur Bewusstseinsbildung für Biodiversität (durch Gemeinden, Städte und öffentliche Einrichtungen)

Als Evaluierungsparameter gelten dabei u.a. die Höhe investierter Mittel in bewusstseinsbildende Projekte, die Anzahl neugeschaffener öffentlicher Biodiversitätsflächen, die Besuchszahlen in Schutzgebieten, sowie die Nutzungszahlen biodiversitätsrelevanter Medien und Kommunikationsplattformen. Vorrangige Akteure in der Umsetzung sind die Ämter der

Landesregierungen, nationale Ministerien, Vertretungen ausgewählter Wirtschaftsbereiche, NGOs, diverse Ausbildungseinrichtungen, sowie Städte und Gemeinden (BMLFUW 2014).

Auch auf Landesebene bekennt das Niederösterreichische Naturschutzkonzept bereits in seiner Einleitung, dass Naturschutz auf möglichst breiter Ebene getragen und umgesetzt werden muss. Schutzgebiete stellen dabei das Rückgrat des niederösterreichischen Naturschutzes dar. Allerdings können diese ihr Potential nur entfalten, solange die Bevölkerung den Gedanken des Naturschutzes mitträgt und in die allgemeine Bewusstseinsbildung investiert wird. Das Naturschutzkonzept repräsentiert das offizielle Grundsatzpapier für die regionsspezifische Naturschutzplanung, sowie generelle Leitlinien, an denen sich die Naturschutzarbeit in Niederösterreich bis 2020 orientieren soll (AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG 2015). Diese Leitlinien verweisen u.a. auf (AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG 2015, 37):

- *„Verankerung von Naturschutzanliegen als gemeinsames, gesellschaftliches Interesse in relevanten politischen Handlungsfeldern.“*
- *„Naturschutz ist ein integraler Bestandteil in allen wesentlichen Bereichen und Sektoren (Mitdenken, Anhören, Gestalten), Synergien werden optimal genützt.“*
- *„Bestehende Kooperationen werden gestärkt und neue Partner gefunden: ‘Breite Allianz für die Lebensvielfalt in NÖ’.“*
- *„Die niederösterreichische Bevölkerung weiß den Wert und Nutzen von biologischer Vielfalt und intakter Natur zu schätzen.“*

Dem „Naturschutz im Nahbereich von Siedlungen“ wird dabei besondere Priorität eingeräumt. Dieser soll verstärkt durch Lebensraum- und Artenschutzprojekte in Ballungsräumen forciert, sowie durch die Nutzung öffentlicher Flächen für die Förderung der Biodiversität unterstützt werden. Zusätzlich soll durch Initiativen wie „Natur im Garten“ weiterhin das Potential von privaten Flächen mobilisiert und zum Bewusstsein der Gesamtbevölkerung beigetragen werden.

Das Themenfeld „Bildung, Information, Öffentlichkeitsarbeit“ repräsentiert ebenfalls eines von fünf „besonders wichtigen“ Aktionsfeldern. Das Konzept verweist an dieser Stelle auf die zentrale Bedeutung regelmäßiger Öffentlichkeitsarbeit, Bewusstseinsbildung und naturpädagogischer Maßnahmen für die Akzeptanz naturschutzpolitischer Bestrebungen. Der verstärkten Einbindung und Zusammenarbeit mit den Gemeinden wird dabei besondere Bedeutung beigemessen. Insbesondere für den Schul- und Jugendbildungsbereich wird die Erarbeitung neuer Umweltbildungsangebote gefordert (AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG 2015).

1.4. Kommunale Maßnahmenmöglichkeiten, Initiativen und die Rolle der Gemeinde

Neben Abteilungen des Landes, regionalen Initiativen und Naturschutzorganisationen kommt auf Landesebene insbesondere den Gemeinden eine zentrale Rolle in der Bewusstseinsbildung zu (DI GIULIO 2016; KUPFER et al. 2013). Gerade im ländlich geprägten Raum ist die kommunale Verwaltung für die vor Ort lebenden Menschen oft (noch) ein näherer Bezugspunkt als nationale Verwaltungseinheiten oder überregionale Organisationen. Gemeinden besitzen hier einen deutlich schnelleren und vor allem persönlicheren Kommunikationsweg zur einzelnen Bürgerin oder zum

einzelnen Bürger und sind zugleich näher mit deren direkter Alltagsrealität verbunden. Außerdem verfügt die Gemeinde mit der Gestaltung öffentlicher Flächen sowie der Festlegung der kommunalen (Naturschutz)Politik über eine gewisse Vorbildwirkung gegenüber der eigenen Bevölkerung.

Grundsätzlich besteht eine Vielzahl an Möglichkeiten für kommunale Verwaltungen, Bewusstsein für den Wert der Biodiversität bei der eigenen Bevölkerung, lokalen Verwaltungseinheiten oder in der Region insgesamt anzuregen. Tabelle 4 gibt auf den beiden Folgeseiten einen Überblick über ausgewählte Maßnahmenbeispiele.

Der Gestaltung und Pflege öffentlicher Grünflächen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, zumal diese auch im ländlichen Raum für viele Menschen einen der letzten, regelmäßigen Bezugspunkte zur Natur verkörpern. Wie bereits in Kapitel 1.2.4. ausgeführt, prägt die Gestaltung dieser Flächen, ob als „englischer Rasen“ oder zweimähdige „Bienenwiese“, das Bild von Natur unterbewusst mit. Grünflächen sind im Siedlungsbereich zentrale Bezugs- und Erholungspunkte und können (durch ihren Status als Gemeinschaftsflächen) für das Individuum als Referenz für die Gestaltung des „eigenen Grüns“ im Hausgarten fungieren. Ähnliches gilt für die Bepflanzung öffentlicher Blumenkisten, die Baumartenwahl bei Neupflanzungen oder die Gestaltung von Spielplätzen.

Die naturnahe Umgestaltung von Grünflächen wird dabei häufig von kommunikativen Maßnahmen durch die Gemeinde begleitet, um die Akzeptanz sowie den Informationsgrad der Bevölkerung in diesem Kontext zu erhöhen. Dies kann sowohl über Schilder direkt vor Ort als auch durch gemeindeeigene Medien passieren. Die Bereitstellung von Information und Fortbildungsmöglichkeiten richtet sich dabei nicht nur an Bürgerinnen und Bürger, sondern ist häufig auch an kommunale Verwaltungseinheiten gerichtet (z.B. Beschäftigte des Wirtschaftshofs bei Umstellung der Grünflächenpflege). Gleichsam kann eine Gemeinde auch unabhängig von einer Umstellung, Informationen an die Bevölkerung bereitstellen. Die Möglichkeiten reichen hierbei von Informationsveranstaltungen in Gemeindegäulen, über Beiträge in der Gemeindezeitung bis zur Veranstaltung von Festen und Exkursionen mit naturschutzfachlichem Schwerpunkt.

Die kommunale Verwaltung besitzt ebenfalls die Möglichkeit, die Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Naturschutzarbeit der Gemeinde einzubinden oder zur Partizipation in diesem Bereich anzuregen. Beispielsweise werden in manchen Gemeinden jährliche Neophytenmanagementtage veranstaltet, Nistkästen und Insektenhotels mit Schulkindern gebastelt oder in Gartenworkshops ökologische Pflegealternativen vermittelt. Der Vorteil kann dabei durchaus beiderseitig sein, zumal sich (z.B. im Falle des Neophytenmanagements) für die Gemeinde auch Kosten einsparen lassen.

Auch die Teilnahme an überregionalen Initiativen stellt für die Gemeinden eine Möglichkeit dar, Vorbildwirkung für die Gesamtgesellschaft zu übernehmen und das Bewusstsein für eine artenreiche Natur zu stärken. Hierfür landesweit prominentestes Beispiel ist die, 1999 vom Land Niederösterreich gestartete, Initiative „Natur im Garten“, welche eine Zertifizierung für alle Gemeinden (und auch Privatpersonen im Falle von Privatgärten) ermöglicht, welche freiwillig ihre Flächen ohne Pestizideinsatz, Torf und chemisch-synthetische Dünger pflegen. Mittlerweile sind niederösterreichweit 170 kommunale Verwaltungen der Initiative als „Natur im Garten“ Gemeinden beigetreten und weitere 174 Gemeinden bekennen sich zum Verzicht auf chemisch-synthetische Pestizide („Gemeinden mit Bekenntnis zum biologischen Pflanzenschutz“) [Stand August 2019]. Die

Tabelle 4: Beispiele bewusstseinsfördernder Maßnahmen für den Erhalt der biologischen Vielfalt, welche durch niederösterreichische Gemeinden bereits umgesetzt werden. Maßnahmen der Kategorie (Kat.) V wirken vorrangig durch die Vorbildwirkung der Gemeinde, Maßnahmen der Kategorie I besitzen primär informativen Charakter und Maßnahmen der Kategorie A fokussieren auf Arten- und Landschaftsschutz (Bildquellen siehe Abbildungsverzeichnis).

Maßnahme	Kat.	Beschreibung	Beispielabbildung
Naturnahe Gestaltung & ökologische Pflege öffentlicher Grünflächen	V	Pflanzung heimischer Arten sowie Zulassung spontaner Vegetation; Verringerung der Mähtermine und Verzicht auf Pestizide, Kunstdünger oder Torfausbringung. Die Grünflächen dienen der Bevölkerung als Referenzpunkt zur naturnahen Gestaltung der eigenen Grünflächen, bringen ökologische Grünflächenpflege ins Gespräch und können mit Informationstafeln einen pädagogischen Beitrag leisten.	
Öffentliche Obst- / Gemüsebeete	V	Anlegen von öffentlich zugänglichen und durch die Bevölkerung kostenlos nutzbaren Obstbäumen, Beerenhecken, Gemüse- oder Kräuterbeeten („Naschgärten /-hecken“); u.U. mit Fokus auf seltenen Sorten. Beete bieten der Bevölkerung die Möglichkeit mit Natur in Kontakt zu bleiben (z.B. auch durch partizipative Betreuung der Pflanzen), verdeutlichen Nutzen vielfältiger Natur und halten alte Sorten in Erinnerung.	
Blühstreifen mit Informationstafel	V	Gestaltung öffentlicher Grünstreifen entlang von Straßen, Wegen oder Parks durch Wildblumensaat oder Zulassung spontaner Vegetation; Verringerung der Mahd; kombinierbar mit Informationstafeln über Bedeutung von Wildbienen, Schmetterlingen oder anderen Insekten. Analog zur naturnahen Grünflächengestaltung, dienen Flächen als Referenz für die Bevölkerung, zeigen mögliche Artenvielfalt der Region auf und verschönern das Ortsbild.	
Naturschutzfachliche Schulungsangebote für Gemeindebeschäftigte	V	Eigengestaltung, Anregung zur Teilnahme oder Finanzierung von Fortbildungen oder Workshops (z.B. für ökologische Grünraumpflege) für Beschäftigte des Wirtschaftshofs oder anderer kommunaler Verwaltungseinheiten. Derartige Fortbildungen können sowohl die Akzeptanz in der eigenen Verwaltung erhöhen, Effizienzsteigerung in der Umsetzung bewirken und ein naturschutzfachliches Leitbild nach außen tragen.	
Naturpädagogische Programme in Schulen	I	Bewusstseinsregung durch Unterstützung interaktiver Projekte in Kindergärten und Schulen (z.B. Nistkastenbau, Workshop zu Wildbienen, Betreuung von naturschutzfachlich wertvollen Flächen, Ausflüge mit Fachleuten). Stärkung des Interesses und emotionalen Bezugs der Kinder zum lokalen Naturraum, sowie des Wissens über Tier- und Pflanzenarten und der Möglichkeit selbst etwas zum Naturschutz beitragen zu können.	
Artikel in der Gemeindezeitung & -homepage	I	Veröffentlichung (regelmäßiger) Beiträge über regionale Pflanzen und Tiere, naturnahe Gartengestaltung, globale Naturschutzthemen oder Ankündigungen lokaler Naturschutzveranstaltungen. Ziel ist die aktive Betonung des Themenfelds Natur(schutz) auf der öffentlichen Gemeindeagenda und im Bewusstsein der Menschen.	

Öffentliche Informationsveranstaltungen	I Bewerbung oder Veranstaltung von Vorträgen zu Naturschutzthemen, Diskussionsabenden oder Biodiversitätssymposia. Derartige Veranstaltungen vermitteln nicht nur naturschutzfachliches Wissen, sondern bieten ebenfalls Vernetzungsmöglichkeiten und eine Plattform für den Austausch zwischen Privatpersonen, Vereinen, sowie politischen und wirtschaftlichen Vertretungen.	
Feste mit naturschutzfachlichem Schwerpunkt	I Bewerbung oder Veranstaltung von Festen zu regionalen Naturschätzen, speziellen Lebensräumen oder Arten (z.B. Wiedehopffest); Kombination aus Informationsständen, Vortags-, Exkursions- und Spielangeboten. Neben der Vermittlung naturschutzfachlichen Wissens, können auch andere Themenfeldern (z.B. kulturelle Programmpunkte, Verkauf regionaler Produkte) inkludiert und Synergieeffekte aufgezeigt werden.	
Naturlehrpfad	I Errichten von Informationspfaden, Schildern oder interaktiven Erlebnisstationen zu regionalen Naturschätzen, Tierarten oder Ökosystemen. Je nach Ausgestaltung kann die Informationsvermittlung von Kindern bis zu Erwachsenen reichen und durch interaktive Elemente (z.B. Rätselfragen, Tastspele, „Blick in den Bienenstock“) unterschiedliche Sinne und Lerntypen ansprechen.	
Naturschutzfachliche Exkursionen	I Bewerbung oder Veranstaltung von Führungen durch Expertinnen und Experten, Gemeindepersonal oder Privatpersonen zu lokalen Naturschätzen oder tiergruppenspezifische Wanderungen (z.B. Vogelstimmen-, Fledermauswanderungen). Führungen ermöglichen den Naturraum vor Ort mit eigenen Händen kennen zu lernen, emotionale Beziehungen zu diesem aufzubauen und gleichzeitig auch eigenes Wissen weiterzugeben.	
Anbringung von Nisthilfen & Insektenhotels	A Bau und Anbringung von Vogelnistkästen, Insektenhotels oder Fledermauskästen; optimalerweise mit zusätzlicher Informationsbereitstellung. Neben einem grundsätzlichen Artenschutzcharakter bietet das Einbinden der Bevölkerung oder der Schulkinder die Möglichkeit einen persönlichen Bezug (z.B. durch die langfristige persönliche Betreuung eines Nistkastens) herzustellen, naturschutzfachliches Wissen zu vermitteln und zur Nachahmung anzuregen.	
Amphibienschutzaktionen	A Aufstellen von Fangzäunen und Warnschildern sowie Einsammeln der Amphibien an den Gemeindestraßen. Abermals bieten sich diese Maßnahmen unter Beteiligung von Privatpersonen oder Schulklassen mit zusätzlicher Informationsvermittlung durch Fachleute an, um den persönlichen Bezug zu stärken, ein Erlebnis „vor Ort“ zu ermöglichen und öffentlichkeitswirksam die Bedeutung der Maßnahmen zu vermitteln.	
Habitatpflegeeinsätze mit Freiwilligen	A Schaffung oder Pflege von naturschutzfachlich wertvollen Lebensräumen (z.B. Entbuschen von Trockenrasen, Anlegen von Laichgewässern, Neophytenmanagement). Der Einbezug von Freiwilligen bietet sich hierbei insbesondere an, um Erlebnisse vor Ort in der Gruppe zu ermöglichen, gegenseitigen Austausch zu forcieren und Wissensvermittlung durch Fachleute direkt im Naturraum bieten zu können.	

vom Land finanzierte Initiative, unterstützt diese Gemeinden dafür bei der Umstellung auf eine ökologische Grünraumpflege, bietet kostenlosen Zugang zu Information, individueller Beratung und diverse Veranstaltungen vor Ort (z.B. Workshops für die Gemeindebevölkerung). Zusätzlich regt die Initiative zur Auswahl regionaltypischer Pflanzen, einer schonenden Bodenpflege und Förderung von Nützlingen an und prämiert außerdem jedes Jahr medienwirksam Projekte und Gemeinden im Kontext ökologischer Grünflächenpflege (NATUR IM GARTEN 2019).

Von Seiten des Bundes richtet sich vor allem die 2009 gestartete Initiative „vielfaltleben“ direkt an die kommunalen Verwaltungen. Ziele der größten Artenschutzkampagne Österreichs, welche durch das BMLFUW gemeinsam mit Unterstützung aus dem Naturschutz (z.B. Naturschutzbund, WWF, BirdLife, diverse Nationalparkverwaltungen) und wirtschaftlichen Vertretungen gestartet wurde, sind einerseits praktische Artenschutzmaßnahmen und Umweltbildungsprojekte vor Ort sowie der Aufbau eines „vielfaltleben“-Gemeindenetzwerks. Die 36 niederösterreichischen vielfaltleben-Gemeinden (landesweit 140) haben sich verpflichtet, Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität zu setzen und erhalten im Gegenzug finanzielle und informative Unterstützung sowie die Vermittlung von Fachleuten. Zusätzlich werden auch unter dieser Initiative besondere Projekte ausgezeichnet und prämiert (BMNT 2019; NATURSCHUTZBUND ÖSTERREICH 2019).

Auch privatwirtschaftliche Förderprogramme wie die Initiative „Blühendes Österreich“ bieten Gemeinden die Möglichkeit, Förderung und Unterstützung für Projekte zu beziehen. Dabei handelt es sich um eine gemeinnützige Privatstiftung der REWE Gruppe, welche sich durch Einnahmen spezieller Eigenmarken der Gruppe finanziert. Laut eigenen Angaben stellt die Initiative so jährlich ca. eine Million Euro für den Biodiversitätsschutz bereit, wodurch der Ankauf von geschützten Flächen, Kompensationszahlungen an Landwirtschaftsbetriebe, Direktzahlungen an Naturschutzorganisationen und spezielle Einzelprojekte finanziert werden können. Für Gemeinden bietet die Initiative außerdem an, sich um den sogenannten „Die Brennnessel“ Preis zu bewerben, im Zuge dessen 100 000 Euro für Projekte im Naturschutzbereich vergeben werden (BLÜHENDES ÖSTERREICH 2019).

Mit oder ohne Bezug derartiger Unterstützung finden sich in Niederösterreich bereits jetzt viele Projekte, welche unter Beteiligung der kommunalen Verwaltungen umgesetzt werden. Die Trockenrasenpflege mit Freiwilligen am Staatzer Berg, die Neuerrichtung eines Schmetterlingslehrpfads in Langenzersdorf sowie die umfassende ökologische Grünflächenpflege in Waidhofen an der Ybbs sind nur einige der lokalen Projekte, welche einen Beitrag zur Bewusstseinsbildung leisten. Derartige Maßnahmen besitzen dabei sowohl einen ökologischen als auch sozio-kulturellen Mehrwert für die Gemeinde (DI GIULIO 2016). Das Anlegen einer Wildblumenwiese nahe der Bushaltestelle unterstützt nicht nur die Populationen heimischer Wildpflanzen und Insekten, sie erfreut unter Umständen auch die dort wartenden Passanten, stärkt das Erinnerungsvermögen älterer Menschen durch Blumen aus der Jugend, regt Kinder zum Staunen über Insekten an und unterstützt zusätzlich die Regenwasserversickerung im Dorfzentrum.

Gleichzeitig sind gerade Beispiele wie die der ökologischen Grünflächen häufig auch mit Konflikten verbunden. Insbesondere für kleinere Gemeinden stellen mögliche Mehrkosten in der Umstellung (z.B. Ankauf neuer Maschinen, Neuaufbereitung von Flächen) eine Hemmschwelle dar und auch die Ästhetik ökologischer Flächen führt in den ersten Jahren nach der Anlegung häufig zu Kritik von Seiten der Bevölkerung (KUMPFMÜLLER und HLOCH 2008). So könnten sich im Beispiel an der Bushaltestelle ältere Mitbürger nicht nur über die neue Vielfalt freuen, sondern genauso den „Wildwuchs“ oder die

„Gstetten“ kritisieren und Eltern ihre Kinder nicht mehr in die Nähe der Wiese lassen, weil die darin lebenden Bienen eine scheinbare Gefahr darstellen. Die Umsetzung derartiger Maßnahmen ist aus Sicht mancher Gemeinden damit alles andere als eine „gmahde Wiesn“ und oft bedarf es eines längeren gesellschaftspolitischen Prozesses bis die Projekte alle Beteiligten zufriedenstellen und ihr volles Potential entfalten können.

1.5. Forschungsfragen und thematischer Fokus der Arbeit

Die wissenschaftliche Literatur fokussiert im Themenkomplex „Biodiversität-Bewusstsein-Gemeinde“ vorrangig auf die ökologischen Potentiale und die praktische Umsetzung derartiger Maßnahmen (insbesondere im größeren urbanen Kontext), sowie die gesundheitlich-psychologische Dimension (vgl. HOSTETLER et al. 2011; KOHSAKA und UCHIYAMA 2017; RITTEL et al. 2014; TAYLOR und HOCHULI 2015). Aus naturschutzfachlicher Perspektive werden hauptsächlich Schutzgebietsthematiken (z.B. Konflikte um Natura2000 Ausweisungen), Potentiale urbaner Flächen für Naturschutz und individuelles Umweltbewusstsein von Privatpersonen untersucht (vgl. NIENABER und LÜBKE 2012; OLIVE 2014; ZERBE et al. 2003). Betrachtungen in der „*Mainstreaming* Literatur“ wiederum beziehen sich zumeist auf ökonomische Einzelsektoren und nationale oder internationale Kampagnen (vgl. FRIEDMAN et al. 2018; KARLSSON-VINKHUYZEN et al. 2018).

Die im Zuge der Recherche gefundene wissenschaftliche Literatur gibt damit nur bedingt Auskunft über mögliche Einflussfaktoren für oder gegen bewusstseinsfördernde Maßnahmen aus Sicht der Gemeinden. Eine Arbeit über die Steigerung der Biodiversität in Schweizer Siedlungsgebieten (DI GIULIO 2016) nennt vor allem den Mangel an Bewusstsein der handelnden Akteure, Widerstand aus der Bevölkerung und finanzielle Mehrkosten als hemmende Faktoren in den Gemeinden. Zusätzlich fehlt es, insbesondere in kleineren, ländlichen Gemeinden, an leicht zugänglicher Information oder der Bereitschaft sich aktiv mit dieser auseinanderzusetzen.

Der Endbericht des Projekts „Naturaktive Gemeinde“ (KUPFER et al. 2013), welches von 2012 bis 2013 im Auftrag der Oberösterreichischen Landesregierung umgesetzt wurde, verweist weiters auf den Bedarf an gesteigerter Bekanntheit der verfügbaren Informationen und einer verständlicheren Aufbereitung dieser für lokale Akteure. Außerdem könne eine stärkere Einbindung lokal vorhandener „Einzelkämpfer“ und kleinerer Gruppen, welche sich im Naturschutzbereich engagieren, sowie eine insgesamt verstärkte Beachtung partizipativer Elemente durch die Gemeindevertretungen der Pilotgemeinden die Umsetzung wesentlich unterstützen. Grundsätzlich wurde auch hier eine „hohe Wertigkeit“ der Natur zwar häufig von Mitgliedern der Gemeindevertretung und Privatpersonen genannt, allerdings war dieses Bekenntnis nur selten mit konkreten Handlungen verbunden (KUPFER et al. 2013, 53). Als Argumente für bewusstseinsfördernde Maßnahmen wurden vor allem die gesteigerte Lebensqualität, sowie der Aufbau von Stolz auf die eigene Region angeführt. Die Umsetzung könne dabei laut dem Autorenteam durch das Aufzeigen des persönlichen Werts der „eigenen Natur vor der Haustüre“ und die Begeisterung der Menschen vor Ort, wie es beispielsweise durch sogenannte „GemeindeberaterInnen“ im Zuge der Pilotstudie geschah, wesentlich gesteigert werden.

Erweitert man den Blickwinkel über wissenschaftliche Beiträge und Studien hinaus, bieten populärwissenschaftliche Projektbewerbungen von Landes- oder Naturschutzorganisationen weitere Einblicke in mögliche Argumente für bewusstseinsfördernde Maßnahmen. Der Großteil der recherchierten Beispiele fokussiert dabei auf Maßnahmen im Grünflächenbereich (z.B. Blühstreifen,

naturnahe Grünflächenpflege) oder die Förderung von Wildbienen oder Schmetterlingen und weist daher weitgehend homogene Argumentationsmuster auf.

Die Broschüre „Naturschutz in der Gemeinde“ (NATURSCHUTZBUND BURGENLAND 2016) des Naturschutzbunds und der Landesregierung Burgenland begründet bewusstseinsfördernde Maßnahmen u.a. mit der Verschönerung des Ortsbilds, reduzierten Pflegekosten, Naturerlebnissen für die Bevölkerung, mikroklimatischen Effekten sowie dem Erhalt natürlicher Ressourcen für zukünftige Generationen.

Eine ähnliche Argumentationslinie verfolgt auch die Projektbeschreibung „bienenfreundliche Gemeinde“ (BODENBÜNDNIS OBERÖSTERREICH 2018) des Landes Oberösterreich in Zusammenarbeit mit dem Boden- und Klimabündnis. Diese betont den grundsätzlichen Nutzen der Bienen für Landwirtschaft und Ökosystem, verweist als direkte Vorteile für die Gemeinden jedoch auch auf mögliche Kostenersparnis durch verringerten Pflegeaufwand naturnaher Flächen, eine erhöhte Lebensqualität, einen Beitrag zum Artenschutz und einen möglichen Imagegewinn für die Gemeinden.

Die 2008 vom Land Vorarlberg gestartete Initiative „Naturvielfalt“ (AMT DER VORARLBERGER LANDESREGIERUNG 2019), welche mittlerweile durch weitere Initiativen (z.B. „natürlich bunt und artenreich“) ergänzt wird, forciert den Aufbau eines Gemeinde-Netzwerks aus engagierten Privatpersonen, Gemeindebeschäftigten und Mitgliedern der regionalen Politik. Als Argumente für eine Beteiligung werden ebenfalls eine gesteigerte Lebensqualität, der Erhalt ökosystemarer Dienstleistungen und eine höhere Attraktivität im interkommunalen Vergleich genannt.

Auch unter Einbezug populärwissenschaftlicher Quellen konnte allerdings keine Arbeit mit dezidiertem Fokus auf den Einflussfaktoren für oder gegen die Umsetzung bewusstseinsfördernder Maßnahmen aus Sicht der Gemeinde aufgefunden werden. Die vorliegende Arbeit versucht diese Lücke zu schließen und gleichzeitig einen Überblick über die Aktivitäten der Gemeinden in diesem Bereich anhand des Bundeslands Niederösterreich bereitzustellen. Hierfür wählt die Arbeit einen zweiteiligen Untersuchungsansatz, welcher sich in den formulierten Forschungsfragen widerspiegelt:

- 1) Welche Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung für den Erhalt der biologischen Vielfalt wurden in niederösterreichischen Gemeinden mit kommunaler Beteiligung im Zeitraum 2015-2018 gesetzt?
- 2) Welche Einflussfaktoren existieren aus Sicht der kommunalen Verwaltung, bewusstseinsbildende Maßnahmen in der Gemeinde umzusetzen oder zu unterlassen?

Die Arbeit fokussiert dabei explizit auf Maßnahmen, welche neben einer arten- oder landschaftsschützenden Komponente außerdem eine bewusstseinsbildende Dimension besitzen (vgl. Tabelle 4). Die ökologische Wirkungsdimension der Maßnahmen oder eine allgemeine Diskussion kommunaler Naturschutzthemen (z.B. Schutzgebietsausweisungen, Vertragsnaturschutz) stehen nicht im Zentrum der Betrachtung. Stattdessen lenkt die Arbeit den Fokus auf tendenziell kleinräumige, „niederschwellige“ Maßnahmen, welche mit Beteiligung der kommunalen Verwaltung umgesetzt wurden. Diese Beteiligung kann dabei sowohl die Initiierung, Finanzierung und/oder Beteiligung an den Maßnahmen umfassen. Die Maßnahmen müssen daher nicht (zwingend) von der Gemeinde allein durchgeführt worden sein, sondern können auch die Kooperation mit anderen Akteuren umfassen.

Zusammenfassendes Ziel der Arbeit ist es, die in Niederösterreich gesetzten Maßnahmen aufzuzeigen und gleichzeitig eine kausale Analyse der fördernden und hemmenden Beweggründe für Gemeinden zu ermöglichen. Zusätzlich sollen die Meinungen und Positionen niederösterreichischer kommunaler Verwaltungen in diesem Themenbereich erfasst und einem möglichen naturschutzpolitischen Diskurs zugänglich gemacht werden.

Das im Folgenden, an die Einleitung anschließende, zweite Kapitel der Arbeit stellt hierfür das Forschungsdesign, sowie die beiden angewandten Erhebungsmethoden vor. Im Hauptteil der Arbeit werden die Ergebnisse des quantitativen online Fragebogens, sowie der qualitativen Experteninterviews getrennt voneinander dargelegt. Der anschließende Diskussionsteil führt zuerst die Ergebnisse im Kontext der beiden Forschungsfragen zusammen und vertieft diese Interpretation im gesamtgesellschaftlich naturschutzfachlichen Kontext in der darauffolgenden Synthese. Abschließend werden die wichtigsten Ergebnisse und Schlussfolgerungen in einem kurzen Fazit zusammengefasst.

2. Material & Methoden

2.1. Forschungsdesign und methodenpluralistischer Ansatz

Die Erhebung der Daten erfolgte mittels einer Kombination quantitativer und qualitativer Erhebungsmethoden („*Mixed-Methods-Design*“). Das Forschungsdesign entspricht dabei einem konvergenten Basisdesign mit vermischter Integration der Komponenten (NIEDERBERGER und PETER 2018). Diese Kombination zweier Erhebungsmethoden erfolgte vor allem um die begrenzte Verfügbarkeit spezifischer Literatur ausgleichen, sowie dem deskriptiven und kausalen Erkenntnisanspruch der beiden Forschungsfragen, Folge leisten zu können.

Nach LAUTH et al. (2015) liegt der zentrale Vorteil eines *Mixed-Methods-Designs* in einem grundsätzlich erweiterten Erkenntnisgewinn, welcher durch Anwendung lediglich eines Verfahrens nicht erreicht werden kann. Schwächen der jeweiligen Methoden können besser kompensiert und umfassendere Ergebnisse erzielt werden. Zusätzlich ermöglicht ein derartiges Forschungsdesign eine flexiblere Vorgehensweise bei der Erfassung und im Umgang mit fehlenden Daten. Potentielle Herausforderungen stellen allerdings der erhöhte Zeitaufwand sowie die nötigen umfassenderen Methodenkenntnisse dar (KAISER 2014).

Für die Arbeit wurde hierfür sowohl auf die Erhebung mittels online Fragebogen als auch qualitativer Experteninterviews zurückgegriffen. Zusätzlich wurden Daten der Statistik Austria für die vertiefte Gemeindecharakterisierung angefordert und weitere, in Eigenrecherche erhobene, Daten in die Analyse miteinbezogen.

Nach KALLUS (2010) ermöglichen Fragebögen große Gruppen von Personen generalisierbar und statistisch repräsentativ zu befragen. Im Gegensatz dazu fokussieren Interviews auf tiefgreifende, komplexe Kausalzusammenhänge und ermöglichen differenzierte Aussagen über einzelne Untersuchungsobjekte. Eine statistische Verallgemeinerung im Sinne der Ergebnisse eines Fragebogens ist hierbei allerdings nicht möglich. Dieser grundsätzlichen Differenzierung folgend, diente in dieser Arbeit die Erhebung mittels quantitativen Fragebogens vorrangig der Beantwortung von Forschungsfrage I, sowie in Teilaspekten Forschungsfrage II. Die Ergebnisse der qualitativen Interviews wurden ausschließlich in die Beantwortung der Forschungsfrage II einbezogen.

Zeitlich erfolgte die Durchführung der beiden Erhebungsmethoden zwischen November und Dezember 2018 teilweise parallel. Dies ermöglichte es einerseits Erkenntnisse aus den ersten Interviews bereits in die abschließende Präzisierung der Fragebogengestaltung einzubeziehen, sowie, sich aus der Fragebogenerhebung abzeichnende, Schwerpunktaspekte in den letzten Interviews vertieft zu diskutieren.

2.2. Online Fragebogenerhebung

Vorrangiges Ziel der Fragebogenuntersuchung war ein Überblick über die im Untersuchungszeitraum in Niederösterreich gesetzten Maßnahmen und eine damit einhergehende Einstufung des Engagements der Gemeinden für die Umsetzung dieser Maßnahmen. Zusätzlich sollten mögliche Einflussfaktoren auf dieses Engagement der Gemeinden erfasst werden. Im Fokus der Betrachtung stand dabei die „Sichtweise der Gemeinde“ und nicht die eines Individuums, weshalb mit Ausnahme

einer abschließenden Kontrollvariable keine soziodemografischen Daten abgefragt wurden. Der Fragebogen entspricht daher in weiten Teilen mehr einer allgemeinen Erhebung denn einem psychometrischen Fragebogen (vgl. KALLUS 2010). Eine entsprechende Berücksichtigung möglicher verzerrender Antworttendenzen oder systematischer Messfehler wurde in der Gestaltung des Fragebogens dennoch mitberücksichtigt.

2.2.1. Aufbau des Fragebogens

Der Fragebogen gliedert sich thematisch in folgende sechs Bereiche (für eine vollständige Auflistung der jeweiligen Einzelfragen vgl. Anhang I):

- I. Beschreibung der gesetzten Maßnahmen
- II. Durchführung und Motivation
- III. Einflussfaktoren und Verantwortungsempfinden
- IV. Informationsbedarf
- V. Soziale Ressourcen in der Gemeinde
- VI. Gemeindedaten

Fragenblock I dient der Erfassung der gesetzten Maßnahmentypen und führt eine Liste von 14 Beispielen (mit Möglichkeit auf weitere individuelle Nennungen) für bewusstseinsbildende Maßnahmen zur Auswahl an. Diese Maßnahmenliste basiert auf einer im Vorfeld durchgeführten Literaturrecherche zu den häufigsten Maßnahmen in diesem Themenfeld. Dafür wurden Beiträge aus Lokalzeitschriften (z.B. Niederösterreichische Nachrichten, meinbezirk.at), kommunalen online Plattformen (z.B. kommunal.net, Gemeindebund.at), öffentlichen sowie privatwirtschaftlichen Organisationen und Initiativen (z.B. Energie- und Umweltagentur, Natur im Garten, vielfaltleben, Blühendes Österreich), naturschutzfachlichen NGOs (z.B. Naturschutzbund, Umweltdachverband) und den individuellen Gemeindehomepages ausgewertet. Die der Recherche wurde vor allem auf den deutschsprachigen Raum und auf (nieder)österreichische Beiträge fokussiert. Fragenblock I dient gleichzeitig dazu, den Rahmen der Befragung zeitlich und akteurspezifisch abzugrenzen („während der Jahre 2015 – 2018“; „unter kommunaler Beteiligung (=Anregung, Durchführung oder Finanzierung)“).

Die weiteren Fragebogenabschnitte beinhalten Fragen zu folgenden Aspekten: Initiierung, Finanzierung und Beteiligte, sowie Hauptmotivation für die Beteiligung an den gesetzten Maßnahmen (Fragenblock II); fördernde und hemmende Einflussfaktoren, sowie grundsätzliches Verantwortungsempfinden (Fragenblock III); primärer Informationsbezug und Bedarf einer zentralen Ansprechperson für derartige Maßnahmen (Fragenblock IV); Ausstattung der Gemeinde in Hinblick auf gesellschaftliche Ressourcen (z.B. ambitionierte Privatpersonen in der Gemeinde) und generelle naturschutzfachliche Ambitionen (z.B. Vorhandensein einer Lebensraumkartierung) (Fragenblock V); Lage, Flächennutzung, Teilnahme an Initiativen und Vorhandensein von Naturschutzgebieten (Fragenblock Gemeindedaten; Einstiegsfrage). Abschließend wird die Position der ausfüllenden Person in der Gemeinde erfasst (Abschlussfrage). Auf ausführlichere Angaben in Hinblick auf Bevölkerungsanzahl, Gemeindebudget oder Struktur wird an dieser Stelle verzichtet, um eine möglichst kompakte Struktur des Fragebogens zu gewährleisten. Diese Informationen wurden nachträglich durch Daten der Statistik Austria ergänzt.

2.2.2. Durchführung der Fragebogenerhebung

Im Vorfeld der Untersuchung wurden Pre-Tests mit 20 Testpersonen unterschiedlichen gesellschaftlichen Hintergrunds durchgeführt. Zu Beginn der Testung wurde den Teilnehmenden eine fiktive Gemeindecharakterisierung übergeben, um sich besser in die Rolle der kommunalen Verwaltung versetzen zu können. Die Testung orientierte sich an der retropektiven *Think-Aloud*-Technik⁴. Basierend auf dem Feedback der Testpersonen wurde der Fragebogen in Hinblick auf Verständlichkeit, Redundanzen und Gesamtlänge adaptiert.

Für die anschließende Datenerhebung wurden die für Naturschutz zuständigen Vertretungen aller niederösterreichischer Gemeinden kontaktiert. Hierfür wurden vorrangig die entsprechenden Kontaktdaten der Umweltgemeinderätinnen und Umweltgemeinderäte per online Suchanfrage recherchiert und zur Kontaktaufnahme geordnet. War dieser Kontakt öffentlich nicht zugänglich, wurde der Umfragelink in Folge direkt an die Gemeinde adressiert, mit der Bitte, diesen an den Umweltgemeinderat oder die für Naturschutzanliegen in der Gemeinde zuständige Person weiterzuleiten.

Per Gesetz haben Umweltgemeinderätinnen und Umweltgemeinderäte die Bereiche Natur- und Umweltschutz auf kommunaler Ebene mitzubetreuen und im Mindestfall eine Auskunftspflicht über die Tätigkeiten innerhalb der Gemeinde in diesen Bereichen. Diese Positionen verfügen demnach über einen grundsätzlichen Überblick über die naturschutzfachlichen Tätigkeiten in der Gemeinde, sowie, durch den Status als Gemeinderatsmitglied, Einblick in die internen Entscheidungsprozesse der Gemeinderegierung (KUPFER et al. 2013). SCHÖBINGER (2017)⁵ kommt für niederösterreichische Gemeinden zu dem Schluss, dass Gemeinderatsmitglieder in diesen Positionen für Naturschutzanliegen die primären Ansprechpartner auf kommunaler Ebene sind.

Dennoch gibt es Gemeinden, in denen die realpolitische Leitung des Bereichs Naturschutz nicht (vorrangig) dieser Position zugeschrieben wird, sondern primär von Stadträtinnen und -räten, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern oder ambitionierten Einzelmitgliedern eines Ausschusses getragen wird. Um diesem Umstand Folge zu leisten, wurde eine Adressierung (durch die Gemeindeverwaltung) auch an derartige Positionen grundsätzlich nicht ausgeschlossen, sofern sie als „die zuständige Person“ (und damit die potentiell kompetentere Auskunftsperson als die Umweltgemeinderätin oder der Umweltgemeinderat) in der Gemeinde gesehen wurde. Allerdings musste die Personen zwingend eine Position innerhalb der Gemeinderegierung bekleiden, um direkte Einblicke in die Entscheidungsprozesse der Gemeinde sicherzustellen. Um einer Eingabe durch andere Personen vorzubeugen wurde am Ende des Fragebogens um Angabe dieser Position innerhalb der Gemeinde gebeten.

Die konkrete Durchführung erfolgte anschließend mittels der Umfragesoftware *limesurvey* und wurde von 20. November 2019 bis 31. Dezember 2019 freigeschaltet. Es wurden alle 573

⁴ Bei der *Think-Aloud*-Technik wird die befragte Person gebeten über ihr Antwortverhalten „laut zu denken“. Im Falle der *Concurrent Think-Aloud*-Technik kommentiert die Person, während sie ihre Antwort formuliert oder darüber nachdenkt, laut ihre Gedankengänge mit. Bei der *Retrospective Think-Aloud*-Technik beschreibt die Person nachdem die Frage beantwortet wurde die eigenen Gedankengänge. Die Methode entstammt der kognitionspsychologischen Gedächtnisforschung und bietet sich vor allem bei rückblickenden Fakt-Fragen an (MÖHLER und PORST 1996).

⁵ SCHÖBINGER, A. (2017): Naturschutz auf kommunaler Ebene: Herausforderungen, Chancen & wegweisende Beispiele. Online: <https://www.umweltdachverband.at/assets/Uploads/Angelika-Schoebinger-Naturschutz-in-der-Gemeinde-final.pdf> (10.09.2019).

niederösterreichischen Gemeinden kontaktiert. Zwei Wochen nach der ersten Kontaktaufnahme wurde zur Verbesserung der Rücklaufquote ein Erinnerungsschreiben ausgesandt. Im Falle der letzten vier Interviewpersonen der qualitativen Experteninterviews wurden die Fragebögen jeweils erst einige Tage nach dem Interview übermittelt, um keine Verzerrung der Interviewsituation zu erwirken.

2.2.3. Aufbereitung & Analyse der Fragebogendaten

Insgesamt wurden 209 verwertbare Fragebögen online ausgefüllt. Rund 1/8 der ausgefüllten Fragebögen musste zuvor im Zuge der Aufbereitung der Daten ausgeschlossen werden, zumal inkonsistente Angaben bzgl. der gesetzten Maßnahmen (z.B. Wahl der Kategorie „keine der genannten“ bei gleichzeitiger Wahl anderer Maßnahmenbeispiele) getätigt oder auf keine gemeinde- oder stadtratsinterne Position der ausfüllenden Person rückgeschlossen werden konnte.

Die einzelnen Gemeindedaten wurden zusätzlich durch Daten der Statistik Austria in folgenden Aspekten ergänzt: Ordentliche und außerordentliche Einnahmen und Ausgaben 2007-2017; Einwohneranzahl 2007-2017; Gemeindefläche; Siedlungsraum; Dauersiedlungsraum; Urban-Rural-Typologie⁶. Weiters wurden Anteile an Nationalparks oder des Biosphärenparks Wienerwald in Eigenrecherche abgeglichen und ergänzt. Abschließend erfolgte die Anonymisierung der Daten.

Als Indikator für das Engagement wurde die Summe der angegebenen Maßnahmen(typen) je Gemeinde („MAnzahl“) herangezogen. Diese Variable repräsentiert damit, wie viele verschiedene Maßnahmen(typen) generell in einer Gemeinde gesetzt wurden und nicht die Summe der Häufigkeiten der einzelnen Maßnahmen (z.B. wie viele Nistkästen in einer Gemeinde aufgehängt wurden). Dieser Indikator wird vor allem deshalb gewählt, da sich im Zuge der vorangegangenen Recherche das Bild erhärtet hat, dass engagierte Gemeinden Maßnahmen nicht nur häufiger, sondern vor allem eine größere Vielfalt an Maßnahmen umsetzen. Außerdem erscheint eine zuverlässige Einschätzung der Häufigkeit oder des Umfangs der jeweiligen Maßnahmen für den gesamten Untersuchungszeitraum von 2015-2018 als zu komplex und auch aus analytischen Gesichtspunkten nicht zielführend.

Anschließend erfolgte die Kategorisierung der Anzahl der Maßnahmen in die verbale Variable „MAnzahl Kat“ (vgl. Tabelle 5). Die hier getroffene Einteilung und Benennung orientiert sich an einer möglichst homogenen Gruppierung der erhobenen Daten, um eine umfassende Auswertung mittels

Tabelle 5: Kategorisierung der Anzahl der gesetzten Maßnahmen je Gemeinde.

MAnzahl	MAnzahl Kat
0-2	Gering
3-4	Mittel
5-7	Hoch
>8	Sehr hoch

⁶ STATISTIK AUSTRIA (2019): Gliederungen nach städtischen und ländlichen Gebieten. Online: https://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/stadt_land/index.html (10.09.2019).

chi² Test zu ermöglichen. Für die Auswertung der acht Likert-items⁷ (Fragenblock III) wurden die jeweils benachbarten Antwortoptionen zu einer Antwortoption zusammengefasst, um die statistische Robustheit des chi²-Tests in einer 2x4 Tabelle (anstatt einer 4x4 Tabelle) gewährleisten zu können. Mögliche Zusammenhänge von Einflussfaktoren auf das Engagement der Gemeinden wurden mittels chi²-Test (bzw. exaktem Fisher-Test) in der Statistiksoftware R ausgewertet. Das Signifikanzniveau von $\alpha = 0,05$ wurde dabei auf Grund der hohen Anzahl an untersuchten Einflussvariablen (26) mittels Bonferroni Korrektur auf $\alpha = 0,001923$ adaptiert. Vereinfachte Darstellungen zur visuellen Interpretation wurden mit MS Excel ausgegeben.

2.3. Qualitative Interviews mit Expertinnen und Experten

Im Gegensatz zu quantitativen und auf Generalisierbarkeit ausgelegten Erhebungen, steht bei qualitativen Interviews naturgemäß die Durchdringung des Einzelfalls und das Verstehen weniger Fälle im Vordergrund. Typisches Einsatzgebiet stellt dabei die Fallstudie dar, welche sich auf einen einzelnen bis wenige vergleichbare Fälle bezieht. Ziel ist ein themenfokussiertes, durch den Leitfaden (halb)strukturiertes Gespräch ohne dabei dezidierte Antwortkategorien (wie im Falle eines quantitativen Fragebogens) vorzugeben. Die Stärke qualitativer Experteninterviews liegt dabei, insbesondere bei einer Kombination mit weiteren Erhebungsmethoden, in einem vertieften analytischen Wissensgewinn, welcher der Komplexität und Dynamik moderner gesellschaftspolitischer Diskursfelder oft besser gerecht werden kann als quantitative Erhebungsmethoden. Gleichzeitig kann eine intersubjektive Nachprüfbarkeit auf Grund des Mangels an möglicher Standardisierung nicht gewährleistet werden (KAISER 2014). Nach KAISER (2014) hat allerdings dennoch eine Offenlegung der Datenerhebung, Analyse und Interpretation zu erfolgen, um die Nachvollziehbarkeit und Bewertung durch Dritte zu gewährleisten. Vor allem die Anführung der Kriterien für die Auswahl der Expertinnen und Experten, die Gestaltung des Leitfadens, sowie die Beschreibung der Interviewsituation und Auswertungsmethode repräsentieren zentrale Gütekriterien.

2.3.1. Auswahl der Expertinnen und Experten

Als Interviewpersonen (IP) wurden Gemeindevertreter niederösterreichischer Gemeinden kontaktiert, deren Gemeinden als engagiert im Bereich der Bewusstseinsbildung für biologische Vielfalt eingeschätzt wurden. Diese Einschätzung basierte auf Anzahl und Umfang bewusstseinsbildender Maßnahmen bzw. einem umfassenden Grundbekenntnis von Seiten der Gemeinde (z.B. „Bienenfreundliche Gemeinde“). Die Recherchevorgang entsprach dabei in weiten Zügen dem für die zuvor erarbeitete Maßnahmenliste, welche gleichzeitig als Orientierung zur Gemeindeauswahl diente. Kontaktiert wurden nur Gemeinden, welche mindestens fünf gelistete Maßnahmen dieser Liste aufweisen konnten (und damit der Gruppierungskategorie „hoch“ im Fragebogen zugerechnet werden könnten). Zusätzlich wurde für die abschließende Auswahl der interviewten Personen eine, in Hinblick auf Größe, Lage und Struktur der Gemeinde, sowie Ausformung der gesetzten Maßnahmen, möglichst heterogene Zusammensetzung angestrebt.

⁷ Bei Likert-items handelt es sich um eine Abfolge von Aussagen, welche auf einer vorgegebenen Ordinalskala mit abgestufter Intensität zu- oder abgelehnt werden können. Dieser Fragentyp ermöglicht damit eine differenziertere Meinungsabfrage über einzelne Aussagen als mittels bloßer Binärfragen (KALLUS 2010).

Als zentrale Auswahlkriterien für Expertinnen und Experten gelten laut KAISER (2014) die jeweilige Position und Status, sowie das, dieser Position zugeschriebene, Wissen und der privilegierte Zugang zu Information über Entscheidungsprozesse. Die Person besitzt damit eine „institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion der Wirklichkeit“ (KAISER 2014, 36). Gleichzeitig wird diese im konkreten Fall vorrangig nicht als Privatperson befragt, weshalb eine soziodemografische Charakterisierung an dieser Stelle nicht angeführt wird. Um dem Fokus der Arbeit auf der Perspektive der Gemeinde zu entsprechen, wurde die Auswahl bewusst nicht auf eine jeweils geringe Anzahl an Akteuren des gesamten Themenfelds des kommunalen Naturschutzes (z.B. Privatpersonen aus der Gemeinde, Vertreter von Naturschutzorganisationen) ausgeweitet, sondern stattdessen auf eine höhere Anzahl der Vertretung der kommunalen Politik fokussiert.

Primäre Ansprechpersonen waren – aus den bereits unter Kapitel 2.2.2. genannten Gründen – abermals die Umweltgemeinderätinnen und Umweltgemeinderäte der Gemeinden. In sechs Fällen stellte sich der Umweltgemeinderat für das Interview zur Verfügung. In jeweils einem Fall wurde das Interview mit dem Bürgermeister oder dem Bereichsleiter für Umwelt geführt, welche bei der Kontaktaufnahme mit der Gemeinde als zentrale Ansprechpartner (prioritär zum Umweltgemeinderat) für den Bereich Naturschutz empfohlen wurden. Zwei Interviewpartner standen zum Zeitpunkt des Interviews nicht mehr im aktiven Dienst der Gemeinderegierung, allerdings war eine starke Involvierung in die kommunale Gemeindepolitik (neben jahrelanger direkter Amtsinhabung) weiterhin zuzuschreiben.

2.3.2. Aufbau des Interviewleitfadens

Inhaltlich umfasst der angewandte Leitfaden folgende fünf Themenbereiche (für eine vollständige Auflistung der jeweiligen Einzelfragen vgl. Anhang II):

- A. Gemeindedaten
- B. Gesetzte Maßnahmen
- C. Beweggründe für die Durchführung bewusstseinsbildender Maßnahmen
- D. Beweggründe gegen die Durchführung bewusstseinsbildender Maßnahmen
- E. (Wahrnehmung von Naturschutz auf kommunaler Ebene)

Der Fokus der Interviews lag auf den Beweggründen für bzw. gegen die Umsetzung bewusstseinsbildender Maßnahmen, welche primär in den Abschnitten B, C und D vertieft werden. Die im Zuge des Interviews behandelten Maßnahmen wurden im Vorfeld mit den interviewten Personen abgeklärt. Themenbereich E ist als möglicher Zusatz angedacht, welcher nicht bei allen Gesprächsteilnehmern vollständig thematisiert wurde.

Der Aufbau der Fragen folgt dabei einem induktiven Schema, welches von einer konkreten Beschreibung der bewusstseinsfördernden Maßnahmen (B) ausgehend auf übergeordnete Beweggründe (C & D) verläuft. Dieser Ablauf wurde gewählt, um die Interviewperson gedanklich möglichst nahe an den konkreten Maßnahmen bzw. dem Aspekt der Bewusstseinsbildung halten zu können (zumal thematische Unschärfen und Abschweifungen auf Grund der Komplexität der Thematik erwartet wurden). Dadurch ergibt sich ein stets verfügbarer Ankerpunkt im fortlaufenden Gespräch, sofern die Interviewperson beispielsweise auf nahverwandte Themen des Umweltschutzes oder allgemeine Naturschutzthematiken (z.B. Schutzgebietsthematik) abschweift. Vor allem eine

Vermischung von Naturschutz- und Umweltschutzthematik trat in mehreren Fällen auf, welche allerdings in der späteren Analyse berücksichtigt wurde.

2.3.3. Durchführung der Interviews

Die Interviews erfolgten grundsätzlich als Einzelinterviews. Auf Anfrage zweier Interviewpartner wurden zwei Interviews allerdings als Gruppeninterview (mit zwei bzw. drei Personen) gestaltet. In ersterem Fall stellten sich der Bereichsleiter für Umwelt, sowie der (gemeindeeigene) Naturparkleiter zur Verfügung, während sich im zweiten Fall der Umweltgemeinderat, Bürgermeister und eine weitere Gemeinderätin, welche als Projektleiterin fungierte, bereitstellten. Trotz abweichender Interviewdynamiken in einem Gruppeninterview, erwiesen sich diese für die gewählten Forschungsfragen primär als bereichernd, zumal mehrere Blickwinkel (auf die Gemeindepolitik) in einem Interview erfasst werden konnten.

Die Interviews wurden zwischen November und Dezember 2018 in persona geführt und mittels Diktiergeräts aufgezeichnet. Die Interviewdauer betrug 45 – 90 Minuten. Im Vorfeld der Interviewreihe wurde ein Pre-Test des Leitfadens mit einem weiteren Umweltgemeinderat unter Interviewbedingungen durchgeführt und entsprechende inhaltliche wie formale Adaptionen des Leitfadens vorgenommen. Insgesamt wurden für diese Arbeit acht halb-strukturierte, leitfadengestützte Interviews durchgeführt. Diese Anzahl folgte aus der Annahme, dass zu diesem Zeitpunkt bereits eine gute Durchdringung des Diskurses und gewisse Repräsentativität der erfassten Argumente angenommen werden konnte, zumal die Interviews im methodenpluralistischen Ansatz der Arbeit den quantitativen Fragebogen ergänzten.

2.3.4. Datenanalyse der Interviews

Die Transkription der Aufnahmen orientierte sich primär an inhaltlichen Gesichtspunkten, weshalb Dialektformulierungen möglichst ins Schriftdeutsche übernommen und nur bei besonderer Aussagekraft beibehalten wurden. Sprache und Interpunktion wurden ebenfalls leicht geglättet. Zusätzliche Lautäußerungen (z.B. bestätigendes „mhm“ oder Ausdrücke der Verwunderung „aha“) wurden nur bei besonderer Aussagekraft beibehalten. Tätigkeiten (z.B. lachen) wurden in eckigen Klammern, spezielle Betonungen oder die Imitation anderer Personen in runden Klammern vermerkt. Auf Grund der Zusicherung von Anonymität wurden die Inhalte so weit wie möglich anonymisiert.

Die Auswertung der Daten erfolgte nach dem Schema der qualitativen Inhaltsanalyse nach MAYRING (2010) im Sinne einer zusammenfassenden Interpretation. Auf Grund der verhältnismäßig geringen Fallzahl wurden alle Kernschritte (Paraphrase-Generalisierung-Reduktion) umgesetzt. Die Reduktionsschritte I und II wurden zu einem Bearbeitungsschritt zusammengefasst. Die Kategorienbildung für die vorangegangene Codierung wurde in einem ersten Schritt (quasi)deduktiv an die thematische Grundgliederung des Leitfadens angelehnt. Die hierfür angewandte konzeptionelle und instrumentelle Operationalisierung der Einzelfragen basierte ihrerseits auf der vorangegangenen online Recherche zu den kommunal gesetzten Maßnahmen, welche eine erste Einschätzung möglicher Einflussfaktoren ermöglichte. Im Verlauf der Analyse wurde das Kategoriensystem mehrmals induktiv angepasst, reduziert und erweitert und folgte damit dem klassischen Prozessmodell induktiver Kategorienbildung (MAYRING 2010). Für eine komplette Auflistung des angewandten Kategoriensystems siehe Anhang III.

3. Ergebnisse

Der folgende Abschnitt stellt die Daten der eigenen Erhebung zwischen November und Dezember 2018 dar. Kapitel 3.1. präsentiert die Ergebnisse des online Fragebogens. In den Unterkapiteln 3.1.1. bis 3.1.8. werden diese deskriptiv beschrieben, während das abschließende Unterkapitel die Ergebnisse der statistischen Auswertung auf mögliche Zusammenhänge einzelner Faktoren und der Gesamtanzahl an gesetzten Maßnahmen darstellt.

Kapitel 3.2. präsentiert anschließend die Ergebnisse der qualitativen Interviews. Hierfür werden, neben einer Grundcharakterisierung der teilnehmenden Gemeinden (Kapitel 3.2.1.), die genannten fördernden, hemmenden und explizit ausgeschlossenen Einflussfaktoren (Kapitel 3.2.2. bis Kapitel 3.2.4.) sowie Aussagen bezüglich des Bedarfs an einer offiziellen Beratungsperson im Kontext bewusstseinsfördernder Maßnahmen (Kapitel 3.2.5.) dargelegt.

3.1. Ergebnisse des quantitativen online Fragebogens

3.1.1. Grundcharakterisierung der teilnehmenden Gemeinden

Die Fragebögen von insgesamt 209 Gemeinden wurden im Zuge der Analyse ausgewertet. Tabelle 6 gibt einen Überblick über die Eigenschaften dieser erhobenen Gemeinden.

Mehr als vier Fünftel der Antworten entfallen auf Gemeinden mit einer Bevölkerungsanzahl von unter 5000 Personen. Großgemeinden mit mehr als 10000 Gemeindemitgliedern sind mit 6% vertreten. Knapp die Hälfte der Gemeinden (57%) wies im Referenzzeitraum 2007-2017 eine Bevölkerungszunahme auf, 5% eine weitestgehend konstante Entwicklung und 38% eine Abnahme.

Das durchschnittlich jährlich verfügbare Gemeindebudget pro Kopf lag im Referenzzeitraum 2012-2017 bei 120 Gemeinden bei maximal 500 €/Kopf (57%), bei 79 Gemeinden zwischen 501 €/Kopf und 1000 €/Kopf (38%) und bei 10 Gemeinden über 1000 €/Kopf (5%).

Basierend auf der Zuordnung nach Urban-Rural-Typologie können 184 Gemeinden (88%) dem ländlichen Raum zugerechnet werden. Sechs Gemeinden entsprechen dabei einem regionalen Zentrum. Der Anteil erfasster urban geprägter Gemeinden liegt bei 12%.

Knapp die Hälfte der erfassten Gemeinden (45%) besitzt eine Größe von maximal 25 km². Die Gemeindegröße von 65 Gemeinden (31%) lag zwischen 26 km² und 50 km² und von 37 Gemeinden (18%) zwischen 51 km² und 75 km². Dreizehn erfasste Großgemeinden besitzen eine Größe von über 75 km².

Der Siedlungsraum machte bei der Mehrheit der Gemeinden (55%) zwischen 11 % und 25% Anteil an der Gemeindegessamtfläche aus. Ein Viertel der Gemeinden (25%) wies einen Siedlungsraum von maximal 10 % auf, während stark bebaute Gemeinden mit mehr als 50% Siedlungsraum zu 2% im Datensatz vertreten sind.

Mit einem jeweiligen Anteil zwischen 22% und 32% sind die vier Viertel Niederösterreichs annähernd homogen im Datensatz vertreten.

Insgesamt entspricht der Großteil der Grundgesamtheit damit kleineren, ländlichen Gemeinden mit geringem Siedlungsanteil. Diese Zusammensetzung entspricht grundsätzlich der typischen Struktur des Bundeslandes, welches von agrarischen und hauptsächlich dörflichen Strukturen mit geringer Bevölkerungsdicht geprägt ist.

Tabelle 6: Grundcharakterisierung der teilnehmenden Gemeinden anhand ausgewählter demographischer, finanzbezogener und struktureller Eigenschaften (n=209).

	Anzahl Gemeinden	Prozentueller Anteil [%]
Bevölkerungszahl (2017)		
≤1500	59	28
>1500 bis 5000	117	56
>5000 bis 10000	21	10
>10000	12	6
Bevölkerungsentwicklung (Zeitraum 2007-2017)		
Zunahme	119	57
Konstant	11	5
Abnahme	79	38
Außerordentliche Einnahmen [€/Kopf] (Durchschnitt pro Kopf 2012-2017)		
≤500	120	57
>500 bis 1000	79	38
>1000	10	5
Urbanisierungsgrad (Urban-Rural-Typologie)		
Ländlicher Raum (zentral, intermediär, peripher)	115	55
Ländlicher Raum im Umland von Zentrum (zentral, intermediär, peripher)	63	30
Regionales Zentrum (zentral, intermediär)	6	3
Urban (Groß-, Mittel, Kleinzentren)	25	12
Gemeindegröße [km²]		
≤25	94	45
>25 bis 50	65	31
>50 bis 75	37	18
>75	13	6
Siedlungsraum [% an Gesamtfläche]		
≤10	52	25
>10 bis 25	115	55
>25 bis 50	37	18
>50	5	2
Viertel		
Weinviertel	46	22
Waldviertel	44	21
Mostviertel	53	25
Industrieviertel	66	32

3.1.2. Gesamtanzahl und Häufigkeit der gesetzten bewusstseinsfördernden Maßnahmen

Tabelle 7 gibt die Verteilung der Gemeinden nach der Gesamtanzahl in der Gemeinde gesetzter Maßnahmen („MAanzahl“) wider. Nach der unter Kapitel 2.2.3 getroffenen Einteilung („MAanzahl Kat“), weisen 46 Gemeinden (23%) eine geringe Maßnahmenanzahl (0-2) auf, wobei 13 dieser Gemeinden angaben, an keiner der gelisteten oder anderwärtigen bewusstseinsfördernden Maßnahmen beteiligt zu sein. 73 Gemeinden (35%) wiesen eine mittlere Maßnahmenanzahl (3-4) und 58 Gemeinden (27%) eine hohe Maßnahmenanzahl (5-7) auf. 31 Gemeinden (15%) können der Kategorie „sehr hoch“ (>8) zugerechnet werden.

Insgesamt setzten fast die Hälfte aller Gemeinden (49%) zwischen 3 bis 5 bewusstseinsfördernde Maßnahmen in der eigenen Gemeinde um. Demgegenüber waren 6% der erfassten Gemeinden im Referenzzeitraum an keinen bewusstseinsfördernden Maßnahmen beteiligt. Gemeinden mit mehr als neun gesetzten Maßnahmen stellen hingegen mit 5% die Ausnahme dar.

Tabelle 7: Tabellarische Verteilung der Gemeinden nach Anzahl gesetzter Maßnahmen je Gemeinde und entsprechend der Kategorisierungsvariable „MAanzahl Kat“ (n=209).

MAanzahl	Anzahl Gemeinden	Prozentueller Anteil [%]	MAanzahl Kat
0	13	6	gering
1	20	10	
2	14	7	
3	36	17	mittel
4	37	18	
5	30	14	hoch
6	9	4	
7	19	9	
8	10	5	sehr hoch
9	10	5	
10	3	1	
11	3	1	
12	2	1	
13	2	1	
14	1	1	

Abbildung 3 stellt die Anzahl an Gemeinden je einzelner Maßnahmentyp einander gegenüber. Dabei werden Maßnahmen mit Vorbildwirkung grundsätzlich häufiger gesetzt als jene, welche vorrangig informativen oder artenschutzbezogenen Charakter besitzen. Die einzelnen Maßnahmen der Kategorie „Vorbildwirkung“ werden durchschnittlich von 99 Gemeinden gesetzt, während jene der Kategorien „Information“ und „Artenschutz“ im Schnitt von 54 Gemeinden gesetzt werden.

Die insgesamt häufigste gesetzte Maßnahme stellt die ökologische Pflege und Gestaltung öffentlicher Grünflächen dar, welche von über drei Viertel der Gemeinden (78%) durchgeführt wird. Innerhalb der Kategorie „Vorbildwirkung“ sind weiters 45% der Gemeinden an naturschutzfachlichen Schulungsangeboten für die eigenen Gemeindebeschäftigten beteiligt, 34% investieren in öffentliche Obst- oder Gemüsebeete und 32% verfügen über Blühstreifen mit Informationstafeln.

42% der Gemeinden geben an, im Untersuchungszeitraum an naturpädagogischen Programmen in Schulen beteiligt gewesen zu sein und weitere 35% nützen die Gemeindezeitung regelmäßig zur Veröffentlichung naturschutzfachlicher Artikel. Knapp ein Viertel der Gemeinden gibt an, regelmäßig öffentliche Informationsveranstaltungen durchzuführen (28%) oder über einen eigenen Naturlehrpfad (26%) zu verfügen. Nur eine geringe Anzahl an Gemeinden veranstaltet hingegen regelmäßig naturschutzfachliche Führungen (16%) oder Feste mit naturschutzfachlichem Schwerpunkt (8%).

Die häufigste Maßnahme innerhalb der Kategorie „Artenschutz“ stellt die Anbringung von „Insektenhotels“ mit 91 Gemeinden (44%) dar. Die weiteren Maßnahmen „Vogelnisthilfen“ (25%), „Amphibienschutzaktion“ (17%) und „Regelmäßige naturschutzfachliche Habitatpflegeeinsätze mit Freiwilligen“ (16%) werden jeweils nur von maximal einem Viertel der Gemeinden umgesetzt.

Drei Gemeinden führten weitere Maßnahmen an, welche nicht unter den vierzehn gelisteten Maßnahmen genannt waren (und eindeutig interpretiert werden konnten). Diese Nennungen umfassten die Anbringung von Fledermausnistkästen, den Bau von „Igelhotels“ und die Anlegung einer „Ökostraße“.

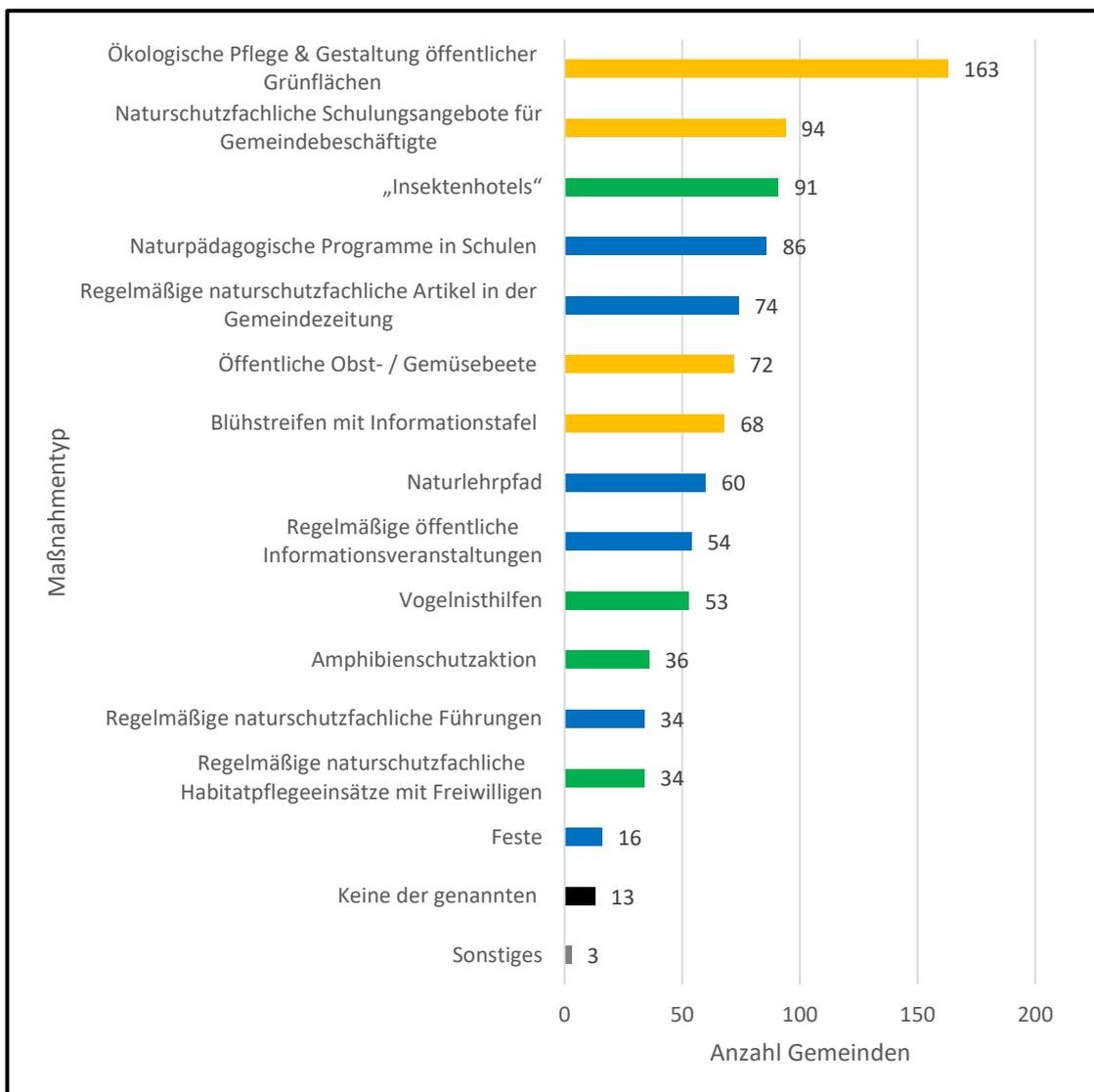


Abbildung 3: Häufigkeit der gesetzten Maßnahmen je Typ und Kategorie. Gelb markierte Maßnahmen entsprechen der Kategorie „Vorbildwirkung“, blau markierte Maßnahmen der Kategorie „Information“ und grün markierte Maßnahmen der Kategorie „Arten- und Landschaftsschutz“ (n=209, Mehrfachantworten möglich).

3.1.3. Initiierung, Finanzierung und Umsetzung bewusstseinsfördernder Maßnahmen

3.1.3.1. Beteiligte an der Initiierung

Im Großteil der Gemeinden (70%) fungierte der Gemeinderat als Initiator für die einzelnen Maßnahmen. In 93 dieser Gemeinden wurde außerdem die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister explizit als wichtiger Faktor für die Initiierung genannt. Anregungen von außerhalb des Gemeinderats kommen hingegen, mit Ausnahme der Initiativen einzelner Privatpersonen, welche mit 90 Nennungen (43%) ähnlich hohe Werte besitzen, geringere Bedeutung zu. 22% der Gemeinden gaben an, dass lokale Vereine für die Initiierung ebenfalls eine Rolle spielen und 16% verwiesen auf die Bedeutung von Anregungen durch Bund oder Land. Initiativen von einzelnen Betrieben (8%), Naturschutzorganisationen (7%) und externen Planungsbüros (2%) sind hingegen nur zu geringen Anteilen im Datensatz vertreten. 36 Gemeinden nannten weitere Beteiligte, u.a. Dorferneuerungsvereine, Schutzgebietsverwaltungen der Naturparks oder des Biosphärenparks Wienerwald, Schulen, Kindergärten, die Initiative Natur im Garten oder Beschäftigte des Wirtschaftshofs. Zehn Personen vermerkten hierbei abermals die Bedeutung des Umweltgemeinderats. Abbildung 4 gibt einen Überblick über die Bedeutung möglicher Beteiligter für die Initiierung bewusstseinsfördernder Maßnahmen.

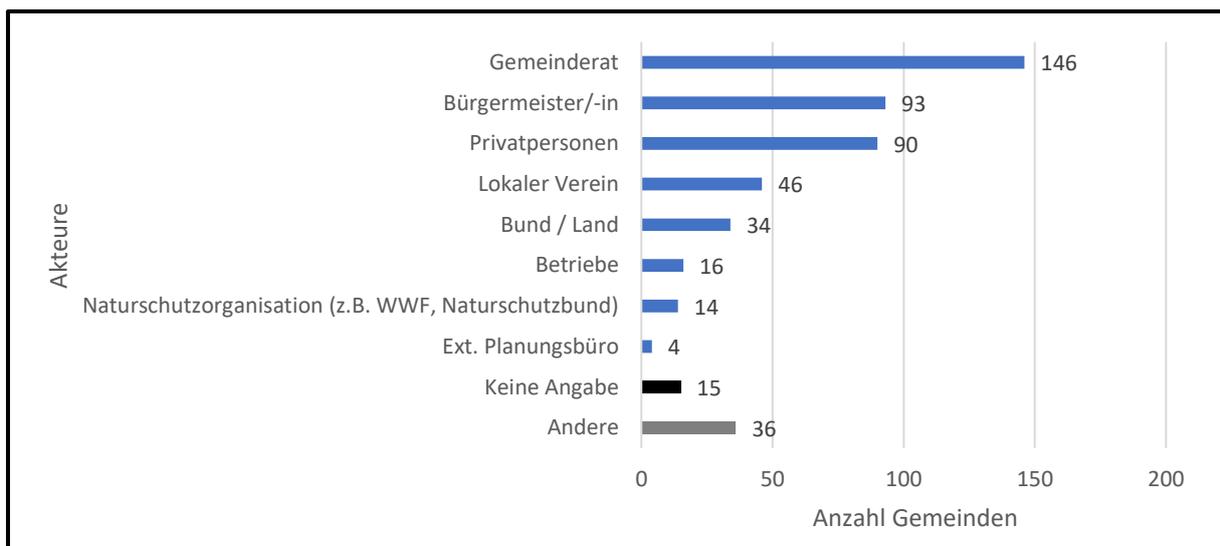


Abbildung 4: Häufigkeit unterschiedlicher Beteiligter an der Initiierung der gesetzten Maßnahmen (n=209, Mehrfachantworten möglich).

3.1.3.2. Finanzierung der Maßnahmen

Die Finanzierung der gesetzten Maßnahmen wird in fast allen Gemeinden (88%) durch das Gemeindebudget unterstützt. Zusätzlich ziehen knapp ein Drittel der Gemeinden (30%) Fördermittel des Bundes oder Landes hinzu. 12% beantragen in diesem Kontext Förderungen der europäischen Union. In 22% der Gemeinden sind Privatpersonen und in 14% lokale Vereine an der Finanzierung beteiligt. Der Finanzierung durch Betriebe (8%), Naturschutzorganisationen (7%) und privatwirtschaftliche Förderprogramme (z.B. Blühendes Österreich) (2%) kommt hingegen eine untergeordnete Rolle zu. Acht Gemeinden nannten außerdem Dorferneuerungsvereine, Schulen, einzelne Landwirte, sowie die Initiative Natur im Garten und LEADER Programme als mögliche Finanzierungsbeteiligte. Abbildung 5 stellt die Häufigkeit einzelner Akteure bei der Finanzierung

bewusstseinsfördernder Maßnahmen dar. Dabei ist anzumerken, dass es sich hierbei um die Häufigkeit an Nennungen einzelner Akteure durch die Gemeinden handelt. Die Daten geben damit keine Auskunft über das durch die einzelnen Akteure bereitgestellte finanzielle Gesamtvolumen.

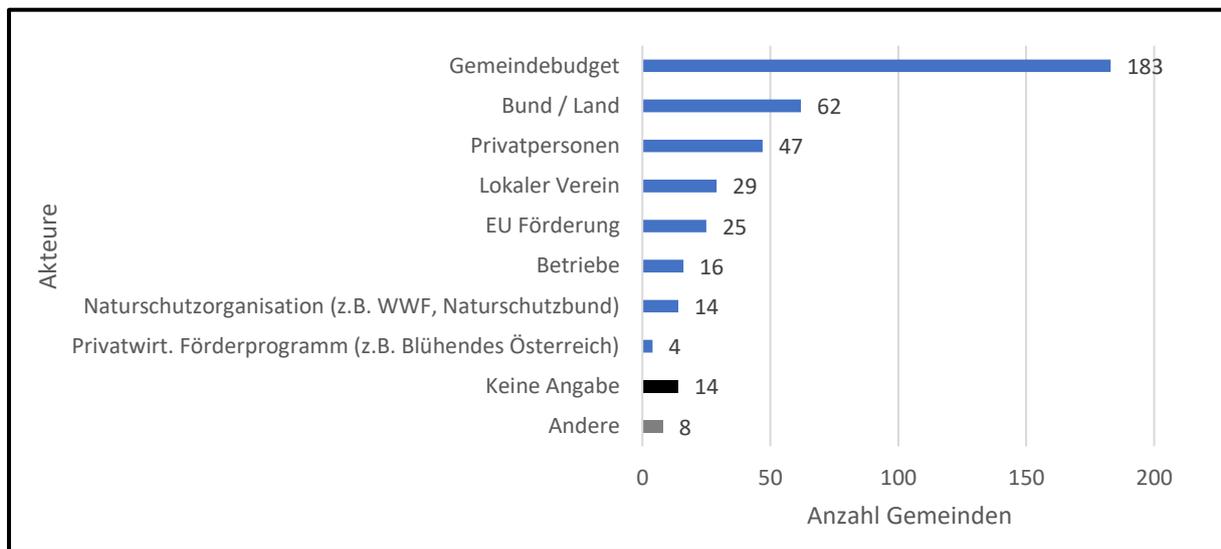


Abbildung 5: Häufigkeit unterschiedlicher Akteure bei der Finanzierung bewusstseinsfördernder Maßnahmen (n=209, Mehrfachantworten möglich).

3.1.3.3. Beteiligte an der Umsetzung

Die Umsetzung der Maßnahmen geschieht in der Mehrheit der Gemeinden unter Beteiligung der Gemeindebeschäftigten (73%), Privatpersonen (60%) und Mitglieder des Gemeinderats (59%). In einem Viertel der Gemeinden sind lokale Vereine (25%) hierbei beteiligt. Private Betriebe (12%), Naturschutzorganisationen (11%) sowie Organisationen von Bund oder Land (11%) sind in knapp jeder neunten Gemeinde involviert. Acht Gemeinden (4%) gaben außerdem an, dass externe Planungsbüros bei den Maßnahmen involviert waren. 19 Gemeinden führten weitere Beteiligte an der Umsetzung an. Diese umfassten u.a. Schulen, Kindergärten, Feuerwehr, Landwirte oder Vertreter des Bauernbunds. Abbildung 6 verdeutlicht diese Verteilung.

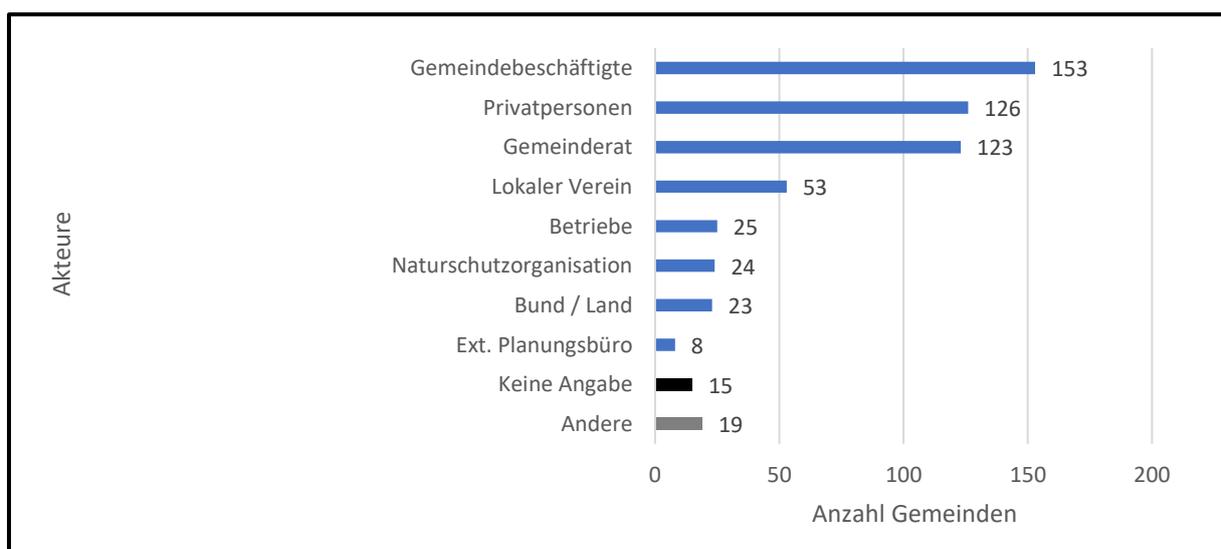


Abbildung 6: Häufigkeit unterschiedlicher Beteiligter an der Umsetzung der bewusstseinsfördernden Maßnahmen in den Gemeinden (n=209, Mehrfachantworten möglich).

3.1.4. Teilnahme an öffentlichen und privatwirtschaftlichen Initiativen

Zusätzlich zu den gemeindeeigenen Anregungen, nimmt die Mehrheit der erfassten Gemeinden an extern angeregten Initiativen im Themenbereich Naturschutz teil. Der Großteil entfällt dabei auf die landesweite Initiative Natur im Garten⁸ (70%) und die Beteiligung an LEADER Projekten (66%). Zehn Gemeinden (5%) beteiligten sich an der privatwirtschaftlichen Initiative Blühendes Österreich der REWE Gruppe und sieben (3%) an der nationalen Kampagne vielfaltleben (vgl. Tabelle 8).

Tabelle 8: Anzahl teilnehmender Gemeinden je öffentlicher oder privatwirtschaftlicher Initiative im Naturschutzbereich (n=209, Mehrfachantworten möglich).

Initiative	Anzahl Gemeinden	Prozentueller Anteil [%]
Natur im Garten	147	70
LEADER	138	66
Blühendes Österreich	10	5
vielfaltleben	7	3

3.1.5. Anteil an Schutzgebieten

An Schutzgebietskategorien auf Gemeindegrund wurden Anteile an Naturschutzgebieten, Natura2000 Gebieten, Naturparks, Nationalparks und des Biosphärenparks Wienerwald erfasst. Tabelle 9 gibt die Anzahl der Gemeinden nach jeweiligem Schutzgebietsanteil wider. Die Hälfte aller erfassten Gemeinden (50%) besitzt Anteil an einem Natura2000 Gebiet. Ein Fünftel der Gemeinden (20%) besitzt Anteil an einem Naturschutzgebiet. Jeweils 22 Gemeinden (11%) sind Teil eines Naturparks oder des Biosphärenparks Wienerwald und vier Gemeinden repräsentieren Nationalparkgemeinden des Thayatal oder der Donauauen.

Tabelle 9: Anzahl an Gemeinden mit entsprechendem Anteil an der jeweiligen Schutzgebietskategorie (n=209, Mehrfachantworten möglich).

Schutzgebietskategorie	Anzahl Gemeinden	Prozentueller Anteil [%]
Naturschutzgebiet	41	20
Natura2000 Gebiet	105	50
Naturpark	22	11
Nationalpark	4	2
Biosphärenpark Wienerwald	22	11

3.1.6. Lokale gesellschaftliche Ressourcen der Gemeinden

Bezüglich möglicher Unterstützung im Bereich Naturschutz von Seiten der Bevölkerung gab die Mehrheit der Gemeindevertretungen an, dass es in der Gemeinde ambitionierte Privatpersonen für lokale Naturschutzanliegen (76%) oder naturschutzfachkundige Einzelpersonen, welche Vorträge oder

⁸ Gemeinden, welche alle drei Kriterien der Natur im Garten Initiative erfüllen (sog. „Natur im Garten Gemeinden“) und jene welche lediglich auf chemisch-synthetische Pestizide verzichten (sog. „Gemeinden mit Bekenntnis zum biologischen Pflanzenschutz“) wurden, in Hinblick auf eine vereinfachte Angabe, für diese Erhebung nicht differenziert erfasst. Beide Auszeichnungen werden von der Initiative Natur im Garten vergeben, verfolgen grundsätzlich ähnliche Zielsetzungen und werden daher im Folgenden gemeinsam unter der Bezeichnung „Natur im Garten“ zusammengefasst.

Führungen zu Naturthemen anbieten könnten (54%), gibt. In knapp einem Fünftel der Gemeinden existiert ein lokaler Verein aus Privatbürgern im Bereich Naturschutz (z.B. Verein für Habitatpflege) (19%) oder eine lokale Naturschutzorganisation (18%) (vgl. Tabelle 10).

Tabelle 10: Anzahl an Gemeinden mit entsprechenden lokalen gesellschaftlichen Ressourcen (n=209, Mehrfachantworten möglich).

Lokale gesellschaftliche Ressourcen	Anzahl Gemeinden	Prozentueller Anteil [%]
Ambitionierte Privatpersonen für lokale Naturschutzanliegen	159	76
Naturschutzfachkundige Einzelpersonen	113	54
Lokaler Verein im Bereich Naturschutz	39	19
Lokale Naturschutzorganisation	38	18

3.1.7. Einschätzungen möglicher Einflussfaktoren auf das Engagement der Gemeinden

Fragenblock III umfasste mehrere Likert-items mit Aussagen bezüglich möglicher Einflussfaktoren auf die Umsetzung bewusstseinsfördernder Maßnahmen. Abbildungen 7 stellt den Grad der Zustimmung und Ablehnung zu den jeweiligen Aussagen grafisch dar.

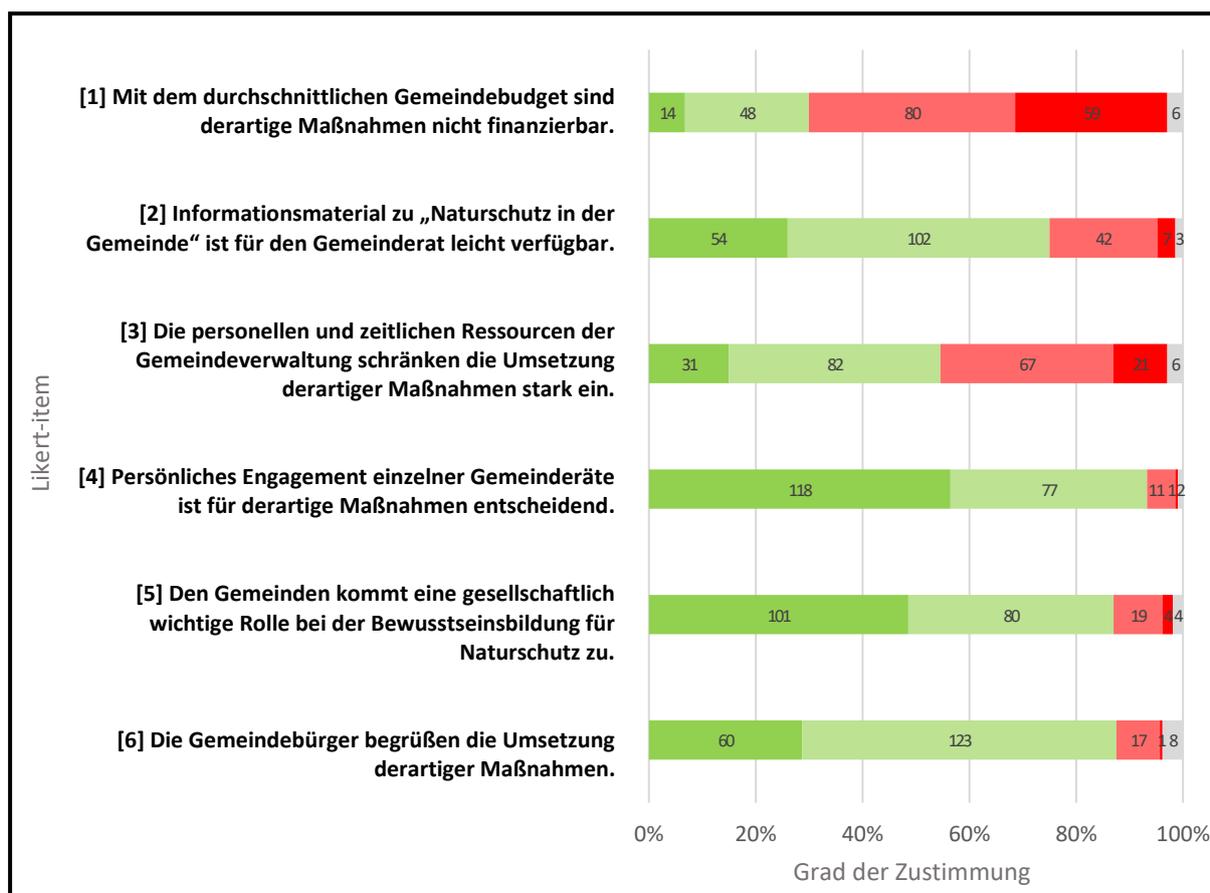


Abbildung 7: Grad der Zustimmung zu den einzelnen Likert-items in Anzahl an Gemeinden und Prozentskalierung (n=209; dunkelgrün = trifft voll und ganz zu; hellgrün = trifft eher zu; hellrot = trifft eher nicht zu; dunkelrot = trifft überhaupt nicht zu; grau = weiß nicht).

Die Mehrheit der Gemeindevertretungen (67%) sah keine finanziellen Einschränkungen durch das durchschnittlich verfügbare Gemeindebudget für die Umsetzung derartiger Maßnahmen gegeben (vgl. Abbildung 7 Likert-item 1). 14 Gemeinden (7%) gaben hingegen an, dass der finanzielle Aufwand ein klarer Grund ist, warum derartige Maßnahmen in der Gemeinde nicht umgesetzt werden. Weitere 23% der Gemeinden stimmten der Aussage „eher zu“.

Drei Viertel aller erfassten Gemeinden verfügen nach eigenen Angaben über einen leichten Zugang zu Information im Themenbereich „Naturschutz in der Gemeinde“ (vgl. Abbildung 7 Likert-item 2). 20% der Gemeinden gaben an, dass Informationsmaterial tendenziell schwierig verfügbar ist und für sieben Gemeinden stellt dieser Faktor einen eindeutigen negativen Einflussfaktor dar.

In Hinblick auf mögliche Limitierungen durch die personellen und zeitlichen Ressourcen der Gemeindeverwaltung zeigte sich ein ausgeglichenes Meinungsbild (vgl. Abbildung 7 Likert-item 3). 54% der Gemeinden gaben an, dass dadurch keine Einschränkungen in der kommunalen Verwaltung bestehen, während 46% der Aussage zustimmten. Für 10% der Gemeinden stellten die Ressourcen der Gemeindeverwaltung einen stark limitierenden Faktor dar.

Fast alle Gemeinden (93%) stufen das persönliche Engagement einzelner Gemeinderäte als entscheidend für die Umsetzung derartiger Maßnahmen ein (vgl. Abbildung 7 Likert-item 4). 12 Gemeinden (8%) sahen darin hingegen keine zentrale Voraussetzung. Eine Person stimmt der Aussage überhaupt nicht zu.

Knapp die Hälfte der Gemeindevertretungen (48%) stimmte der Aussage, dass Gemeinden eine wichtige Rolle in der Bewusstseinsbildung für Naturschutz zukommt, voll und ganz zu (vgl. Abbildung 7 Likert-item 5). Weitere 38% stimmten der Aussage eher zu. 23 Personen (11%) schrieben der Gemeinde hingegen keine oder tendenziell keine wichtige Rolle in diesem Kontext zu.

In der überwiegenden Mehrheit der Gemeinden (88%) begrüßt die Bevölkerung die Durchführung derartiger Maßnahmen (vgl. Abbildung 7 Likert-item 6). Insgesamt stimmten 29% der kommunalen Verwaltungen der Aussage stark zu. In knapp jeder zehnten Gemeinde (9%) werden derartige Maßnahmen tendenziell nicht befürwortet oder in einem Fall durch die Bürger klar abgelehnt.

3.1.8. Vorrangige Informationsquellen und Bedarf an regionaler Beratungsperson

Zur differenzierten Betrachtung des Faktors „Information“ wurde zusätzlich unter Fragenblock IV nach vorrangigen Informationsquellen der Gemeinden im Bereich „Naturschutz & Biodiversität“, sowie dem Bedarf an einer zentralen Beratungsperson für bewusstseinsfördernde Maßnahmen (im Sinne eines „offiziellen regionalen Biodiversitätsbeauftragten je Viertel“) gefragt. Abbildung 8 und 9 geben die Ergebnisse dieses Fragenblocks wider.

Als zentrale Informationsquellen im Bereich „Naturschutz & Biodiversität“ fungieren für die Mehrheit der Gemeinden die Energie- und Umweltagentur Niederösterreich (eNu) (72%), sowie Abteilungen des Landes Niederösterreich (55%). 43% aller erfassten Gemeinden ziehen fachkundige Privatpersonen in diesem Themenfeld zu Rate. Weniger als ein Viertel der Gemeinden greift bei der Informationssuche auf Landwirtschaftskammer (21%) oder Naturschutzorganisationen (18%) zurück. Externe Planungsbüros (8%) und Universitäten (5%) kommt nur eine untergeordnete Rolle zu. Mehrere

Gemeinden führten außerdem die Initiative Natur im Garten, den Biosphärenpark Wienerwald, sowie das Netzwerk Klimabündnis als mögliche sonstige Informationsquellen an.

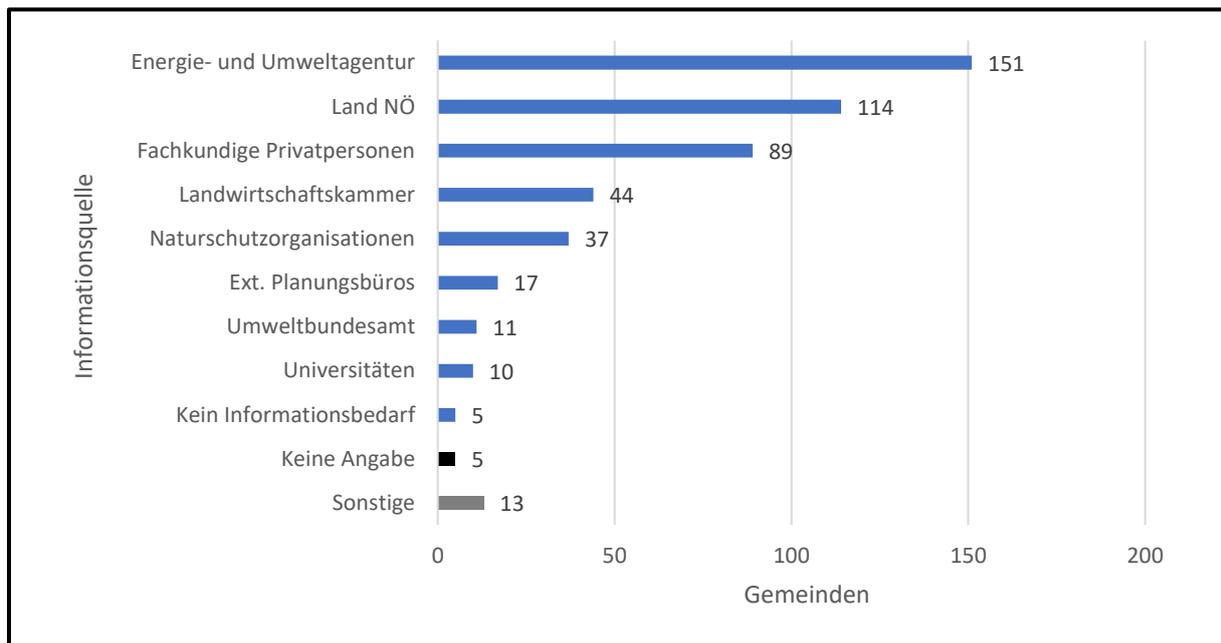


Abbildung 8: Vorrangige Informationsquellen für die Gemeinden in Bezug auf das Themenfeld "Naturschutz & Biodiversität" (n=209, Mehrfachantworten möglich).

Die Einrichtung einer offiziellen Beratungsperson je Viertel für die lokale Umsetzung bewusstseinsfördernder Maßnahmen bewertete die überwiegende Mehrheit der Gemeindevertretungen (69%) grundsätzlich als hilfreich (vgl. Abbildung 9). Insgesamt 17% der Antworten entfielen auf die Kategorie „sehr hilfreich“. 49 Gemeindevertretungen (24%) sprachen sich gegen die Einrichtung einer Beratungsperson aus, zumal diese entweder (in alternativer Form) bereits vorhanden ist (7%) oder generell kein Bedarf von Seiten der Gemeinde diesbezüglich besteht (17%).

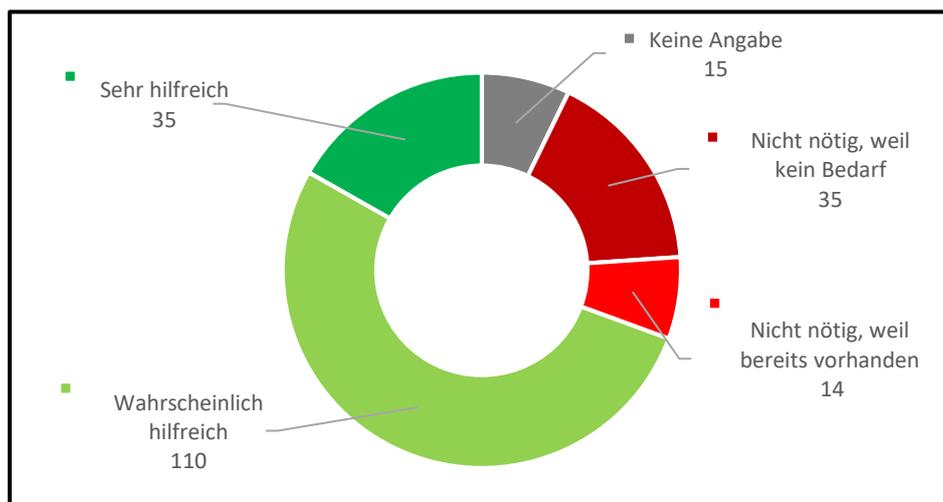


Abbildung 9: Meinungsbild in Bezug auf die Einrichtung einer offiziellen Beratungsperson für die Umsetzung bewusstseinsfördernder Maßnahmen je Viertel in Anzahl an Gemeinden (n=209).

3.1.9. Statistische Analyse möglicher Einflussfaktoren auf die Anzahl gesetzter Maßnahmen

Die Ergebnisse der statistischen Auswertung möglicher Zusammenhänge zwischen den erfassten Einflussfaktoren und der Anzahl je Gemeinde gesetzter Maßnahmen („MANzahl Kat“) stellt Tabelle 11 dar. Die einzelnen Einflussfaktoren wurden hierfür thematischen Faktorgruppen zugeordnet. Für eine umfassende Darstellung der einzelnen Kreuztabellen und Gruppierung der Daten siehe Anhang IV.

Tabelle 11: Ergebnisse der statistischen Auswertung auf mögliche Signifikanz (***) der erhobenen Einflussfaktoren auf die Anzahl an durch die Gemeinden gesetzten Maßnahmen zum Signifikanzniveau $\alpha = 0,001923$.

Faktorgruppe	Variable	Test	Pearson chi ² Wert	df	p-Wert	*
Lage & Struktur	Viertel	chi ²	11.981	9	0.214	
	Urbanisierungsgrad	Fisher			0.024	
	Siedlungsraum	chi ²	11.387	6	0.077	
	Gemeindegröße	chi ²	3.258	6	0.776	
	Bevölkerungszahl	chi ²	28.483	6	7.62e-05	*
	Bevölkerungsentwicklung	Fisher			0.319	
Finanzierung	Außerordentliche Einnahmen	chi ²	5.447	6	0.488	
	Gemeindebudget	chi ²	7.425	3	0.060	
Information	Informationsmaterial	chi ²	9.214	3	0.027	
Verantwortungsgefühl	Engagement der Gemeinderäte/-innen	Fisher			0.240	
	Gesellschaftliche Rolle	Fisher			0.030	
Soziale Akzeptanz	Befürwortung Gemeindebevölkerung	Fisher			0.279	
Ressourcen der Verwaltung	Personelle und zeitliche Ressourcen	chi ²	0.733	3	0.866	
Gesellschaftliche lokale Ressourcen	Lokale Naturschutzorganisation	chi ²	12.396	3	0.006	
	Lokaler Verein im Bereich Naturschutz	chi ²	18.091	3	0.00042	*
	Ambitionierte Privatpersonen	Fisher			4.969e-06	*
	Naturschutzfachkundige Einzelpersonen	chi ²	18.264	3	0.00039	*
Teilnahme an Initiativen	Natur im Garten	chi ²	26.363	3	8.006e-06	*
	LEADER	chi ²	8.869	3	0.031	
	Blühendes Österreich	Fisher			0.00181	*
	vielfaltleben	Fisher			0.007	
Anteil an Schutzgebieten	Naturschutzgebiet	chi ²	4.317	3	0.229	
	Natura2000 Gebiet	chi ²	1.195	3	0.755	
	Naturpark	Fisher			0.047	
	Nationalpark	Fisher			0.907	
	Biosphärenpark	Fisher			1.031e-05	*

Für folgende Variablen wurde ein signifikanter Zusammenhang mit der abhängigen Variable „MAzahl Kat“ festgestellt: „Bevölkerungszahl“, „lokaler Verein im Bereich Naturschutz“, „ambitionierte Privatpersonen“, „naturschutzfachkundige Gemeindeglieder“, „Natur im Garten“, „Blühendes Österreich“ und „Biosphärenpark“. Die, unter Anhang V angeführten, Boxplots stellen die Unterschiede in Abhängigkeit der jeweiligen Variablenausprägung graphisch dar. Eine höhere Maßnahmenzahl geht dabei sowohl mit einer höheren Bevölkerungszahl, dem Vorhandensein eines lokalen Vereins im Bereich Naturschutz, ambitionierter Privatpersonen oder fachkundiger Einzelpersonen, sowie einer Mitgliedschaft bei den Initiativen Natur im Garten, Blühendes Österreich oder dem Biosphärenpark Wienerwald einher.

Demgegenüber zeigt keine Variable der Faktorgruppen „Finanzierung“, „Information“, „Verantwortungsgefühl“, „Soziale Akzeptanz“ oder „Ressourcen der Verwaltung“ einen signifikanten Zusammenhang mit der Anzahl der gesetzten Maßnahmen.

Zur vertieften Betrachtung im Kontext der ökologischen Grünflächenpflege, wurden außerdem mögliche statistische Zusammenhänge jeweils zwischen der Umsetzung der Maßnahme „Ökologische Pflege & Gestaltung öffentlicher Grünflächen“, einer Mitgliedschaft bei der Initiative Natur im Garten, sowie der Maßnahme „Naturschutzfachliche Schulungsangebote für Gemeindebeschäftigte“ untersucht. Alle Testungen wiesen dabei einen signifikanten Zusammenhang auf (vgl. Tabelle 12).

Tabelle 12: Ergebnisse der statistischen Auswertung auf mögliche Signifikanz („*“) im Kontext der ökologischen Grünflächenpflege zum Signifikanzniveau $\alpha = 0,05$.

Variablenkombination im Test	Test	Pearson chi ² Wert	df	p-Wert	*
Ökologische Grünflächenpflege – Mitgliedschaft Natur im Garten	chi ²	27.525	1	1.55e-07	*
Ökologische Grünflächenpflege – Schulungsangebote für Gemeindebeschäftigte	chi ²	18.135	1	2.058e-05	*
Schulungsangebote für Gemeindebeschäftigte – Mitgliedschaft Natur im Garten	chi ²	13.089	1	0.000297	*

3.2. Ergebnisse der qualitativen Interviews

3.2.1. Grundcharakterisierung der teilnehmenden Interviewgemeinden

Tabelle 13 gibt einen Überblick über jene Personen, welche sich für die Interviews zur Verfügung stellten, sowie über grundsätzliche Eigenschaften und die gesetzten Maßnahmen⁹ der jeweiligen Gemeinden.

Als Interviewpersonen nahmen insgesamt drei amtierende Bürgermeister (wobei einer ebenfalls das Amt des Umweltgemeinderats bekleidete) [IP1a, IP2, IP8], drei amtierende Umweltgemeinde- bzw. Stadträte [IP1b, IP3, IP7], sowie eine Gemeinderätin, welche die Projektkoordination in der Gemeinde übernimmt [IP1c], teil. Ein Interview wurde mit dem Bereichsleiter der Abteilung Umwelt [IP5a] und dem Stadtförster, welcher für die Betreuung des gemeindeeigenen Naturparks zuständig ist [IP5b], geführt. Zwei Gesprächspersonen [IP4, IP6] standen zum Zeitpunkt des Interviews nicht mehr im

⁹ Für die Charakterisierung der gesetzten Maßnahmen wurde auf eine kategorielle Beschreibung zurückgegriffen, um die Anonymität der Gemeinden größtmöglich gewährleisten zu können. Hierfür wurde außerdem auf die Zuordnung der Gemeinden zu den einzelnen Vierteln verzichtet.

Tabelle 13: Grundcharakterisierung der interviewten Gemeinden, Interviewpersonen und gesetzten Maßnahmen (Nr. = fortlaufende Nummer der Interviews; IP = Interviewperson; NiG = Teilnahme an Initiative Natur im Garten; NSG = Anzahl an Naturschutzgebieten; NSO = Vorhandensein mindestens eines lokalen Vereins im Bereich Naturschutz oder einer lokalen Naturschutzorganisation).

Nr.	IP	Bevölkerungsanzahl	Urbanisierungsgrad	Maßnahmen	NiG	NSG	NSO
EI1	[IP1a] Bürgermeister [IP1b] Umweltgemeinderat [IP1c] Gemeinderätin	>1500 bis 5000	Ländlicher Raum im Umland von Zentren (zentral)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Offizielles Bekenntnis der Gemeinde zum Schutz einer ausgewählten Tiergruppe ▪ Öffentliche Informationsveranstaltungen ▪ Aktive Informationsbereitstellung (Broschüren) ▪ Regelmäßige Artikel in der Gemeindezeitung & -homepage ▪ Anlegung von Blühstreifen ▪ Anbringung von Nisthilfen („Insektenhotels“) ▪ Kräuterbeet mit Informationstafeln ▪ Schulungsangebote für Gemeindebeschäftigte 	Nein	1	Nein
EI2	[IP2] Bürgermeister & Umweltgemeinderat	>1500 bis 5000	Ländlicher Raum im Umland von Zentren (zentral)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Naturnahe Gestaltung & ökologische Pflege öffentlicher Grünflächen ▪ Öffentliche Informationsveranstaltungen ▪ Aktive Informationsbereitstellung ▪ Regelmäßige Artikel in der Gemeindezeitung & -homepage ▪ Anbringung von Nisthilfen („Insektenhotels“, Vogelnistkästen) ▪ Habitatpflegeeinsätze mit Freiwilligen 	Ja	1	Ja
EI3	[IP3] Umweltgemeinderat	>10000	Urbanes Kleinzentrum	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Naturnahe Gestaltung & ökologische Pflege öffentlicher Grünflächen ▪ Öffentliche Obst- / Gemüsebeete ▪ Öffentliche Informationsveranstaltungen ▪ Regelmäßige Artikel in der Gemeindezeitung & -homepage ▪ Anlegung von Blühstreifen ▪ Anbringung von Nisthilfen (Vogelnistkästen) ▪ Habitatpflegeeinsätze mit Freiwilligen 	Ja	4	Ja
EI4	[IP4] Bürgermeister & Umweltgemeinderat (ehemalig)	>1500 bis 5000	Ländlicher Raum (intermediär)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Öffentliche Informationsveranstaltungen ▪ Aktive Informationsbereitstellung ▪ Feste mit naturschutzfachlichem Schwerpunkt ▪ Naturschutzfachliche Exkursionen ▪ Habitatpflegeeinsätze mit Freiwilligen 	Nein	1	Nein

E15	[IP5a] Bereichsleiter für Umwelt; [IP5b] Stadtförster	>10000	Regionales Zentrum (zentral)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Naturnahe Gestaltung & ökologische Pflege öffentlicher Grünflächen ▪ Öffentliche Informationsveranstaltungen ▪ Regelmäßige Artikel in der Gemeindezeitung & -homepage ▪ Naturschutzfachliche Exkursionen ▪ Anlegung von Blühstreifen & Streuobstwiese ▪ Habitatpflegeeinsätze mit Freiwilligen 	Ja	1	Nein
E16	[IP6] Umweltgemeinderat (ehemalig)	≤1500	Ländlicher Raum im Umland von Zentren (zentral)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Öffentliche Informationsveranstaltungen ▪ Regelmäßige Artikel in der Gemeindezeitung & -homepage ▪ Naturlehrpfad ▪ Naturschutzfachliche Exkursionen ▪ Feste mit naturschutzfachlichem Schwerpunkt ▪ „Geburtstagsau“ 	Nein	2	Ja
E17	[IP7] Stadtrat für Umwelt	>5000 bis 10000	Ländlicher Raum (zentral)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Offizielles Bekenntnis der Gemeinde zum Schutz einer ausgewählten Tiergruppe ▪ Naturnahe Gestaltung & ökologische Pflege öffentlicher Grünflächen ▪ Anlegung von Blühstreifen ▪ Regelmäßige Artikel in der Gemeindezeitung & -homepage ▪ Naturpädagogische Programme in Schulen 	Ja	1	Ja
E18	[IP8] Bürgermeister	>1500 bis 5000	Ländlicher Raum im Umland von Zentren (zentral)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Regelmäßige Artikel in der Gemeindezeitung & -homepage ▪ Anlegung von Blühstreifen ▪ Naturlehrpfad ▪ Naturschutzfachliche Exkursionen ▪ Naturpädagogische Programme in Schulen 	Nein	1	Nein

aktiven Dienst der kommunalen Verwaltung, hatten allerdings das Amt des Bürgermeisters oder Umweltgemeinderats mehr als zehn Jahre in Ihrer Gemeinde bekleidet. Insgesamt wurden 11 Personen in acht Interviews befragt.

Acht Gemeinderatsmitglieder repräsentierten Gemeinden des ländlichen Raums [E11, E12, E14, E16, E17, E18]. Bei vier dieser Gemeinden liegt die Bevölkerungsanzahl zwischen 1501 und 5000 Personen [E11, E12, E14, E18], jeweils eine Gemeinde besitzt weniger als 1500 [E16] und eine zwischen 5001 und 10000 Personen [E17], sowie eine [E16]. Außerdem wurden zwei Großgemeinden mit über 10000 Bürgerinnen und Bürgern erfasst, welche ein regionales Zentrum oder ein urbanes Kleinzentrum repräsentieren [E13, E15].

Die Hälfte der Gemeinden ist Mitglied bei der Initiative Natur im Garten [E12, E13, E15, E17]. Eine gleiche Verteilung liegt für das Vorhandensein eines lokalen Vereins im Bereich Naturschutz oder einer lokalen Naturschutzorganisation vor [E12, E13, E16, E17]. Letztere umfassen dabei einen langjährigen, gemeindeinstitutionalisierten Verein für Umwelt- und Naturschutz aus Mitgliedern der Gemeindebevölkerung [E12], eine Ortsgruppe des Naturschutzbunds [E13], einen Kultur- und Verschönerungsverein mit vertieft ökologischem Leitbild [E16], sowie einer Ortsgruppe der Berg- und Naturwacht Niederösterreich [E17]. Sechs Gemeinden besitzen insgesamt ein Naturschutzgebiet im Gemeindegebiet [E11, E12, E14, E15, E17, E18], sowie jeweils eine Gemeinde zwei [E16] oder vier Naturschutzgebiete [E13]. Vier Gemeinden haben Anteil an einem Natura2000 Gebiet [E11, E13, E16, E17], zwei am Biosphärenpark Wienerwald [E12, E13], drei Gemeinden an mindestens einem Naturpark [E13, E15, E18], sowie zwei an einem flächenmäßig umfassenderen Naturdenkmal [E14, E16].

Alle interviewten Personen schätzten das naturschutzfachliche Bewusstsein in der eigenen Gemeindebevölkerung grundsätzlich als „durchschnittlich“ oder „nicht außergewöhnlich“ ein. Gleichzeitig wurde die kommunale Verwaltung in Hinblick auf die Umsetzung bewusstseinsfördernder Maßnahmen von allen als „bemüht“ oder „sicher gut unterwegs“ eingestuft. Alle Personen gaben an, mindestens fünf bewusstseinsfördernde Maßnahmen in ihrem Gemeindegebiet zu setzen und können damit alle der Kategorie „hoch“ zugerechnet werden. Insgesamt wurden 17 verschiedene Maßnahmen in diesen Gemeinden gesetzt. Fast alle Gemeinden nutzten im Referenzzeitraum die gemeindeeigenen Medien zur Bewusstseinsregung [E11, E12, E13, E15, E16, E17, E18] und beteiligen sich regelmäßig an öffentlichen Informationsveranstaltungen [E11, E12, E13, E14, E15, E16]. Letztere umfassten in einer der Gemeinden ein mehrtägiges Veranstaltungsprogramm mit Vorträgen, Diskussionsabenden mit Mitgliedern unterschiedlicher Interessensgemeinschaften, Exkursionen für Erwachsene und Kinder, sowie den Einbezug lokaler Betriebe und Privatpersonen [E14]. Fünf Gemeinden verfügen über angelegte Blühstreifen zur Förderung von Insekten oder Wildblumen [E11, E12, E13, E15, E17] und jeweils vier Gemeinden veranstalten naturschutzfachliche Exkursionen oder Habitatpflegeeinsätze mit Freiwilligen (z.B. Neophytenmanagement, Trockenrasenpflege, Artenkartierung) [E12, E13, E14, E15, E16]. Jene vier Gemeinden, welche Mitglied der Initiative Natur im Garten sind, setzen ebenfalls eine naturnahe Gestaltung und Pflege der öffentlichen Grünflächen im Gemeindegebiet um [E12, E13, E15, E17]. Die aktive Informationsbereitstellung durch die Gemeinde [E11, E12, E14], der Bau und das Anbringen von Nistkästen oder Insektenhotels [E11, E12, E13], sowie Naturlehrpfade oder ein Kräuterbeet mit Informationstafeln [E11, E16, E18] wurden von jeweils drei Gemeinden gesetzt. Naturpädagogische Schulprogramme [E17, E18], Schulungen für Gemeindebeschäftigte [E11], öffentliche Obst- und Gemüsebeete [E13], Feste mit Naturschutzschwerpunkt [E14, E16], sowie spezielle

Projekte wie eine „Geburtstagsau“¹⁰ [E16] wurden nur vereinzelt gesetzt. Zwei befragte Gemeinden verfügen über ein offizielles ganzheitliches Bekenntnis zum Schutz einer ausgewählten Tiergruppe (z.B. „käferfreundliche Gemeinde“), welches mit entsprechenden weiteren Maßnahmen verknüpft ist [E1, E17].

3.2.2. Fördernde Einflussfaktoren für die Umsetzung bewusstseinsfördernder Maßnahmen

Im folgenden Abschnitt werden von den Interviewpersonen genannte fördernde Einflussfaktoren für die Realisierung von bewusstseinsfördernden Maßnahmen in der Gemeinde angeführt. Die Gruppierung der Argumente erfolgt dabei in die Anlehnung an die angewandten Analysekatoren (vgl. Anhang III) in die Kapitel „Anregung und Unterstützung durch externe Initiativen“, „Gesellschaftspolitische Einflussfaktoren“, „Ökonomische Vorteile und finanzielle Anreize“, „Engagement von Einzelpersonen und persönliche Motive“, sowie „Naturschutzfachlicher Beitrag“.

3.2.2.1. Anregung und Unterstützung durch externe Initiativen

Die Anregung und Informationsbereitstellung durch externe Akteure und Initiativen spielen grundsätzlich für alle Interviewpersonen eine wichtige Rolle. Fast alle Personen betonten das grundsätzlich gute und umfangreiche Angebot an naturschutzfachlichen Informationen und Fortbildungsmöglichkeiten durch landesweite Initiativen oder Abteilungen des Landes [E12, E13, E14, E15, E16, E17, E18].

„Es gibt ja über Natur im Garten, über die Energie- und Umweltagentur, über den Biosphärenpark wahnsinnig gute Anknüpfungspunkte, wo ich mich vernetzen kann, wo ich auch Informationen krieg, wenn ich irgendwas brauch [...] wenn ich anrufe in Sankt Pölten bei der eNu, sage ich brauch das und das, das kriege ich auch, also das, die Information, oder gebt's mir das oder ich brauch die und die Zahlen, oder Biosphärenpark, ich brauch da Beratung, wir wollen da eine Information machen zum Thema Eschentriebsterben, das hab ich ein paar Stund später [...]“ [E13].

Vor allem der landesweiten Initiative Natur im Garten wurde eine wichtige Rolle zugesprochen [IP2, IP3, IP5, IP6, IP7]. Aus Sicht der kommunalen Verwaltung lobten die Interviewpersonen den unkomplizierten Bezug von Information, die individuelle Beratung (z.B. im Hinblick auf alternative Pflegemaßnahmen) sowie die Möglichkeit, kostenfreie Veranstaltungen für die Gemeindebevölkerung in Anspruch nehmen zu können. Die ansprechende Gestaltung dieser Vortragsreihen fördere das individuelle Interesse der Bevölkerung, sowie den Zuspruch zu ökologischer Grünflächenpflege in den Gemeinden [IP3, IP7]. Außerdem ermöglicht die Initiative beim Beitritt oder im Zuge einer möglichen Preisauszeichnung (z.B. „Goldener Igel“) eine willkommene mediale Präsenz [IP3, IP5, IP6, IP7, IP8].

¹⁰ Bei einem sogenannten „Geburtstagswald“ oder „Generationenwald“ handelt es sich um die Anlegung eines Waldes oder Pflanzung einzelner Bäume, welche symbolisch für die Bevölkerung oder Kinder der Gemeinde Luft, Wasser und Nährstoffe für ihr Leben produzieren sollen. Je nach Ausformung kann die Anlegung und Betreuung der Bäume gemeinsam mit Schulklassen, Kindern oder anderen Personen aus der Gemeinde durchgeführt werden. Im Falle der untersuchten Gemeinde wurden in einer Au gemeinsam mit den Kindern der Schule Bäume nachgepflanzt, wobei jedem Kind ein Baum persönlich zugeordnet wurde, der über die kommenden Jahre regelmäßig besucht werden soll. Zusätzlich wird die Aktion von Informationsvermittlung mittels Tafeln und Schulausflügen begleitet.

Fünf interviewte Personen betonten explizit die generelle Bedeutung von derartigen Preisauszeichnungen für die Wahrnehmung der kommunalen Tätigkeiten durch die Bevölkerung. Auszeichnungen von Land oder Bund würden die Möglichkeit bieten, in der Öffentlichkeit die Bedeutung naturschutzfachlicher Bestrebungen aufzuzeigen und den Stolz auf derartige Projekte zu steigern [IP3, IP5, IP6, IP7, IP8].

„[...] wenn der Naturschutz oder die Politik etwas vorgibt, also wir waren mit diesen Aktionen von der niederösterreichischen Umweltschutzpolitik, also ob das jetzt Raumordnung ist oder Umweltschutz oder die eNu, wie sie jetzt heißt, wir waren immer sehr dankbar, dass die diese Aktionen gemacht haben, wenn die nichts gemacht hätten mit Klimabündnis oder mit baumfreundlichste Gemeinde oder Bodenschutz oder Wassergemeinde, wenn es das nicht gegeben hätte, hätten wir keine Möglichkeit gehabt, der Bevölkerung das so zu verkaufen, dass das eben die niederösterreichische Politik ist und wir so als Art drauf reagieren“ [IP6].

Zu betonen ist allerdings, dass derartige Auszeichnungen trotz der genannten Vorteile von fast allen Personen primär als eine Art „willkommener Bonus“ und weniger als zentraler Anreiz für die Maßnahmen eingestuft wurden (vgl. Kapitel 3.2.4.). Jeweils eine Gemeinde erhielt eine Auszeichnung durch die nationale Initiative vielfaltleben [IP2], sowie durch die privatwirtschaftliche Initiative Blühendes Österreich [IP7]. Beide Gemeindevertreter bekräftigten jedoch, dass dies nicht der Hauptgrund für die Beteiligung an den Maßnahmen war. In letzterem Fall war die Fördermöglichkeit zu Projektbeginn laut eigenen Angaben nicht einmal bekannt.

Einer der befragten Gemeindevertreter [IP2] verwies weiters auf Anregungen der LEADER Region Niederösterreich-Mitte, welche die Umstellung auf eine ökologische Grünflächenpflege zentral unterstützt hat. Jeweils ein Gemeindevertreter nannte Anregungen durch die Berg- und Naturwacht Niederösterreich [IP6], sowie durch die Verwaltung des Biosphärenparks Wienerwald [IP3] als hilfreich. Im Fall einer Gemeinde [IP1] kam der Kooperation mit einer Umweltschutzorganisation für die Umsetzung eines Gesamtbekanntnisses der Gemeinde zum Schutz einer bestimmten Tiergruppe wichtige Bedeutung zu. Die Umweltschutzorganisation unterstützte die Gemeinde dabei mit bereitgestellter Information und bei der Realisierung vor Ort, sowie bei strategischen Entscheidungen in der Präzisierung der naturschutzfachlichen Ziele.

Die Vertreterinnen und Vertreter zweier Gemeinden begründeten außerdem die Durchführung der gesetzten Maßnahmen mit der medialen Aufmerksamkeit bestimmter Naturschutzthemen (z.B. Insektensterben, Glyphosat) im öffentlichen Diskurs, welche sie persönlich angeregt hat, sich damit auseinanderzusetzen und etwas tun zu müssen [IP1a, IP1b, IP1c, IP5a].

3.2.2.2. Gesellschaftspolitische Einflussfaktoren

Im Gegensatz zum Großteil der unter Kapitel 3.2.2.1. genannten Aspekte stellten Faktoren aus dem gemeindeeigenen und überregional gesellschaftspolitischen Bereich zentrale Gründe für die Beteiligung an den Maßnahmen aus Sicht der interviewten Personen dar. Mit Ausnahme eines Gemeindevertreters nannten alle Personen den Vergleich und Austausch mit anderen Gemeinden als wichtigen Treiber für die Umsetzung [IP1a, IP1b, IP1c, IP2, IP3, IP4, IP5a, IP5b, IP6, IP7]. Vorträge zu *Best-Practice* Beispielen, Regionalworkshops und vor allem „Mundpropaganda“ bieten für Gemeinden die Möglichkeit, selbst zu sehen, was in anderen Gemeinden funktioniert und was in der Region bereits als Standard etabliert ist.

„Ja, i glaub, wenn man halt mit vielen so Gemeinden spricht oder beieinander ist mit denen und erklärt, was man da jetzt wieder alles umgesetzt hat oder wie man mit dieser Bürgerbeteiligung Leute erreicht, wie sich das dann gut entwickelt und die sehen das auch teilweise, wie sich das super entwickelt hat bei uns, auch einmal mit Anschauungsbeispielen zum Beispiel, da könnte man viele Gemeinden dazu vielleicht bringen, dass es auch für ihren Bereich sagen, okay, ich will sowas auch versuchen und das könnte bei uns auch funktionieren in der Gemeinde [...]. Wir holen uns ja auch was, was wir da grad wo sehen und dann sagen wir, dass wäre doch eine ideale Sache auch für uns [...]“ [IP5a].

Zwei Gemeindevertreter schrieben in diesem Kontext größeren Gemeinden eine wichtige Rolle zu [IP5a, IP7]. Diese würden (neue) Maßnahmen vorleben, welche dadurch allgemein ins Gespräch kommen und kleinere Gemeinden in Folge nachziehen würden. Außerdem verwiesen mehrere Gemeindevertreter auf den (direkten, wie indirekten) Druck von Seiten der Bürger auf die Gemeindeverwaltung, gewisse Maßnahmen, welche es beispielsweise in der Nachbargemeinde bereits gibt, auch in der eigenen Gemeinde umzusetzen [IP2, IP5a, IP7]. So zähle eine ökologische Pflege öffentlicher Flächen und die Mitgliedschaft bei Natur im Garten häufig bereits „zum guten Ton“ unter den Gemeinden [IP2, IP3, IP5a].

„Du hast jetzt immer mehr Natur im Garten Gemeinden oder Klimabündnis Gemeinden und ich find der Weg ist ganz gut und durch dass das viele größere Gemeinden oder Städte das vorleben, findet das langsam auch Einzug in kleine Gemeinden. Weil die sagen dann auch, schau die macht, der macht, warum gibt es das in unsere Gemeinde nicht, fragt dann der Gemeindegänger. Und so entsteht dann natürlich auch eine Bewusstseinsbildung“ [IP7].

Für manche Gemeinden bietet der regionale Vergleich zusätzlich eine willkommene Möglichkeit die eigenen Leistungen überregional betonen und sich vor den eigenen Bürgern profilieren zu können [IP1a, IP4, IP5]. Drei Gemeindevertreter verwiesen abseits der Vorteile für die Gemeinde an sich, ebenfalls auf einen direkten politischen Vorteil für die eigene Partei oder das jeweilige Gemeinderatsmitglied gegenüber politischer Konkurrenz [IP1b, IP2 IP3].

„[...] dass es schon auch ein Stückchen Eigennutzen ist, weil man bearbeitet ein Politikfeld, das sehr sehr relevant ist für viele Menschen und gerade auch für die jüngere Generation immer relevanter ist. Und je glaubwürdiger, je engagierter, je initiativer man das macht, umso eher ist natürlich auch die Bereitschaft, dass man so jemanden auch wählt und ihm seine Stimme gibt. Also ist auch politisch gesehen schon auch ein bisschen Eigennutz [...]“ [IP1b].

Acht Interviewpersonen (IP1a, IP1c, IP2, IP3, IP5a, IP5b, IP7, IP8) attestierten der Gemeinde eine grundsätzliche Verpflichtung zur Vorbildwirkung gegenüber der Gemeindebevölkerung im Bereich Naturschutz. Einerseits sei die Gemeinde ein wichtiger Einflussfaktor, um bei den Einzelpersonen in der Gemeinde ein stärkeres Bewusstsein anregen zu können. Gleichzeitig muss die Gemeinde auch ein konsistentes Auftreten vor der Bevölkerung zeigen und kann nicht von dieser naturschutzfreundliches Verhalten im Privaten verlangen, solange sie es selbst nicht (auch öffentlich) umsetze. Diese Verpflichtung wurde meist universell als Kernkompetenz der Gemeinden aufgefasst, in jeweils einem Fall aber auch durch den Status als Biosphärenpark- und Naturparkgemeinde [IP3] oder Natur im Garten Bildungsstandort [IP5a] begründet.

„Man sieht eh von allein machen die Leute nichts. Man hörts zwar, man liest’s zwar, man denkt sicher an die Umwelt, aber es fehlt halt, glaub ich, also es braucht immer ein bisschen den Anstoß

und dadurch, dass wir auf der Gemeindeebene am nächsten an den Bürgerinnen und Bürgern sind, kommen wir auch am ehesten hin als wie wenn das von oben irgendwo kommt [...]“ [IP1c].

„[...] sagen wir so, wenn das die Gemeinde nicht vorlebt, dann kann ich es nicht der Bevölkerung mehr oder weniger aufs Auge drücken, sag ich. Du darfst bei dir im Garten nichts mehr verwenden, aber wir spritzen draußen das Glyphosat, das geht nicht zum, gell [...]“ [IP2].

Als zweite öffentliche Verpflichtung der Gemeinden wurde von sieben Gemeindevertretern [IP3, IP4 IP5a, IP5b, IP6, IP7, IP8] die Steigerung der Lebensqualität und des allgemeinen Wohlbefindens der Gemeindebevölkerung angeführt. Im Kontext öffentlicher Flächen ging es hierbei vor allem um den Aspekt der Stadtverschönerung durch neu angelegte oder vielfältigere Grünflächen, sowie – in dicht verbauten Gebieten – um die Möglichkeit durch öffentliche Obst- und Gemüsebeete „zu gartln“. Insbesondere in Wohn- und urban geprägten Gemeinden seien derartige Investitionen immer mit einem starken Imagegewinn bei der Bevölkerung verknüpft [IP3, IP5a, IP7]. Einer der Interviewpartner [IP4] betonte in diesem Zusammenhang eine wahrgenommene Verschiebung der Alltagsprioritäten der Bevölkerung durch die Entwicklung der Gemeinde von einer agrarischen Prägung zu einer Wohngemeinde. Unter dem Verweis auf die früher überwiegend bäuerlichen Strukturen gegen aktuell zunehmende „Läufer, Walker und Freizeitsportler“ käme es zu einer verstärkten Nachfrage nach vielfältigen Naturerholungsräumen und naturschutzfachlichen Angeboten. Alle Interviewpersonen verwiesen außerdem auf die insgesamt klar positiven Rückmeldungen von Seiten der Bevölkerung auf die gesetzten Maßnahmen.

Gleichzeitig trage auch die Möglichkeit der Partizipation zentral zum Gesamtwohlfinden der Bevölkerung bei [IP1a, IP1b, IP1c, IP2, IP4, IP5a, IP6]. Die Einbindung in Planung oder Umsetzung, sowie die Teilnahme an bewusstseinsfördernden Maßnahmen stärke die Identifikation mit der Gemeinde, den persönlichen Austausch in der Nachbarschaft sowie das Gefühl eines persönlichen „Gehört-Werdens“ (z.B. durch die Möglichkeit von Feedback zu gesetzten Maßnahmen). Der Vorteil dieses Informationsaustausches wird dabei als wechselseitig empfunden, zumal auch die Verwaltung von diesem Feedback profitiert. Zusätzlich entstehe Stolz auf besondere Einzelpersonen, erhaltene Preisauszeichnungen oder lokale Naturschätze der eigenen Gemeinde, welche ihrerseits den Bezug zur Region und die Verwurzelung der Bevölkerung in der Gemeinde bestärken.

„[...] da setzen sich die Leute rein in diesen Bienenvortrag und da kommt dann auch Feedback, also da haben wir zum Beispiel bekommen, ja da steht dieses Nützlingshotel und ich fänd den Standort besser, weil da gibt es die Blumen nicht oder so. Also die Leute reagieren auch drauf, oder dass dann eben gesagt wird, ach warum wird da abgemäht weil da waren so viele [...], und da können wir dann auch entsprechend reagieren und ich glaub wenn die Leute das Gefühl haben, das ist so nah bei ihnen und das ist greifbar, dass dann die Motivation eher noch da ist, als wenn das irgendwas ist, was man im Fernsehen hört oder in der Zeit liest“ [IP1c].

Im Kontext der öffentlichen Grünflächengestaltung verwiesen zwei Gemeindevertreter [IP2, IP3] auf die Bedeutung gesamtgesellschaftlicher Trends, welche sich derzeit vom jahrzehntelangen Vorrang optischer Gesichtspunkte hin zu ökologischen und strategischen Überlegungen (z.B. in Hinblick auf Klimawandelanpassungen) verschiebe. Dieser Trend unterstütze die Akzeptanz ökologisch gepflegter Flächen, abseits der zuvor genannten Aspekte. Zwei Interviewpartner [IP3, IP7] verwiesen außerdem auf regulative Effekte auf das Stadtklima durch das Anlegen neuer Grünflächen. Ein Gemeindevertreter

[IP7] nannte außerdem noch die Gesundheit der Gemeindebeschäftigten als Grund, eine ökologische Grünflächenpflege ohne Verwendung von Pestiziden anzustreben.

3.2.2.3. Ökonomische Vorteile und finanzielle Anreize

Im Falle der acht befragten Gemeinden kamen wirtschaftlichen Vorteilen oder finanziellen Anreizen für die Beteiligung an den bewusstseinsfördernden Maßnahmen nur eine untergeordnete Rolle zu.

Im Fall von zwei Gemeinden [IP4, IP8] erlangten überregionale Informationsveranstaltungen, Feste und Exkursionen Bedeutung für die regionale Wertschöpfung. Einerseits bieten derartige Maßnahmen für die Gemeinden die Möglichkeit, direkt Einnahmen durch den Verkauf lokal produzierter Produkte zu generieren und lokale Betriebe in die Veranstaltungen einzubinden. Andererseits kommt es durch die Steigerung der Bekanntheit der Gemeinde zu einer indirekten Wertschöpfung, welche sich beispielsweise in einem Anstieg der Nächtigungszahlen widerspiegeln kann.

Zwei Gemeindevertreter [IP4, IP5] verwiesen außerdem auf die Möglichkeit Förderungen vom Bund oder der Initiative Natur im Garten zu beziehen. Allerdings wurde im Falle der Bundesförderungen der Zusatz ergänzt, dass diese meist mehr auf Information als den Kosten für die Umsetzung fokussieren und nur für sehr große Projekte möglich seien [IP4, IP5].

3.2.2.4. Engagement von Einzelpersonen und persönliche Motive

Gemeinsam mit den, unter Kapitel 3.2.2.2. genannten, gesellschaftspolitischen Faktoren, nahmen Aussagen zum persönlichen Engagement sowie der Unterstützung zentraler Einzelakteure insgesamt den größten Teil der Antworten ein. „Es steht und fällt mit den Leuten“ [IP3] war eine häufig hervorgebrachte Anmerkung und mehrmals die direkte Antwort, wenn nach den Ursachen der Unterschiede zwischen den Gemeinden gefragt wurde [IP1a, IP3, IP4].

Die Vertretungen von sieben Gemeinden [IP1a, IP1b, IP1c, IP3, IP4, IP5, IP6, IP7, IP8] nannten das Engagement Einzelner oder kleiner Gruppen von Akteuren in der jeweiligen Gemeinde für die Umsetzung der Maßnahmen als entscheidend. Sechs Interviewpersonen [IP1a, IP1c, IP3, IP4, IP5a, IP6] hoben dabei insbesondere das Engagement von (einzelnen) Gemeinderatsmitgliedern oder Personen in zentralen Entscheidungspositionen hervor. Dabei gehe es vor allem um die Motivation, sich für derartige Maßnahmen, gemeinderatsintern wie öffentlich, einzusetzen sowie Anliegen erfolgreich zu kommunizieren und andere dafür begeistern zu können. Beispielsweise konnte in einer Gemeinde die Unterstützung laut eigenen Angaben um ein Vielfaches erhöht werden, indem die Gemeinderatsmitglieder selbst die Verteilung der Informationsbroschüren an die Haushalte übernahmen und persönlich lokale Vereine, Bildungseinrichtungen und Wirtschaftsbetriebe für eine Beteiligung am Projekt kontaktierten [IP1a]. Andere Gemeindevertreter [IP4, IP5b, IP6] verwiesen auf persönlich durchgeführte Exkursionen, Informationsabende oder Pflegeeinsätze, welche ebenfalls den Zuspruch in der Bevölkerung stärkten.

„Es muss halt immer Leute geben die was vorne gehen und was versuchen oder die was da Glück haben sozusagen, dass sie viele Folger, Nachfolger haben. Und man muss sich halt bewusst einsetzen und nicht sagen, jo ich mach und da mal und gscheid reden und dann wieder gehen nach zwei Bier, das ist zu wenig, wirklich“ [IP4].

Alle interviewten Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter gaben an, grundsätzlich naturschutzfachliche und bewusstseinsfördernde Maßnahmen in der Gemeinde zu unterstützen. Die Motive auf persönlicher Ebene umfassten hierbei vorrangig persönlichen Idealismus sowie Stolz auf die regionale Kulturlandschaft, einzelne Privatpersonen oder die gemeinsam erbrachten Leistungen der Gemeinde [IP1a, IP3, IP4, IP5, IP8]. Zwei Gemeindevertreter [IP4, IP8] gaben explizit an, dass ihr Engagement stark durch jugendliche Bindung an den jeweiligen Naturraum geprägt ist. Idealistische Argumente bezogen sich besonders auf den Erhalt einer lebenswerten Zukunft für kommende Generationen, biozentrische Motive, sowie eine grundsätzliche Verpflichtung als führendes Mitglied der Gemeinde.

„Naja, der Vorteil, ich mein als Gemeinde selber hast du im Prinzip keinen Vorteil in dem Sinn, also es erwächst dir kein Vorteil. Du schaffst ein Bewusstsein bei der Bevölkerung, des ist wichtig, du schaffst ein Bewusstsein für die Natur“ [IP7].

Außerdem schätzten mehrere Gemeindevertreter sich selbst (oder die Mentalität des Gemeinderats insgesamt) als innovativ und über die Parteigrenzen hinweg agierend ein [IP1a, IP1b, IP2, IP3, IP8]. Zusätzlich würden klare Mehrheitsverhältnisse in zwei Gemeinden [IP1a, IP8] den Umsetzungsprozess entscheidend unterstützen.

Neben dem grundsätzlichen Engagement von Einzelakteuren, wurde außerdem der Akzeptanz der Maßnahmen an zentralen Entscheidungspositionen große Bedeutung zugemessen [IP1a, IP2, IP3, IP5a]. Dieser gemeindeinterne Rückhalt wird dabei nicht nur auf (die Mehrheit der) Gemeinderatsmitglieder beschränkt, sondern umfasst genauso die Vertretungen der Verwaltung oder des Wirtschaftshofs, welche entscheidende Vetomöglichkeiten in der Umsetzung der Maßnahmen besitzen.

„[...] du kannst es nur den Gemeinden nahelegen, der Gemeinderat muss den Beschluss fassen, dass das kommt und du musst es am Ende des Tages ja auch mit den Leuten im Wirtschaftshof umsetzen. Und da sind wir wieder wo ich zuerst war, wenn die sich dort deppert stellen, kannst du, ich mein da kannst du eine Weisung geben, dass sie es tun müssen, aber dann wird's schlecht gemacht, also es muss die Idee der Mitarbeiter sein“ [IP3].

Eine generelle Unterstützung oder Akzeptanz derartiger Positionen bietet gleichzeitig die Möglichkeit, zusätzliche Synergieeffekte freizusetzen. So wurde im Wirtschaftshof einer Gemeinde [IP3] während der Leerlaufzeit im Winter von den Gemeindebeschäftigten selbst die Idee geboren, Nistkästen aus altem Material zu bauen und diese im Sommer auf den Spielplätzen anzubringen.

Sechs Gemeindevertreter [IP2, IP4, IP5a, IP5b, IP6, IP7] verwiesen auf den Einfluss engagierter und fachkundiger Privatpersonen, welche in diesen Gemeinden einen entscheidenden Treiber bei der Umsetzung der Maßnahmen darstellen. Diese Personen reichten dabei von einem Ordinarius für Naturschutz, über Landwirte sowie Pädagoginnen und Pädagogen bis zu einzelnen Privatpersonen und anderen Wirtschaftstreibenden. Der Kreis zentraler Akteure ist damit grundsätzlich nicht rein auf die kommunale Verwaltung begrenzt, sondern kann auch Einzelpersonen oder Gruppen aus der Bevölkerung umfassen, welche das eingangs genannte Engagement für naturschutzfachliche Themen einbringen können.

„[...] ich mach meine Arbeit ja gratis. Es sitzt nicht überall einer wie ich, aber zum Beispiel in der einen Nachbargemeinde gibt's einen Botaniker, der ist ein Traum, der die ganzen Arten von den

Ortschaften erhebt, die Pflanzenarten und dann gibt's wieder einen anderen, der macht voll auf Bienen und ist Imker, also jede Ortschaft hat eigentlich Leute, die sich mit dem beschäftigen. [...] ich würde versuchen, dass jede Ortschaft schaut wo ihre Manpower, ihre Kapazität ganz einfach ist. Es gibt in jeder Ortschaft irgendeinen ganz besonderen oder fünf ganz besondere Menschen [...]" [IP6].

Außerdem kam in zwei Gemeinden lokalen Vereinen im Bereich des Naturschutzes aus der Bevölkerung eine wichtige Bedeutung zu [IP2, IP4]. Beide Vereine sind laut Angaben der Interviewpartner bereits langjährig mit der „offiziellen“ Gemeindepolitik und Verwaltung verknüpft und verkörpern quasi eine Institution der jeweiligen Gemeinde. Dabei agieren die Vereine weitestgehend unabhängig, übernehmen aber den Großteil der bewusstseinsbildenden und naturschutzfachlichen Aktivitäten in der Gemeinde. Vor allem die Anregung neuer Projekte und die praktische Umsetzung gemeinsam mit der Bevölkerung stehen dabei im Fokus.

3.2.2.5. Naturschutzfachlicher Beitrag

Naturschutzfachliche Aspekte, wie beispielsweise der Beitrag zum Arterhalt von Wildblumen durch die Schaffung von Blühflächen, wurden grundsätzlich durch die Interviewpersonen nicht vorrangig hervorgehoben. Dennoch war der Aspekt des Erhalts der Biodiversität bei allen Interviews implizit im Hintergrund vorhanden und wurde in sechs davon aktiv von den Interviewpersonen angesprochen [IP1a, IP1b, IP1c, IP2, IP3, IP4, IP5b, IP8]. Die Bedeutung eines grundsätzlichen Beitrags zum Arterhalt spiegelte sich außerdem in den zuvor angeführten Argumenten auf persönlicher Ebene wider.

„[...] und wir wissen, dass die Insekten weniger werden auf Grund vom Verwalten der Wiesen rundherum bei uns oder auch bei den Gärten, wo jeder grad abmäht. Die Biodiversität massiv weniger wird, Artenvielfalt, grad bei den Wiesen, das heißt dass man da irgendwie gegensteuert und sagt okay ich schau dass ich das in den urbanen Bereich reinbringe, wo ich dann wieder so Streifen habe, wo es halt ein bisschen wachsen kann, wie es will [...]" [IP3].

Thematisch verwiesen die interviewten Personen vorrangig auf die Versiegelungsproblematik, den zu hohen Pestizideinsatz sowie die Homogenisierung agrarischer Strukturen. Zwei Gemeindevertreter aus ländlichen Regionen [IP4, IP8] schilderten die eigene Gemeinde als eine Art „Bollwerk“ gegen die ringsherum überhandnehmenden artenleeren Agrarstrukturen.

„[...] egal ob das die Pflanzenwelt ist, ob das die Tierwelt ist, die findet man sonst nirgends, weil alles andere ist sonst ja quasi agrar bis zum oglatschen, sag ich einmal, da geht's wirklich um Profit“ [IP8].

Hohe Präsenz kam insgesamt der Problematik des Insektensterbens und dabei insbesondere dem Verlust der Honig- und Wildbienen zu. In sieben der acht Interviews [IP1a, IP1b, IP1c, IP2, IP3, IP5a, IP6, IP7, IP8] wurde diese Thematik aktiv von den Gesprächspersonen eingebracht (z.B. als Argument für den Beitritt zu Natur im Garten) oder auf fördernde Maßnahmen für Bienen verwiesen. Besonders der ökologischen Grünflächenpflege und der Anlegung urbaner Grünflächen wurde hier ein Beitrag zum (direkten) Artenschutz attestiert.

In mehreren Gesprächen [IP1a, IP1b, IP2, IP3, IP5a, IP7] kam es außerdem zu einer Vermischung oder (impliziten) Gleichsetzung naturschutzfachlicher und umweltschutzbezogener Aspekte durch die Interviewpersonen. So wurde mehrmals auf die Frage nach weiteren Möglichkeiten zur

Bewusstseinsbildung für die Bedeutung der Biodiversität mit Maßnahmen zum Klimaschutz geantwortet oder Naturschutz als mit dem Umweltschutz generell Hand in Hand gehend geschildert [IP1b, IP2, IP3].

3.2.3. Hemmende Einflussfaktoren für die Umsetzung bewusstseinsfördernder Maßnahmen

Das folgende Kapitel führt Einflussfaktoren und Argumente an, welche aus Sicht der Gesprächspersonen gegen eine kommunale Beteiligung an bewusstseinsfördernden Maßnahmen sprechen. Die Gruppierung erfolgt abermals in Anlehnung an Anhang III in die Kategorien „Divergierende politische Prioritätensetzung und Widerstand aus der Bevölkerung“, „Mangelnde Ressourcen der Gemeinde und Aufwand“, sowie „Weitere hemmende Einflussfaktoren“. Letztere umfassen das Fehlen externer Anregungen oder einen Mangel an persönlicher Motivation von Einzelakteuren. Keiner der Gemeindevertretungen verwies auf hindernde naturschutzfachliche Argumente (z.B. eine grundsätzliche Sinnlosigkeit derartiger Maßnahmen).

3.2.3.1. Divergierende politische Prioritätensetzung und Widerstand aus der Bevölkerung

Fünf Interviewpartner [IP1a, IP3, IP4, IP5b, IP7] nannten als mögliche Ursache für Unterschiede zwischen den Gemeinden auf eine andere Prioritätenverteilung der Gemeindeagenda. Diese werde vor allem durch die politische Zielsetzung und die Struktur der Gemeinden bedingt. Ein Vertreter [IP4] einer kleineren Gemeinde verwies darauf, dass Themenfelder wie Straßen- und Wohnbau durch das politische Ziel, Wohngemeinde zu werden, derzeit Priorität im Gemeinderat hätten. Teilweise würden sich die Gemeinden außerdem zu sehr auf das Verwalten und die Bürokratie versteifen, anstatt aktiv einen Gestaltungsprozess anzuregen [IP1a]. Im Kontext der ökologischen Grünflächenpflege verwies ein anderer Gemeindevertreter zusätzlich darauf, dass viele Gemeinden schlichtweg noch einem veralteten „Blumenkistlendenken“ anhängen würden [IP3].

Gleichzeitig sei die Wertigkeit öffentlicher Grünflächen für die Bevölkerung in ländlichen Gemeinden insgesamt geringer, da in diesen Regionen mehr Grünfläche (öffentlich wie privat) zur Verfügung stehe. Außerdem erschwert eine vorbelastete Grundhaltung gegenüber Naturschutz bestimmter Bevölkerungsteile (z.B. Landwirte durch Erfahrung mit Natura2000 Ausweisungen) die generelle Befürwortung von naturschutzfachlichen Maßnahmen im Gemeindegebiet [IP3, IP6]. Widerstand aus der Bevölkerung wurde mehrmals mit der Ästhetik ökologischer Grünflächenpflege in Verbindung gebracht (vor allem während der ersten zwei Jahre nach der Umstellung) [IP2, IP3, IP5a, IP8].

„Also ich kann sagen, ich hab 1500 m² gesetzt, in ich glaub 15 Blühstreifen in jedem Ortsteil, weil ich hab 14 Katastralgemeinden. War ein tolles Projekt, einem jedem hat's gefallen solange die Blumen blühen. Dann wenn die Blütezeit vorbei ist, wird's als Unkraut beurteilt und wie schaut's da aus, also kein Vorteil, ein Nachteil. Mittlerweile auch das Problem, dass ich einen zweijährigen Samen extra hab mischen lassen, nur das zweite Jahr ist das einfach komplett in die Hose gegangen, ich hab eigentlich Distelfelder gezüchtet. Die blühen zwar auch, aber das sieht die Bevölkerung anders [...]“ [IP8].

Keine Gesprächsperson deutete jedoch umfassenderen Widerstand von Seiten der Bevölkerung an.

3.2.3.2. Mangelnde Ressourcen der Gemeinde und Aufwand

Alle interviewten Mitglieder der Kommunalpolitik führten finanzielle und personelle Einschränkungen der Gemeinde als mögliche Hindernisse für die Durchführung der Maßnahmen an. Im Falle des Faktors Finanzierung muss allerdings eine differenzierte Betrachtung betont werden, zumal in keinem der Fälle eine grundsätzliche Einschränkung durch finanzielle Aspekte angegeben wurde (vgl. Kapitel 3.2.4.).

Stattdessen gilt es hierbei nach den einzelnen Maßnahmentypen und deren konkretem Umfang zu differenzieren. Zu hohe Kosten wurden vorrangig mit der Umstellung auf ökologische Grünraumpflege (höhere Personalaufwand), der Neuanlage von Blühstreifen und größeren Informationsveranstaltungen in Verbindung gebracht [IP3, IP5a, IP8]. Vermeintlich „kleinere“ Maßnahmen wie der Bau von Insektenhotels, die Anlegung öffentlicher Obst- und Gemüsebeete oder einzelne Exkursionsangebote wurden in diesem Kontext nicht angeführt. Ein Gemeindevertreter [IP6] verwies ergänzend darauf, dass derartige Maßnahmen allerdings in umfassenderem Ausmaß nur mit freiwilliger Mithilfe aus der Bevölkerung oder der Gemeinde zu bewerkstelligen seien, da ohne diese Freiwilligenstunden eine Finanzierung in den meisten Fällen nicht möglich sei.

Der Großteil der interviewten Personen [IP2, IP3, IP4, IP5a, IP6, IP7, IP8] nannte personelle und zeitliche Ressourcen als vorrangiges Hindernis. Dies umfasse dabei sowohl die persönliche Auslastung der Mitglieder des Gemeinderats, als auch die Auslastung der kommunalen Verwaltungseinheiten. Insbesondere kleinere Gemeinden mit strukturell bedingtem niedrigen Personalstock, müssten bei der (qualitativen) Abdeckung aller öffentlicher Bereiche gezwungenermaßen Abstriche in Kauf nehmen [IP2, IP3, IP5b, IP7].

„[...] da brauchst einen Umweltbeauftragten, einen Bodenbeauftragten, einen Klimaschutzbeauftragten, dann sollst dich kümmern um die Mobilität, dann sollst dich kümmern um die Biodiversität und in Wahrheit haben Leut die was in einen 40 Stunden Job sind, irgendwo außerhalb sind, nicht die Chance, dass sie sich am Nachmittag oder was für irgendwelche Besprechungstermine Zeit nehmen können [...]. Das heißt das Ganze hängt bei dem Stamm bei dem der in der Gemeinde ist. In der Gemeindeverwaltung kann man solche Sachen auch nicht gut halten, also es kommt relativ viel zum Bürgermeister und das geht ganz einfach nicht mehr unter einen Hut zu bringen“ [IP2].

Insbesondere im Falle der zeit- und arbeitsintensiven ökologischen Grünflächenpflege entstünden hierbei Gemeinden Einschränkungen [IP3, IP4, IP5a, IP8]. Beispielsweise wird die Grünflächenpflege in einer kleineren Gemeinde ehrenamtlich vom lokalen Verschönerungsverein übernommen, da es grundsätzlich nur drei Gemeindebeschäftigte insgesamt gibt [IP4]. Gleichzeitig betonte auch ein Vertreter einer größeren Wohngemeinde, dass natürlich mehr Personal vorhanden ist, aber auch mehr Flächen gepflegt werden müssen [IP3].

Auch die individuelle Auslastung der Mitglieder der kommunalen Verwaltung sei schon jetzt durch die Dreifachbelastung aus politischen Verpflichtungen, (zumeist) einer weiteren Berufstätigkeit, sowie dem eigenen Privatleben am Limit. Selbst bei vorhandenem Willen und zahllosen ansprechenden Angeboten ginge sich eine Auseinandersetzung oder Umsetzung vieler Maßnahmen trotz 10 oder 12 Stunden Tages nicht aus [IP2, IP3, IP4, IP6, IP8].

3.2.3.3. Weitere hemmende Einflussfaktoren

Die Vertretung von vier Gemeinden [IP1a, IP1c, IP2, IP4, IP8] verwies auf mangelnde externe Anreize oder fehlende Unterstützung von Seiten des Bundes oder Landes. Drei dieser Gemeindevertreter [IP1a, IP2, IP8] sahen in einer verstärkten finanziellen Unterstützung eine Möglichkeit, mehr Gemeinden zur Beteiligung zu bewegen, wobei zwei dieser Interviewpartner ihre Aussagen nicht auf die eigene Gemeinde beziehen würden. Dabei würde die Einrichtung eines eigenen Fördertopfes für Naturschutz begrüßt werden, sowie eine (finanzielle) Unterstützung für naturschutzfachliche Statuserhebungen (z.B. Monitoring besonderer Arten auf Gemeindegebiet), da viele Gemeinden schlichtweg nicht wissen würden, was ihr Naturraum alles bietet. Zwei Interviewpartner [IP4, IP8] betonten außerdem, dass Initiativen von Bund und Land sich weniger auf die Informationsbereitstellung (auch wenn diese sehr hilfreich und professionell sei) konzentrieren sollten, sondern verstärkt finanzielle Mittel für die Umsetzung der angeregten Maßnahmen bereitgestellt werden müssten.

Drei Gemeindevertreter [IP3, IP4, IP7] gaben an, dass Desinteresse von Personen in zentralen Entscheidungspositionen ebenfalls ein bedeutendes Hindernis für eine Beteiligung sei. Analog zum unterstützenden Einfluss handelnder Einzelakteure, umfassen mögliche hemmende Einflüsse hier ebenfalls alle Ebenen der Gemeinde. So blockierte beispielsweise die Leitung der Straßenverwaltung einer Gemeinde über mehrere Jahre erfolgreich die Teilnahme an der Initiative Natur im Garten [IP3].

„Und mit dem Vizebürgermeister, der das damals übernommen hat, haben wir verschiedene Projekte gemacht und dann haben wir noch etwas, was unser Glück ist, beim Wirtschaftshof den Stadtgärtner, der das auch sehr vorantreibt. Weil wie wir vor acht Jahren das erste Mal beim Straßenmeister gesessen sind und gesagt haben, ja wir wollen kein Glyphosat einsetzen, sind wir mehr oder weniger hochkant bei der Tür ausegfliegen. Wie stellt ihr euch das vor?! Das geht gar nicht! Wer reinigt mir das? Und wenn man das nur mit Bürsten macht, dann fliegen die Pflastersteine raus, und das geht alles nicht! Und ja, der stete Tropfen höhlt den Stein und fünf Jahre später war es dann doch möglich, oder vier Jahre, andere Leute halt dann am Sagen, neuer Straßenmeister, auch für das Stadtgartenamt, und auf einmal ist das gegangen, da hat man gesagt okay schauen wir uns das an“ [IP3].

Außerdem herrsche auch bei vielen Gemeinderatsmitgliedern häufig Desinteresse an derartigen Thematiken vor.

„[...] es ist halt irrsinnig schwer, du müsstest versuchen auch in diesen Gemeinden auch eine Bewusstseinsbildung zu schaffen, die Leute mehr zu motivieren. Es ist halt schwer, der eine sagt, ich mach das notwendigste das reicht mir, hinter mir die Sintflut und der andere sagt, i hab mit Natur nichts am Hut, des interessiert mi alles nicht, ich will lieber mein 'Round-up' noch weiterverwenden, weil dann ist mein Unkraut wenigstens für halbwegs eine lange Zeit weg, auf gut Deutsch gesagt, das hast natürlich auch, diese Fälle gibt's natürlich a [...]“ [IP7].

Ein ehemaliger Bürgermeister [IP4] verwies darauf, dass es sich dabei nicht zwingend um eine aktive Vetoposition anderer Gemeinderatsmitglieder handeln muss. Im Gegensatz zu seiner Amtsperiode, stünden naturschutzfachliche Ambitionen zwar nicht mehr im Fokus der jetzigen Gemeinderregierung, allerdings würden Anregungen seinerseits weiterhin aufgenommen und (in geringerem Maße) auch umgesetzt werden. Die Änderung der Interessenslage des Gemeinderats verschiebe den Fokus zwar tendenziell weg von naturschutzfachlichen Bestrebungen, stehe aber einer grundsätzlichen Beteiligung nicht im Wege.

3.2.4. Ausgeschlossene Aspekte

Einige Aspekte wurden von den interviewten Personen betont als bedeutende Einflussfaktoren ausgeschlossen. Wie bereits unter Kapitel 3.2.3.2. angemerkt, trifft dies insbesondere auf das Argument mangelnder finanzieller Ressourcen zu. Alle Interviewpersonen sprachen sich unter genereller Betrachtung der unterschiedlichen Maßnahmentypen gegen dieses Argument aus. „Das kostet nichts“ [IP6] war eine gängige Antwort auf die Frage nach finanziellen Einschränkungen [IP1a, IP3, IP6, IP8].

„Also Bewusstseinsbildung ist nur bedingt eine finanzielle Frage. Also ja, brauchst auch irgendwelche Transportmittel, aber Gemeindezeitung hat sowieso ein jeder, kann man auch für Bewusstseinsbildung verwenden, eine Homepage hat auch ein jeder, und reden kann auch jeder [...] viele Dinge, das muss man auch schlicht und einfach sagen, kosten einfach kein Geld, die kann man auch so machen. Also ist es auch keine finanzielle Frage“ [IP1a].

Sechs Gemeindevertreter [IP2, IP3, IP4, IP6, IP7] betonten außerdem, dass das Vorhandensein von (öffentlichen wie privatwirtschaftlichen) Förderungen generell nicht zwingend sei, um Maßnahmen zur Bewusstseinsförderung setzen zu können. Ein Interviewpartner [IP5b] verwies sogar darauf, dass auch unbegrenzte Mittel in diesem Kontext nicht zwingend zum Ziel führen würden. Begründet wurde diese Annahme damit, dass bewusstseinsfördernde Maßnahmen häufig eine (persönliche, partizipative) Involvierung der Gemeindebevölkerung benötigen, um wirklich wirksam zu sein und diese würde durch mehr Geld im System teilweise sogar unterbunden werden.

„Die langsame Steigerung ist ja da wesentlich besser als wie wenn man da unbegrenzte Mittel hat und dann einfach alles seitens der Gemeinde macht, weil dann wird erstens der Bürger überhaupt nicht eingebunden, der glaubt dann die machen das dann eh sowieso, wurscht, dem ist es dann erst wieder wurscht. Und so glaub ich ist es dann erst recht wieder besser, wenn man das in einem langsamen Prozess mit viel Bürgerbeteiligung einfach macht und wir genauso wie die Bürger, die was sich dafür interessieren, auch die was sich nicht dafür interessieren, die ganze Gemeinde in sich durch das dann langsam wächst. Und wenn man jetzt, glaub ich, unbegrenzte Mittel hät würde das auch nicht viel bringen, weil dann würden die ganzen Projekte einfach bezahlt und umgesetzt und keinen interessiert [...]“ [IP5b].

Gleichzeitig wurde auch ein aus den Maßnahmen resultierender (direkter) finanzieller Nutzen für die Gemeinde von drei Gemeindevertretern ausgeschlossen [IP4, IP7, IP8].

„Ich mein, in dem Sinn Gewinn, ein Geld oder sonst irgendetwas, gibt's nicht. Also die Leut sind zufrieden, die Leut sind okay, gesund und natürlich unterwegs, gesunde Gemeinde und das taugt denen Leuten natürlich auch, auf Deutsch gesagt“ [IP7].

Die Verfügbarkeit von Informations- und Beratungsmöglichkeiten wurde von vier Gemeindevertretern [IP2, IP3, IP5, IP8] explizit als ausreichend und teilweise sogar zu viel empfunden (vgl. Kapitel 3.2.5.). Dabei wurde insbesondere auf die zahllosen Veranstaltungen, Weiterbildungen und Informationsmöglichkeiten durch die Energie- und Umweltagentur, die Initiative Natur im Garten, sowie den Biosphärenpark Wienerwald verwiesen.

Drei Gemeindevertreter [IP1a, IP2, IP3] vertraten außerdem insgesamt die Ansicht, dass die Gemeinden in der Förderung eines naturschutzfachlichen Bewusstseins noch viele Möglichkeiten hätten und einen stärkeren Beitrag leisten könnten.

3.2.5. Informationsbedarf und regionale Beratungsperson

Analog zum Fragebogenblock IV wurden auch die Interviewpersonen nach ihrer Einschätzung bezüglich des Bedarfs an einer zentralen Beratungsperson für bewusstseinsfördernde Maßnahmen (im Sinne eines „offiziellen regionalen Biodiversitätsbeauftragten je Viertel“) gefragt.

Auch bei dieser Frage wurden die bereits ausreichend vorhandenen Informations- und Beratungsmöglichkeiten für die Gemeinden betont [IP2, IP3, IP8]. Bereits jetzt überstiegen diese, grundsätzlich positiv wahrgenommenen, Anregungen und Möglichkeiten umsetzbarer Maßnahmen die persönlichen Ressourcen der Gemeinderatsmitglieder [IP2, IP3, IP8]. Ein Gemeindevertreter [IP8] sah dabei explizit keinen Sinn in einer Vergrößerung der beratenden Dienststellen, da deren Ausmaß bereits jetzt „überflüssig und ineffizient“ sei. Ein anderer Gemeindevertreter [IP4] hingegen betonte, dass eine derartige Funktion mit den Biodiversitätsbeauftragten der LEADER Gruppen bereits existiere (welche allerdings finanziell unterversorgt seien) und dass man vorhandene Organisationen besser fusionieren sollte als neue, konkurrierende Organisationseinheiten zu schaffen. Vier Gemeindevertreter [IP1a, IP2, IP4, IP8] vertraten die Ansicht, dass eine derartige Position vorrangig nicht nur Informationen bereitstellen müsse, sondern auch über ausreichend finanzielle Mittel verfügen sollte, um die Gemeinden unterstützen zu können.

Die Hauptaufgabe einer derartigen Beratungsperson sahen mehrere Interviewpartner [IP1c, IP5b, IP6, IP7] darin, (gesellschaftliche) Potentiale in den Gemeinden zu erkennen, zu mobilisieren sowie partizipative Prozesse mit der Bevölkerung anzuregen und den Stolz der Menschen auf den eigenen Naturraum zu erhöhen. Die schlussendlich langfristig „treibende Kraft“ in der Gemeinde müssen damit nicht zwingend die Biodiversitätsbeauftragten selbst sein [IP5b, IP6]. Auch könnte eine derartige Person aktiv an Schulen herantreten und dort das Lehrpersonal unterstützen [IP7] oder in einzelnen Gemeinden die naturschutzfachlichen Programme des Landes unter die Leute bringen [IP6]. Dem Bedarf an fachlicher Information für den Gemeinderat wurde eine verhältnismäßig geringe Rolle zugeschrieben und auf mögliche grundsätzliche Informationen (z.B. Vorkommen schützenswerter Arten auf Gemeindegebiet) beschränkt [IP1c]. Als entscheidende Herausforderung wurde die Nachhaltigkeit derartiger externer Projektanregungen genannt, zumal es wirkungslos sei Ideen nur anzuregen, ohne anschließend eine längerfristige Betreuung dieser durch die lokale Bevölkerung oder die Gemeindepolitik sicherzustellen [IP1a, IP1b, IP5a, IP6].

„[...] die Ortschaften bräuchten jemanden der sich einmal des Wissens in der Ortschaft bedient. Der die Leute sucht, die irgendein Hobby haben oder ein Wissen haben, dieses Wissen entsprechend unter die Leute bringen kann, damit die Leute stolz sind“ [IP6].

4. Diskussion

4.1. Häufigkeit und Verteilung der Maßnahmen

Auf Grundlage der erhobenen Daten lässt sich festhalten, dass Niederösterreichs Gemeinden an einer Vielzahl unterschiedlicher bewussteinfördernder Maßnahmen beteiligt sind. Insgesamt wurden 17 verschiedene Maßnahmentypen erfasst. Darunter waren alle im Fragebogen gelisteten Maßnahmentypen vertreten, was auf ein grundsätzlich breites Spektrum an Beteiligungsmöglichkeiten für die Gemeinden rückschließen lässt. Es existieren jedoch deutliche Häufigkeitsunterschiede zwischen den einzelnen Maßnahmen und Maßnahmenkategorien.

Eingeteilt nach Häufigkeit, lassen sich vier Gruppen von Maßnahmen identifizieren. Mit über Dreiviertel aller Gemeinden ist die Umstellung auf eine ökologische Pflege und Gestaltung öffentlicher Grünflächen in Niederösterreich sehr häufig (>75%). Gemeinden sind außerdem oft (35-50%) an Schulungsangeboten für Gemeindebeschäftigte, der Anbringung von Insektenhotels sowie naturpädagogischen Programmen in Schulen beteiligt. Mittlere Bereitschaft (25-35%) besteht für die Nutzung der Gemeindezeitung für naturschutzfachliche Artikel, öffentliche Obst- und Gemüsebeete, Blühstreifen mit Informationstafeln, Naturlehrpfade, öffentliche Informationsveranstaltungen und das Anbringen von Vogelnisthilfen. Verhältnismäßig selten (<25%) werden Amphibienschutzaktionen, Führungen, Habitatpflegeeinsätze und Feste veranstaltet.

Insbesondere der sehr hohe Zuspruch zu einer ökologischen Pflege und Gestaltung öffentlicher Grünflächen sticht dabei deutlich hervor. Mögliche Ursache hierfür dürfte der Einfluss der mittlerweile langjährigen Initiative Natur im Garten der Niederösterreichischen Landesregierung sein (vgl. Kapitel 1.4.). Insgesamt waren 147 Mitglieder der Initiative in der Erhebung vertreten, was 70% der Grundgesamtheit (n=209) entspricht. Niederösterreichweit müsste mit einer geringfügig schwächer ausgeprägten Häufigkeit dieses Maßnahmentyps gerechnet werden, da der Realanteil von Mitgliedern der Initiative bei 60% (344 von 573) liegt. Die statistische Analyse bestätigt für die vorliegenden Gemeinden, dass jene, welche Mitglied der Initiative sind, auch signifikant häufiger eine ökologische Grünflächenpflege umsetzen. Auch die Gemeindecharakterisierung der interviewten Gemeinden unterstreicht diesen Eindruck, zumal alle vier Gemeinden mit einer Mitgliedschaft auch eine ökologische Grünflächenpflege anwenden. Zusätzlich betonten mehrere Interviewpersonen den großen Zuspruch, die kommunale Beliebtheit und die erfolgreiche Etablierung eines Bewusstseins durch die Initiative.

Auch die Prominenz naturschutzfachlicher Schulungsangebote für Gemeindebeschäftigte dürfte auf diese Initiative zurückzuführen sein. Fortbildungen im Bereich alternativer Pflegemethoden oder schonenderer Maschinen sind im Zuge einer Umstellung insbesondere für Angestellte des Wirtschaftshofs häufig von Nöten. Ein signifikanter Zusammenhang zwischen dieser Maßnahme und einer Mitgliedschaft bei Natur im Garten wurde hierbei ebenfalls festgestellt. An dieser Stelle ist anzumerken, dass die Formulierung des Maßnahmentyps allerdings einen relativ breiten Interpretationsspielraum zulässt. So könnten neben der Gestaltung öffentlicher Flächen, auch Fortbildungen im Kontext des praktischen Naturschutzes oder Schutzgebietsausweisungen dieser Kategorie zugerechnet werden. Der Referenzzeitraum von drei Jahren könnte hierbei ebenfalls eine erhöhte Häufigkeit bedingen.

Das große Interesse an der Anbringung von „Insektenhotels“ dürfte dagegen in übergesellschaftlichen Trends begründet sein. Auf Grund der einfachen Selbstanfertigung oder dem billigen Erwerb erfreuen sich derartige Maßnahmen zunehmender Beliebtheit bei Privatpersonen, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen. Zusätzlich genießen die Themenfelder Bienensterben und Insektenrückgang im öffentlichen Diskurs bereits seit mehreren Jahren verstärkte Aufmerksamkeit im Vergleich zu anderen naturschutzfachlichen Themen. Hierbei bietet sich insbesondere der Vergleich zu der, knapp um die Hälfte weniger genannten, Maßnahme der Vogelnisthilfen an, welche derzeit geringere Aufmerksamkeit zu genießen scheint. Der Herstellungsaufwand oder die Kosten der jeweiligen Maßnahme sind dabei ungefähr gleich hoch. Allerdings müssen Vogelnistkästen gegenüber Insektenhotels als bereits seit langem bekannte und damit „weniger spannende“ Maßnahme gesehen werden, während Insektenhotels als Neuheit im Artenschutz oder der Bewusstseinsbildung Aufsehen und Spannung versprechen.

Derartige übergeordnete Trends dürften derzeit die Popularität grünraumbezogener Maßnahmen, wie Blühstreifen oder öffentliche Obst- und Gemüsebeete, ebenfalls verstärken. Laut mehrerer Aussagen zeichnet sich über die letzten Jahrzehnte eine zunehmende Nachfrage von Seiten der Gemeindebevölkerung nach ökologischer Flächenpflege und mehr „Grün“ im Ortsgebiet ab. Zusätzlich profitieren Projekte wie eine „Essbare Stadt“ von ihrer Rolle als neue Möglichkeit, der Öffentlichkeit etwas zu bieten und stehen außerdem im verstärkten Fokus nationaler und niederösterreichischer Naturschutzkonzepte (vgl. AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG 2015; BMLFUW 2014).

Betrachtet man die Reihung der Maßnahmen insgesamt, so wurden Maßnahmen, welche enger an den typischen Tätigkeitsbereich der Gemeinde geknüpft sind, häufiger genannt. Beispielsweise wird die öffentliche Grünflächenpflege oder deren Personalmanagement kaum von anderen Akteuren als der Gemeinde übernommen oder ohne deren Beteiligung umgesetzt. Adaptionen in diesen Bereichen sind daher für Gemeinden flexibler und ressourcenschonender durchführbar, zumal man aktiv in derartige Tätigkeitsbereiche (auch verwaltungsintern) eingebunden ist. Außerdem ist die dafür notwendige Infrastruktur bereits vorhanden. Beispielsweise ist die Pflege eines neuen Obstbeetes anstatt eines alten Blumenbeetes im Regelbetrieb (Bewässerung, Pflege) kaum mit zusätzlichem Aufwand für den Wirtschaftshof verbunden, da weder eine Änderung der Bewässerungspläne, zusätzliches Personal oder neue Geräte von Nöten sind.

Im Gegensatz dazu werden Maßnahmen, welche tendenziell außerhalb des Tätigkeitsfelds der Gemeinde liegen nur selten angeführt (z.B. naturschutzfachliche Führungen, Amphibienschutzaktionen oder Freiwilligeneinsätze zur Habitatpflege). Derartige Maßnahmen fallen auf lokaler Ebene oft in den Tätigkeitsbereich anderer Akteure (z.B. lokale Vereine oder Naturschutzorganisationen), welche auch isoliert von der kommunalen Verwaltung agieren. So könnten beispielsweise Informationsveranstaltungen oder Bastelworkshops von einer lokalen Naturschutzgruppe auch im eigenen Vereinslokal ohne die Beteiligung der Gemeinde veranstaltet werden.

Seltener gelistete Maßnahmen sind damit aus Sicht der Gemeinde mit einem höheren (personellen oder zeitlichen) Zusatzaufwand verbunden, da sie entweder nicht in den kommunalen Tätigkeitsbereich fallen oder Personen mit nötigen Qualifikationen in der internen Verwaltung fehlen. Beispielsweise verlangen Maßnahmen wie naturschutzfachliche Führungen ein vertieftes naturschutzfachliches Wissen und persönliches Engagement von Einzelpersonen. Dies gilt

insbesondere für eine regelmäßige und längerfristige Umsetzung der Maßnahmen vor Ort. Sind derartige Personen (in der Verwaltung oder Gemeinde) nicht vorhanden, bedeutet dies einen zusätzlichen Aufwand für die Gemeinde, zumal externe Fachleute oder Angebote von Schutzgebietsverwaltungen hinzugezogen werden müssen (z.B. Vortragsabende des Biosphärenparks Wienerwald). Im Gegensatz dazu können Maßnahmen im Bereich der Grünflächenflächenpflege, der Bau von Insektenhotels oder Zeitungsbeiträge über den lokalen Naturraum auch mittels kurzer Recherchetätigkeit oder bei gering ausgeprägter persönlicher Begeisterung realisiert werden.

Ein eindeutiger Zusammenhang mit der Höhe der Kosten konnte aus der Häufigkeitsverteilung hingegen nicht abgeleitet werden. Vermeintlich teurere Maßnahmen (z.B. Blühstreifen, Naturlehrpfade oder Feste) finden sich zwar vermehrt im unteren Feld der Listung, allerdings sind auch kostengünstige Maßnahmen (z.B. Insektenhotels, Vogelnisthilfen oder naturschutzfachliche Führungen) über alle Bereiche verteilt. Außerdem wurde die häufigste Maßnahme (ökologische Grünflächenpflege) von manchen Interviewpersonen ebenfalls als kostenintensiv eingestuft. Einzig die deutliche Endpositionierung der Organisation von Festen dürfte über den hohen finanziellen (und personellen) Aufwand begründbar sein. Mögliche finanzielle Einflüsse dürften demnach weniger in den absoluten Kosten der Maßnahmen, sondern vielmehr den relativen Zusatzkosten (in Abhängigkeit des typischen Tätigkeitsfelds) begründet liegen. Da allerdings eine qualitative und quantitative Erfassung der Einzelmaßnahmen nicht abgefragt wurde, ist an dieser Stelle auf einen (potentiell) großen Auslegungsspielraum bezüglich des Umfangs und der Kosten hinzuweisen.

Unter Betrachtung der einzelnen Maßnahmenkategorien (Vorbildwirkung – Information – Arten- & Landschaftsschutz) wurden Maßnahmen mit Vorbildwirkung von den Gemeinden deutlich präferiert und im Schnitt fast doppelt so häufig gesetzt wie jene der anderen beiden Kategorien. Der Vorteil dieser Kategorie liegt für Gemeinden darin, dass Maßnahmen, wie die Neugestaltung von Grünflächen oder das Angebot von „gratis Gemüse“ auf dem Hauptplatz, besonders stark zum Wohlbefinden der Bevölkerung beitragen und die Zustimmung zur Gemeindearbeit öffentlichkeitswirksam erhöhen. Möglicher Zuspruch wird dabei direkt der Gemeindeverwaltung attestiert. Der „Netto-Imagegewinn“ der Investition dürfte damit für Gemeinden höher sein als beispielweise bei informativen oder artenschutzfokussierten Maßnahmen. Im Falle letzterer liegt der Fokus stärker auf inhaltlichen oder artenschutzfachlichen Aspekten, anstatt dem (bewusst) empfundenen Wohlbefinden der Bevölkerung. Außerdem kommt der Gemeinde bei derartigen Maßnahmen oft nur eine Art Nebenrolle (z.B. durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten oder der Abgabe einer eröffnenden Begrüßung) zu. Diese wird zwar durchaus betont und von Privatpersonen aus der Gemeinde honoriert, rückt allerdings nicht so prominent ins Bild wie im Falle der ökologischen Grünflächenpflege.

Maßnahmen mit vorrangig informativem Charakter sind demgegenüber über das gesamte Häufigkeitsspektrum verteilt. Aus Sicht der Gemeinde aufwändigere Maßnahmen finden sich dabei seltener (z.B. öffentliche Informationsveranstaltungen, Führungen) als gut in den kommunalen Tätigkeitsbereich integrierte Maßnahmen. Die Nutzung gemeindeeigener Medien stellt dabei die weitest verbreitete Variante dar, um die Gesamtbevölkerung über naturschutzfachliche Themen zu informieren. Dennoch greifen insgesamt lediglich 35% der Gemeinden regelmäßig auf die Gemeindezeitung – trotz vermeintlich niedriger Kosten und geringem zeitlichen Aufwand – als Medium zurück. Bedeutend höhere Aufmerksamkeit bekommt demgegenüber in fast jeder zweiten Gemeinde die Umweltbildung von Schulkindern. Dieses verstärkte Interesse kommt damit nicht nur den

Forderungen der nationalen Biodiversitätsstrategie (vgl. BMLFUW 2014) nach, sondern leistet auch der von CLAYTON und MYERS (2009) vermerkten Bedeutung dieser menschlichen Lebensphase für die Entwicklung eines naturschutzfachlichen Bewusstseins Folge.

Maßnahmen der Kategorie Artenschutz sind mit Ausnahme der Anbringung von Insektenhotels allesamt im unteren Drittel der Liste vertreten und lassen auf eine verhältnismäßig geringe Popularität dieser Maßnahmen schließen. Wie zuvor angemerkt, setzt dieser Maßnahmenbereich tendenziell individuelles Engagement von Einzelpersonen voraus und kann alternativ von lokalen Naturschutzgruppen auch ohne Einbindung der Gemeinde abgedeckt werden. Die Einflussfaktoren Zeit und persönliches Engagement spiegeln sich dabei auch innerhalb der Kategorie wider, zumal die zwei seltener gesetzten Maßnahmen eine längerfristige Betreuung durch engagierte Personen erfordern.

4.2. Einflussfaktoren auf das Engagement für bewusstseinsfördernde Maßnahmen

Gesellschaftspolitische Aspekte als indirekte Hauptmotivation

Die Motivation, in das Bewusstsein für den Wert der biologischen Vielfalt zu investieren, lässt sich für die erfassten Gemeinden vorrangig auf gesellschaftspolitische Motive zurückführen. Bewusstseinsfördernde Maßnahmen werden als eine unter vielen Möglichkeiten empfunden, dem Anspruch der Bevölkerung auf Lebensqualität und Wohlbefinden nachkommen zu können. Eine Investition wirkt dabei sowohl direkt, beispielsweise durch die Schaffung von Erholungsmöglichkeiten, Unterhaltungsprogrammen oder das kostenlose Angebot von Obst und Gemüse, als auch indirekt, durch die Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und die Identifikation mit der eigenen Gemeinde.

Die Attraktivität der Maßnahmen dürfte für Gemeinden vor allem im integrativen und weniger beschränkendem Charakter (beispielsweise gegenüber der Ausweisung von Schutzgebieten) liegen. Da für die untersuchten Maßnahmen kaum in Besitz- oder Verfügungsrechte eingegriffen werden muss, werden die Maßnahmen von der Bevölkerung primär als „Bonus“ empfunden. Dieser grundsätzlich angenommene Mehrwert spiegelt sich ebenfalls in der hohen Akzeptanz durch die Bevölkerung wider. Fast alle Fragebogenangaben bestätigten, dass die Maßnahmen durch die Bevölkerung begrüßt werden (vgl. Abbildung 7 Likert-item 6) und damit der Gemeinde einen Vorteil bringen. Diese Einschätzung wurde von allen Gemeinden unabhängig von der gesetzten Maßnahmenanzahl vertreten. Ein Mangel an gesellschaftlicher Akzeptanz bewusstseinsfördernder Maßnahmen kann daher insgesamt nicht abgeleitet werden. Gleichzeitig widerspiegelt der hohe Anteil schwacher Zustimmung des Likert-items mögliche temporäre Dissonanz für bestimmte Maßnahmentypen (z.B. Beschwerden in den ersten Umstellungsjahren der Grünflächenpflege). Langfristig konnten allerdings auch diese Widerstände mit verstärkter Kommunikation und Partizipation behoben werden.

Eine, von manchen Interviewpersonen angedeutete Stadt-Land Disparität in Bezug auf die Akzeptanz der Maßnahmen, kann demgegenüber statistisch mittels der Faktoren Lage, Flächengröße und Urbanisierungsgrad nicht bestätigt werden. Für einzelne Maßnahmen, wie die Schaffung neuer Grünflächen oder Blühstreifen, scheint dies allerdings auch für diese Erhebung zuzutreffen. Wie bereits einleitend unter Kapitel 1.2.4. angemerkt, ist die Nachfrage nach öffentlichen Grünräumen im urbanen Raum von Seiten der Bevölkerung oft höher als in ländlich geprägten Gebieten und damit für städtische Gemeinden mit einem besonders starken Imagegewinn verbunden. Gleichzeitig erscheint eine Differenzierung zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung (oder anhand dominierender

Berufsgruppen) auch auf Basis der geführten Interviews nur als bedingt haltbar, zumal in den untersuchten Gemeinden Personen sämtlicher Berufsschichten von Bauwesen, Landwirtschaft, Pädagogik bis Politik als „treibende Kräfte“ für die Anregung und Umsetzung der Maßnahmen fungieren.

Entscheidend für diese Betrachtung ist damit weniger die Lage oder Bevölkerungsstruktur der Gemeinde, sondern die individuelle Mentalität der Gemeindebevölkerung und die politische Prioritätensetzung der Gemeinderegierung. Gemeinden, welche auf Bevölkerungs- oder Wirtschaftswachstum fokussieren, legen einen tendenziell geringeren Fokus auf naturschutzfachliche Maßnahmen, da die Gemeinderessourcen auf Bereiche wie Infrastruktur oder Baulandgewinn konzentriert werden. Gleichzeitig zeigt die Schilderung eines Interviewpartners, dass die Entwicklung der Gemeinde von einer agrarischen Prägung zu einer reinen Wohngemeinde auch mit einer final verstärkten Nachfrage nach Artenschutz und Naturerfahrung verbunden sein kann. Wie von GIFFORD und NILSSON (2014) vermerkt, stellt die Veränderung der Freizeitaktivitäten dabei eine mögliche Erklärung bereit. Entscheidend ist demnach nicht nur wo die Gemeinde sozusagen aktuell steht, sondern auch wo sie (und ihre politische Vertretung) langfristig hinmöchte. Diese politische Prioritätensetzung ist zumeist eng an die einzelnen Akteure der Gemeinderegierung und die grundsätzliche Mentalität der Verwaltung geknüpft. Entsprechend der Neuheit mancher Maßnahmentypen auf der kommunalen Agenda (z.B. „Essbare Stadt“), erscheint eine innovative und überparteiliche Politikauffassung vorteilhafter gegenüber einer konservativen, primär auf bürokratische Dienstleistungen fokussierte Mentalität, um derartige neue Ideen aufgreifen zu können. Natürlich erweitern auch stabile Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat den Handlungsspielraum in der Umsetzung. Allerdings wurde dieser Aspekt nur vereinzelt explizit betont.

Das Potential der untersuchten Maßnahmen wird außerdem für die Gemeinden nicht nur durch den Anspruch der eigenen, sondern auch potentieller zukünftiger Bürgerinnen und Bürger verstärkt. Dem überregionalen Vergleich zwischen den Gemeinden kommt damit als Einflussvariable ebenfalls entscheidende Bedeutung zu. Besonders für Gemeinden mit dem Ziel des Bevölkerungszuzugs ist der Austausch mit anderen Gemeinden eine willkommene Möglichkeit, sich über neue Maßnahmen zu informieren und mit anderen Regionen zu vergleichen. Dabei bietet sich für Gemeinden (und einzelne Gemeinderatsmitglieder) einerseits die Möglichkeit, sich selbst zu profilieren und zur eigenen Bekanntheit beizutragen, aber gleichzeitig ist damit auch ein gewisser Zugzwang verbunden, um als attraktiver Standort nicht zurückzufallen. Dieser Druck kann dabei sowohl die Realisierung einzelner Maßnahmen, politische Bekenntnisse oder auch die Teilnahme an überregionalen Initiativen betreffen. Wie von manchen Interviewpersonen vermerkt, kommt größeren Gemeinden dabei eine führende Rolle zu. Diese dürften grundsätzlich von einem breiteren finanziellen Spielraum und einer umfassenderen Ausstattung der Gemeindeverwaltung profitieren, um neue Maßnahmen leichter auszuprobieren und den „allgemeinen Standard“ dadurch stärker beeinflussen zu können.

Auch die Teilnahme an naturschutzfachlichen Initiativen, Anteile an Schutzgebieten oder ein Bekenntnis zu einem naturschutzfachlichen Leitbild erhöhen den Druck auf die Gemeinden ein konsistentes Auftreten in der Öffentlichkeit sicherzustellen. Insbesondere diese Gemeinden müssen, wenn sie beispielsweise von Privatpersonen ökologische Einschränkungen einfordern, diese Mentalität auch selbst aktiv umsetzen. Bewusstseinsfördernde Maßnahmen bieten hierbei die Möglichkeit, ein

gewisses Grundbekenntnis mit verhältnismäßig geringem Aufwand öffentlich zu bekunden und zusätzlich aktuellen gesellschaftlichen Trends zu entsprechen (z.B. Beitrag gegen das Insektensterben).

Nicht zuletzt sehen sich niederösterreichische Gemeinden generell in der gesellschaftlichen Verantwortung, in ihrer Rolle als kommunale Verwaltungseinheit etwas zur Bewusstseinsförderung beizutragen. Dieses Bekenntnis unterstrichen nicht nur alle interviewten Personen, sondern auch der Großteil der 209 im online Fragebogen vertretenen Gemeinden. Diese besondere Verantwortung begründeten die Gemeindevertretungen sowohl mit einer gesetzlichen Verpflichtung als auch mit der Rolle als gesellschaftlicher Ankerpunkt und progressive Kraft in der Gemeinschaft. Dabei fühlten sich Gemeinden mit geringer Maßnahmenanzahl laut Angabe genauso stark verpflichtet, etwas zu tun wie Gemeinden, welche angaben viele Maßnahmen zu setzen. Ein Zusammenhang zwischen Gemeindevertretungen mit geringerem (geäußerten) Verantwortungsempfinden und einer niedrigeren Maßnahmenanzahl ließ sich demnach nicht aufzeigen, weshalb ein insgesamt entscheidender Einfluss dieses Faktors nicht bestätigt werden kann. Außerdem muss, unter Verweis auf Erkenntnisse von GIFFORD und NILSSON (2014) sowie HAM et al. (2015) darauf verwiesen werden, dass eine Differenzierung zwischen verbal bekundetem Umweltbewusstsein und effektiv umgesetztem umweltbewussten Verhalten stets zu berücksichtigen ist. Analog zum Bekenntnis auf Individualebene dürfte sich dabei auch auf der Ebene politischer Akteure dieses Bekenntnis nicht immer in realpolitischer Umsetzung wiederfinden (wie es ebenfalls von KUPFER et al. (2013) im Endbericht des Projekts „Naturaktive Gemeinde“ vermerkt wurde). Die Aussagekraft derartiger Bekenntnisse ist daher beschränkt. Dennoch unterstreichen die Ergebnisse des Likert-items 5 (vgl. Abbildung 7), mit fast 50% starker Zustimmung, das grundsätzliche Bekenntnis der Gemeinden Naturschutz und Bewusstseinsbildung als eine Kernkompetenz aufzufassen.

„Es steht und fällt mit den Leuten“ – Persönliches Engagement von Einzelpersonen als limitierender Faktor

Als zweite wichtige Einflussgröße lassen sich die Unterstützung und das persönliche Engagement von Einzelpersonen festhalten, welche am Ende des Tages häufig darüber entscheiden, ob das Themenfeld Naturschutz auf der gesellschaftspolitischen Agenda präsent ist oder nicht. Insbesondere die Ergebnisse der Interviews bekräftigten die wichtige Rolle weniger Personen oder Personengruppen für die Maßnahmen. Erfolgreiche Akteure zeichneten sich durch langfristiges, erfolgreiches Kommunizieren der Anliegen vor dem Gemeinderat, der Bevölkerung oder in der unmittelbaren Nachbarschaft aus, sowie durch persönliche Begeisterung, die Fähigkeit Leute zu mobilisieren und den Aufbau eigener Netzwerke. Die persönlichen Motive für das Interesse und Engagement auf der Individualebene sind dabei natürlich vielfältig (vgl. Kapitel 1.2.3. und 1.2.4.) und reichen auch in den Ergebnissen dieser Arbeit von persönlichem Idealismus, über jugendliche Bindung bis zu der empfundenen Verpflichtung gegenüber zukünftigen Generationen.

Speziell das Engagement einzelner Gemeinderatsmitglieder wird dabei – unabhängig von der gesetzten Maßnahmenanzahl – von so gut wie allen Gemeindevertretungen als entscheidend bekräftigt (vgl. Abbildung 7 Likert-item 4). Dies bedeutet zwar nicht, dass die Maßnahmen nicht auch ohne Teilnahme der Gemeinde umgesetzt werden könnten, allerdings scheint darin dennoch eine gewisse Grundvoraussetzung für deren Beteiligung zu liegen. Die Bedeutung der Gemeinderatsmitglieder spiegelt sich zusätzlich in den Angaben zur Initiierung wider. In knapp 70% der Gemeinden gingen die Maßnahmen (zumindest teilweise) vom Gemeinderat aus und wurden in 40% durch die

Bürgermeisterin oder den Bürgermeister angeregt (vgl. Abbildung 4). Diese Positionen profitieren dabei sowohl von einem direkten Zugang zur internen Gemeindepolitik als auch zu anderen Gemeinderatsmitgliedern und der Bevölkerung. Ideen und Anregungen dieser Akteure sind damit auf kommunaler Politikebene von Natur aus mit dem Vorteil geringster Hürden und kürzester Entscheidungswege ausgestattet. Im Umkehrschluss ist Desinteresse für Naturschutzthemen in diesen Positionen als wesentliches Hindernis für eine Beteiligung der Gemeinde zu sehen. Daraus muss nicht zwingend eine geringe Maßnahmenanzahl insgesamt in der Gemeinde folgen, sofern diese von anderer Seite angeregt (und vor allem betreut und umgesetzt) werden. Allerdings zeigte sich auch in den Interviews, dass zumindest *ein* engagiertes Mitglied des Gemeinderats als eine Art Grundvoraussetzung fungiert, um derartige Maßnahmen auf kommunaler Ebene entscheidend zu forcieren.

Hand in Hand geht damit die hohe Bedeutung der Unterstützung in zentralen Entscheidungspositionen, sowohl auf Ebene des Gemeinderats als auch der kommunalen Verwaltung. Plakatives Beispiel für den positiven wie negativen Einfluss dieses Faktors ist die Schilderung eines Interviewpartners, in dessen Gemeinde erst der Wechsel der Wirtschaftshofleitung eine jahrelange Blockade gegen den Beitritt zu Natur im Garten ermöglichte. Konträr zu diesem einst hemmenden Einfluss, treten mittlerweile die Gemeindebeschäftigten der gleichen Abteilung selbst mit Ideen an den Gemeinderat heran und setzen diese um. Die gemeindeinternen Akteure können demnach sowohl als starke Vetomächte, als auch Multiplikatoren fungieren, welche es daher für eine erfolgreiche Umsetzung zumindest zu überzeugen gilt. Insbesondere für die praktische Umsetzung, welche meist nicht mehr in den (alleinigen) Bereich des Gemeinderats fällt (vgl. Abbildung 6), ist die Überzeugung nachgelagerter Einheiten von entscheidender Bedeutung. Die Idee muss daher von den Gemeindebeschäftigten zumindest mitgetragen werden, da sich die Umsetzung vor Ort sonst bewusst oder unbewusst verschlechtert. In Folge gilt es, beispielsweise für externe Initiativen, sich nicht nur an die politischen Entscheidungspositionen zu richten, sondern auch nachgelagerte Akteure und deren Interessen in die Überzeugungsarbeit miteinzubeziehen, wenn die Etablierung der Maßnahmen langfristig gewährleistet werden soll.

Nicht zuletzt fördert auch die Nutzung des „lokalen gesellschaftlichen Potentials“ entscheidend die Durchführung der Maßnahmen. Obwohl der Initiierung durch Bürgerinnen und Bürger in den meisten Interviews eine bis dato eher geringe Bedeutung beigemessen wurde, verwiesen dennoch fast alle Gemeinderatsmitglieder auf die grundsätzlich hohe Bedeutung dieses Potentials. Bestätigt wird dieses Bild in der Fragebogenerhebung durch den hohen Anteil von Privatpersonen und lokalen Vereinen an der Initiierung und Umsetzung der Maßnahmen (vgl. Abbildung 4 & 6). Neben der Steigerung des Wohlbefindens durch die Einbindung der Bevölkerung stellen fachkundige Privatpersonen oder ambitionierte Vereine auch für die Gemeinden selbst eine attraktive Möglichkeit dar, die Maßnahmen langfristig (und kostengünstig) umzusetzen. Zusätzlich unterstützt die Einbindung der Öffentlichkeit die Bewerbung und Attraktivität der Maßnahmen, zumal Mundpropaganda auch innerhalb der Bevölkerung eine stärkere Form der Überzeugung bedingt als die bloße Ausschreibung durch die Gemeinde. Außerdem werden dadurch „besondere“ Einzelpersonen vor den Vorhang geholt, wodurch wiederum der Stolz auf die eigene Gemeinde in der Bevölkerung und bei den Mitgliedern der Gemeinderegierung befördert wird. Auch wenn eine umfassende partizipative Einbindung immer wieder eine Herausforderung darstellt, verkörpert die Nutzung dieses Potentials dennoch einen

wichtigen positiven Multiplikator sowohl in ökonomischer (Kostensparnis), nachhaltiger (langfristige Betreuung) als auch sozialer (Wohlbefinden der Bevölkerung) Hinsicht.

Die Mobilisierung dieser lokalen Ressourcen stellt allerdings aus Sicht der Gemeinde nicht zwingend eine Grundvoraussetzung für die Umsetzung der Maßnahmen dar (zumal sie auch nicht als wesentlicher hemmender Faktor vermerkt wurde). Allerdings scheint sie für die Etablierung, Unterstützung und Ausdehnung – insbesondere von Maßnahmen, welche nicht in den Kerntätigkeitsbereich der Gemeinden fallen – großes Einflusspotential zu besitzen. Die statistische Analyse unterstützt diese Annahme, zumal drei der vier untersuchten gesellschaftlichen Ressourcen („lokaler Verein im Bereich Naturschutz“ „ambitionierte Privatpersonen“, „naturschutzfachkundige Einzelpersonen“) einen signifikant positiven Zusammenhang mit der Anzahl an gesetzten Maßnahmen aufweisen. Gleichzeitig vermerkten mehrere Gemeinderatsmitglieder, dass sie sich früher nicht der „besonderen Fähigkeiten“ ihrer Gemeindebevölkerung bewusst waren und selbst überrascht waren, als diese im Zuge partizipativer Workshops zum Vorschein kamen. Unter dieser Betrachtung könnten die Variablen auch als „Wissen um das Vorhandensein dieser Ressourcen“, anstatt strikt dem „Vorhandensein dieser Ressourcen“ aufgefasst werden. Demnach würde es, unter Annahme, dass in jeder Gemeinde derartige „besondere Einzelpersonen“ grundsätzlich aufzufinden sind (vgl. IP6), mehr um das Wissen innerhalb des Gemeinderats um dieses Potential oder den grundsätzlichen Mobilisierungswillen gehen, als das effektive Vorhandensein in den Gemeinden. Gemeinden mit höherer Maßnahmenanzahl, hätten daher nicht zwingend mehr Potential zur Verfügung, allerdings wüssten sie sozusagen besser über das vorhandene Potentiale in ihrer Gemeinde Bescheid.

Information und externe Anregungen als Unterstützung im Hintergrund

Die Verfügbarkeit von Information und Anregungen durch externe Akteure stellen streng genommen keine zwingenden Voraussetzungen für die Beteiligung der erfassten Gemeinden dar. Der Grundtenor der interviewten Gemeinderatsmitglieder folgte in diesem Kontext der Auffassung, dass wenn man etwas umsetzen will, die Unterstützung hilfreich und vielfältig vorhanden ist, aber schlussendlich die Beteiligung an den zuvor genannten Einflussfaktoren hängt. Dennoch nehmen lokale Initiativen, Preisauszeichnungen und ein umfassendes Informationsangebot in der Gesamtbetrachtung eine nicht zu unterschätzende Rolle im Hintergrund ein.

Unter den einzelnen Initiativen wurde insbesondere die Aktion Natur im Garten hervorgehoben. Die geäußerten Argumente der Interviewpersonen widerspiegeln dabei viele, der hier ebenfalls bereits identifizierten, Einflussfaktoren. Die Attraktivität des Konzepts dürfte vor allem in der Schlichtheit (einfache Beitrittskriterien, unkomplizierte Abwicklung) und der Unterstützung vor Ort begründet liegen. Außerdem motiviert die Initiative mit kostenlosen Angeboten (z.B. Vortragsabende, Beratung, Fortbildungen, etc.) die Gemeinden zur Beteiligung. Zusätzlich bietet die mediale Aufmerksamkeit und Teilnahme an Preisausschreibungen die Möglichkeit, Aufmerksamkeit im überregionalen Vergleich und vor der eigenen Bevölkerung zu gewinnen. Im Vergleich zu Initiativen des Bundes (z.B. vielfaltleben) oder privater Unternehmen (z.B. Blühendes Österreich) genießt die Initiative auf lokaler Ebene außerdem bedeutend größere Verbreitung und Bekanntheit. Dies kann einerseits als Anreiz für einen Beitritt der Gemeinden gesehen werden, da es „zum guten Ton“ (vgl. IP2) gehört, gleichzeitig wird dadurch aber auch die Besonderheit im überregionalen Vergleich abgeschwächt. Im Fall von Natur im Garten scheint der erstgenannte Aspekt jedoch weiterhin zu überwiegen, zumal sowohl der (budgetäre) politische Rückhalt als auch die Anzahl neuer Mitglieder die Popularität der Initiative

unterstreichen. Auch die statistische Analyse bestätigt den positiven Einfluss auf die Anzahl gesetzter Maßnahmen. Allerdings ist anzumerken, dass dieser durch die Aufnahme mehrerer grünflächenbezogener Maßnahmen, welche rein vom Ansatz im Natur im Garten Konzept ebenfalls thematisiert werden, tendenziell verstärkt wurde.

Diese Erklärung dürfte auch für die Initiative Blühendes Österreich zutreffen, welche zusätzlich verstärkt bewusstseinsfördernde Projekte und umweltpädagogischer Programme (vgl. Auszeichnungen im Zuge des Wettbewerbs „Die Brennessel“) finanziert. Auch wenn die Initiative sowohl ihr Förderbudget als auch die eigene Bekanntheit aktuell von Jahr zu Jahr steigern kann, muss ihre Bedeutung für den kommunalen Naturschutz auf Grundlage der vorliegenden Daten dennoch als (noch) gering eingeschätzt werden. Sowohl die Aussagen der Interviewpersonen als auch die geringe Finanzierungsbedeutung und Teilnahme an privatwirtschaftlichen Initiativen im Fragebogen, lassen auf eine derzeit geringe Breitenwirkung schließen.

Auch das Vorhandensein bestimmter Schutzgebietskategorien erhöht in den untersuchten Gemeinden signifikant die Bereitschaft, bewusstseinsfördernde Maßnahmen zu setzen. Insbesondere im Falle des Biosphärenparks Wienerwald fallen dabei viele Angebote an die Gemeinden (z.B. Informationsabende, umweltpädagogische Veranstaltungen oder „Wiesenmeisterschaften“¹¹) auch unter die hier erfassten Maßnahmen. Analog zu den Angeboten der Initiative Natur im Garten, motiviert auch hierbei die einfache und teilweise kostenlose Bereitstellung der Maßnahmen die Gemeinden zur Teilnahme. Allerdings könnte der signifikant positive Zusammenhang auch durch die Mitgliedschaft aller untersuchten Biosphärenpark-Gemeinden an der Initiative Natur im Garten bedingt sein. Gleichzeitig wurde aber auch dieser aktiv durch die Verwaltung des Biosphärenparks in diesen Gemeinden forciert¹². Wie bereits angemerkt, bedingt außerdem die Mitgliedschaft am Biosphärenpark selbst für viele befragte Gemeinderatsmitglieder eine empfundene Verpflichtung zu einem stärkeren Engagement im Naturschutzbereich. Demnach könnte auch ein höherer Bewusstseinsgrad der Gemeindevertretung selbst einen Einfluss spielen.

Den anderen erhobenen Schutzgebietskategorien konnte hingegen kein signifikanter Zusammenhang mit der gesetzten Maßnahmenanzahl zugeschrieben werden. Als mögliche Begründung erscheint eine andere grundsätzliche Prioritätensetzung wahrscheinlich. Während das Konzept der Biosphärenparks unter dem *Man and Biosphere* Rahmenprogramm der UNESCO einen verstärkten Fokus auf den Einbezug lokaler Gemeinschaften und anthropogener Interessen legt, besitzen Schutzkategorien wie Naturschutzgebiete, Natura2000 und auch Nationalparks eine verhältnismäßig stärkere Priorisierung konservierender Ansätze. Im Falle der Naturparks, welche ebenfalls verstärkt auf umweltpädagogische Maßnahmen fokussieren, könnte hingegen das, weitgehend von der Gemeinde unabhängige, Vorgehen eine mögliche Erklärung bereitstellen, warum kein signifikanter Zusammenhang festgestellt werden konnte.

¹¹ Im Zuge der, seit 2011 durch den Biosphärenpark veranstalteten, „Wiesenmeisterschaften“ können Landwirtinnen und Landwirte der Biosphärenpark-Gemeinden Wiesen, Weiden und Obstwiesen besonderer Schönheit und Artenreichtums in den Wettbewerb einreichen. Die Flächen müssen dabei dem Standort angepasst sein und gemäht oder beweidet werden. Der naturschutzfachliche Aspekt steht bei der Prämierung im Vordergrund und wird am jährlichen „Tag der Artenvielfalt“ ausgezeichnet (BPWW 2019).

¹² Auf eine genaue Untersuchung der Interdependenzen wurde allerdings an dieser Stelle verzichtet, zumal auch die Ergebnisse der qualitativen Interviews einen (unabhängigen) positiven Einfluss durch die Biosphärenpark Gebietsverwaltungen nahelegen.

Auch lokalen Naturschutzorganisationen (z.B. Ortsgruppen des Naturschutzbunds) muss basierend auf den vorliegenden Daten ein verhältnismäßig geringer Einfluss in der Zusammenarbeit mit den Gemeinden attestiert werden. Weder die statistische Analyse, noch die einzelnen interviewten Gemeinderatsmitglieder strichen eine bedeutende Rolle dieser Akteursgruppe hervor. Lediglich in einer Gemeinde spielte eine Umweltschutzorganisation bei der Planung und Durchführung der Maßnahmen eine wichtige Rolle, was allerdings ebenfalls aus den persönlichen Kontakten einer Gemeindevertreterin resultierte. Diese verhältnismäßig geringe Bedeutung könnte einerseits in einem weitgehend unabhängigen Agieren dieser Gruppen liegen (wie es teilweise auch von den Interviewpersonen vermerkt wurde) oder einer gehemmten Haltung der Gemeinden, zumal sich lokale Naturschutzgruppen in kommunalen Interessenskonflikten (z.B. Bauvorhaben) häufig gegen die Interessen der kommunalen Verwaltung positionieren. Die Angaben zu den beteiligten Akteuren an Initiierung, Finanzierung und Umsetzung differenzieren diesen Grundeindruck jedoch. Demnach kommt Naturschutzorganisationen in der Initiierungsphase und bei der Finanzierung eine unbedeutendere Rolle zu, zumal von den 38 Gemeinden mit lokaler Naturschutzgruppe nur rund ein Drittel jeweils auf Einfluss durch Naturschutzgruppen verwies. Insbesondere der niedrige Anteil an Initiierungen sticht dabei heraus, welcher allerdings aus den zuvor genannten Gründen resultieren könnte. Im Gegensatz dazu sind Naturschutzorganisationen in zwei von drei Gemeinden, in denen es eine Naturschutzorganisation gibt, auch an der Realisierung von bewusstseinsfördernden Maßnahmen beteiligt. Eine Teilnahme an der Umsetzung vor Ort dürfte demnach bedeutend häufiger sein, als eine Teilnahme an der Initiierung oder Finanzierung. Mögliche Gründe könnten hierfür in dem umfassenderen Wissen über den lokalen Naturraum, an umweltpädagogischen Kenntnissen oder naturschutzfachlicher Praxiserfahrung liegen. Derartige Qualifikationen sind von anderen Akteuren in der Gemeinde u.U. nicht in dieser Qualität beziehbar, allerdings für die tatsächliche Realisierung vieler Maßnahmen zwingend nötig.

Weiters stellt das grundsätzliche Vorhandensein von Information eine weitere wichtige Einflusskomponente sowohl auf die Beteiligungsbereitschaft der Gemeinden als auch für die Entwicklung des individuellen Bewusstseins der Akteure dar. Analog der von DEMBKOWSKI und HANMER-LLOYD (1994) dargelegten Wirkungsweise konativer und kognitiver Komponenten im „Drei-Komponenten-Modell“, verkörpert die Verfügbarkeit von Information zwar auch für Gemeinden nur selten die Kernmotivation, sie kann aber bei mangelndem Zugang eine Hemmschwelle für die Umsetzung darstellen. Weder die Ergebnisse des Fragebogens, noch die Aussagen der Gemeinderatsmitglieder der kommunalen Politik lassen allerdings auf einen Mangel an Information oder Beratungsmöglichkeiten im untersuchten Themenfeld schließen. Dabei sind laut den Interviewpersonen Information und Beratung sowohl in Eigenrecherche leicht und qualitativ verfügbar, als auch die, an die Gemeinden ohne deren aktives Zutun, herangetragenen Informations- und Beratungsmöglichkeiten gut ausgebaut. Die Ergebnisse des Likert-items 2 (vgl. Abbildung 7) unterstützen diese Annahme, zumal drei Viertel der Gemeinden Information im Bereich des kommunalen Naturschutzes als leicht verfügbar empfinden. Diese Einschätzung ist dabei unabhängig von der gesetzten Maßnahmenanzahl. Ein Mangel an verfügbarer Information oder unzureichender Zugang zu diesen Informationen kann daher nicht als Einschränkung für die Maßnahmen gesehen werden.

Dennoch gilt es auch in Hinblick auf den Einflussfaktor Information zu differenzieren. Trotz des gut verfügbaren und im Einzelfall sogar als zu umfangreich bezeichneten Angebots, sprachen sich knapp

70% der Gemeinden grundsätzlich für die Einrichtung einer lokalen Beratungsperson für bewusstseinsfördernde Maßnahmen aus. Dabei ist allerdings anzumerken, dass der Anteil schwach ausgeprägter Zustimmung („eher wahrscheinlich“) knapp die Hälfte der Angaben umfasst. Eine mögliche, durch die recht kurz gehaltene Begriffspräzisierung stärker ausgeprägte, Mittetendenz kann an dieser Stelle nicht ausgeschlossen werden. Dennoch bestärkt dieses Ergebnis den Eindruck, dass insbesondere die Betreuung vor Ort teilweise als limitierender Faktor besteht. Aspekte wie das Bewusstmachen der vorhandenen Naturschätze, die Mobilisierung des „lokalen Potentials“ sowie eine längerfristige Begleitung der Maßnahmen erscheinen daher als wichtige Aufgaben für diese Beratungsperson. Gerade in diesen Bereichen scheinen viele Gemeinden entweder noch Unwissen oder mangelndes Interesse zu besitzen, um bereit zu sein, persönliche Ressourcen zu investieren.

Zeit und Personal begrenzen die Ambitionen

Als eindeutige Limitierungen müssen hingegen die personellen und zeitlichen Ressourcen der Gemeinden angesehen werden. Knapp die Hälfte der Gemeindevertretungen gab unter Likert-item 3 (vgl. Abbildung 7) an, dass die Umsetzung durch diese Ressourcen stark eingeschränkt ist. Keines der anderen Likert-items erzielte eine ähnlich hohe Zustimmung in Hinblick auf mögliche (aktuell bestehende) hemmende Faktoren. Demgegenüber ergab die statistische Auswertung allerdings keinen Zusammenhang dieser Faktoren mit der gesetzten Maßnahmenanzahl. Limitierungen in diesem Bereich dürften demnach die Beteiligung an den Maßnahmen insgesamt erschweren, sich aber nicht auf bestimmte Gemeindegruppen nach Maßnahmenanzahl stärker auswirken. Die ausgeprägte Mittetendenz lässt dabei abermals auf eine Abhängig von Typ und Umfang der konkreten Maßnahmen schließen.

Wie von einer Interviewperson vermerkt, beschränkt sich dieser Mangel nicht nur auf die gemeindeinternen Verwaltungseinheiten, sondern schließt auch die persönlichen Ressourcen der einzelnen Gemeinderatsmitglieder mit ein. Kleinere Gemeinden dürften hiervon stärker betroffen sein, da dort der Grundstock an verfügbarem Personal sozusagen „von Natur aus“ geringer ist und es schwieriger ist, ausreichend Begeisterte für die Besetzung der Positionen in der Gemeinde zu finden. In der Folge müssen vermehrt mehrere Aufgabenbereiche in einer Person gebündelt werden, wodurch die Auslastung des Individuums ansteigt oder gewisse Themenbereiche (in der realen Betreuung) unbesetzt bleiben. Realpolitisch kann dies zu einer Art *Crowding-out* Effekt auf persönlicher Ebene, wie auch auf Ebene der Gemeindeagenda führen. Ohne individuelles Zutun, rücken dadurch weniger zentrale Themenfelder in den Hintergrund der Aufmerksamkeit, da vorrangig (gesetzlich) stärker in den Vordergrund gestellte Themenbereiche (z.B. Infrastruktur, Gesundheit, Klima) prioritär behandelt werden (müssen).

Dieser Mechanismus erhöht in bevölkerungsschwachen Gemeinden zusätzlich die Bedeutung des individuellen persönlichen Engagements. Dieser Erklärungsansatz könnte auch den statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen der gesetzten Maßnahmenanzahl und der Bevölkerungsanzahl erklären, zumal bevölkerungsreichere Gemeinden grundsätzlich über mehr Humankapital verfügen. Der positive Einfluss einer höheren Bevölkerungsanzahl scheint sowohl für die Besetzung der kommunalen Positionen, mögliche Partizipation durch die Bevölkerung als auch die unterstützende Teilnahme von Einzelpersonen, Gemeindebeschäftigte oder Mitglieder des Gemeinderats zuzutreffen. Allerdings könnte diese Wirkungsweise auch durch andere Kontexte begründet sein. Beispielsweise entspricht die Struktur bevölkerungsreicher Gemeinden eher einer Wohngemeinde, in welchen, wie

zuvor bereits angemerkt, tendenziell eine höhere Nachfrage an gewissen Maßnahmentypen besteht. Dennoch erscheint eine Beschränkung des Arguments auf soziale Aspekte unter den vorliegenden Daten jedoch als wahrscheinlich, zumal die strukturbezogene Variablen (Viertel, Urbanisierungsgrad, Siedlungsraum, Gemeindegröße), sowie der Trend der Bevölkerungsentwicklung keinen signifikanten Zusammenhang aufweisen. Dabei ist eine gewisse Kompensationsmöglichkeit durch finanzielle Investitionen demgegenüber im personellen Bereich sicher möglich (z.B. Aufstockung des Personals in der Grünflächenpflege), allerdings konnte ein grundsätzlicher Zusammenhang mit der Finanzstärke der Gemeinden (außerordentliche Einnahmen) statistisch ebenfalls nicht nachgewiesen werden. Außerdem merkten mehrere Interviewpersonen auch an, dass man klassische Tätigkeitsfelder der Gemeinde ungern an externe Firmen übertragen würde.

Ein deutlicher Einfluss finanzieller Aspekte, im positiven wie negativen Sinn, trat demgegenüber nur in vereinzelt Bereichen auf. Mit Ausnahme der Veranstaltung von Festen oder größeren Informationsveranstaltungen, welche *direkt* zur regionalen Wertschöpfung beitragen, liegt ein ökonomischer Mehrwert primär *indirekt* in einem gesteigerten Wohlbefinden der Bevölkerung oder höherer touristischer Bekanntheit. Dem Anreiz eines direkten finanziellen Gewinns oder eines umfassenden Förderbezugs wurde demgegenüber kaum Bedeutung beigemessen.

Als möglicher hemmender Faktor bietet sich dagegen ein ambivalentes Bild, welches, auf Grund der erfassten Breite an Maßnahmen, abermals differenziert zu betrachten ist. Grundsätzlich fühlte sich keine der Gemeinden durch finanzielle Limitierung generell abgehalten, bewusstseinsfördernde Maßnahmen zu setzen (vgl. Kapitel 3.2.4.). Unterstützt wird dieser Eindruck von den Ergebnissen des Likert-items 1 (vgl. Abbildung 7), in dem sich die überwiegende Mehrheit der Gemeinden – teilweise stark – gegen einen limitierenden Einfluss finanzieller Aspekte ausspricht. Die gelisteten bewusstseinsfördernden Maßnahmen sind daher grundsätzlich gut in ein durchschnittliches Gemeindebudget integrierbar. Diese Auffassung ist dabei unabhängig von der gesetzten Maßnahmenanzahl. Gemeinden mit weniger gesetzten Maßnahmen fühlen sich demnach nicht stärker betroffen, was ebenfalls auf einen allgemein schwachen Einfluss dieses Faktors schließen lässt.

Mögliche Einschränkungen durch finanzielle Ressourcen konnten ausschließlich im Kontext umfassenderer Maßnahmen festgestellt werden (z.B. Anlegung von Blühstreifen, größere Informationsveranstaltungen). Auf Grund der deutlich höheren Kosten eines neuangelegten Blühstreifens im Vergleich zum Bau von fünf Nistkästen mit einer Schulklasse, erscheint eine finanzielle Limitierung im ersten Fall intuitiv als wahrscheinlicher. Dennoch vertraten mehrere Interviewpersonen die Einschätzung, dass dieser Zusammenhang zwar grundsätzlich zutreffe, gleichzeitig aber bei jeder Maßnahme die Kosten je Ausformung und vorhandener Ausstattung der Gemeinde stark variieren können. Teilweise dürften daher, insbesondere unter Gesamtbetrachtung aller Finanzposten im Budget, auch vermeintlich „große“ bewusstseinsfördernde Projekte kaum eine wesentliche Belastung des Gemeindebudgets darstellen.

In Hinblick auf die Notwendigkeit finanzieller Förderungen ergab sich insgesamt ein zweigeteilter Eindruck. Einerseits sprachen sich knapp die Hälfte der Interviewpersonen explizit gegen ein zwingendes Vorhandensein (öffentlicher oder privatwirtschaftlicher) Fördermittel aus, um etwas für das Bewusstsein in der Gemeinde tun zu können. Gleichzeitig verwiesen mehrere Interviewpersonen auch auf eine grundsätzliche Sinnhaftigkeit von Investitionen in diesem Bereich. Ein mögliches Förderangebot könnte sich, insbesondere um Interesse in kleineren Gemeinden anzuregen, aus der

Finanzierung einer allgemeinen Statuserhebung des eigenen Naturraums oder bereits konkret vorgegebener Maßnahmen zusammensetzen, um so die Hemmschwelle für die Gemeinden zu senken. Die Kleinräumigkeit und niedrigen Einzelkosten der Maßnahmen sind dabei Chance und Hindernis zugleich. Einerseits bietet sich die Möglichkeit mit geringem finanziellen Aufwand viele Maßnahmen breitenwirksam unterstützen zu können. Andererseits ist dabei besonders auf eine schlanke bürokratische Fördergestaltung zu achten, da sonst der (zeitliche und finanzielle) Antragsaufwand für die Gemeinden schnell den später refundierten Förderbeitrag übersteigt.

Die, in der Breite derzeit allerdings noch verhältnismäßig unbedeutende, Rolle externer Förderbeiträge spiegelt sich sowohl in den Angaben der bezogenen Finanzierungsquellen als auch dem nicht vorhandenen finanziellen Anreiz (durch Abwesenheit ausgebauter Förderstrukturen) wider. Der überproportionale Anteil an Finanzierung mittels Gemeindebudgets bekräftigt das Bild vorrangig gemeindeintern finanzierter Maßnahmen. Auch wenn aus der Erhebung keine absoluten Beiträge abgeleitet werden können, zeigt sich dennoch, dass demgegenüber nur knapp jede dritte Gemeinde auf Förderungen des Bundes oder Landes zurückgreift. Privatwirtschaftliche Förderprogramme könnten demgegenüber in Zukunft eine willkommene, unbürokratische Alternative gegenüber „klassischen“ Fördermöglichkeiten der öffentlichen Hand bieten. Zusammenfassend kann ein Ausbau der (öffentlichen wie privatwirtschaftlichen) Fördermöglichkeiten damit durchaus zur Stärkung der Anreizstrukturen beitragen, auch wenn eine starke Limitierung durch den derzeitigen Mangel an Förderangeboten nicht abgeleitet werden kann.

4.3. Synthese

Die Gesamtbetrachtung der vorangegangenen Diskussionskapitel zeichnet ein differenziertes, jedoch in sich weitestgehend konsistentes, Bild zur Beantwortung der beiden Forschungsfragen.

Bezüglich der Popularität der gesetzten Maßnahmen lassen sich für die hier vorliegenden Daten zusammenfassend folgende Grundtendenzen ableiten (vgl. Tabelle 14 und Abbildung 10):

Tabelle 14: Grundmuster in Hinblick auf die Eigenschaften häufiger gesetzter Maßnahmen.

Häufiger gesetzte Maßnahmen:

- liegen im **typischen Tätigkeitsbereich** der Gemeinde
- beziehen sich thematisch auf den **Grünflächenbereich** oder **Insektenschutz**
- genießen durch gesellschaftliche Trends und Initiativen **öffentliche Aufmerksamkeit**
- gehören der Kategorie **Vorbildwirkung** an
- benötigen **niedriges zeitliches oder persönliches Engagement**
- werden in ihrer Umsetzung **direkt mit der Gemeinde in Verbindung** gebracht

Dieses Muster weist klare Parallelen zu Maßnahmenkonzepten und öffentlichen Projekten in anderen Bundesländern und der, unter Kapitel 1.5. herangezogenen, Referenzliteratur auf. Auch im restlichen Österreich dominieren derzeit die Themen „Insektensterben“ und „ökologische Gestaltung öffentlicher Grünräume“ das Diskursfeld. Beispiele hierfür finden sich von Vorarlberg, z.B. die öffentlichen Wildblumenflächen der Gemeinde Rankweil (vgl. AMT DER VORARLBERGER LANDESREGIERUNG

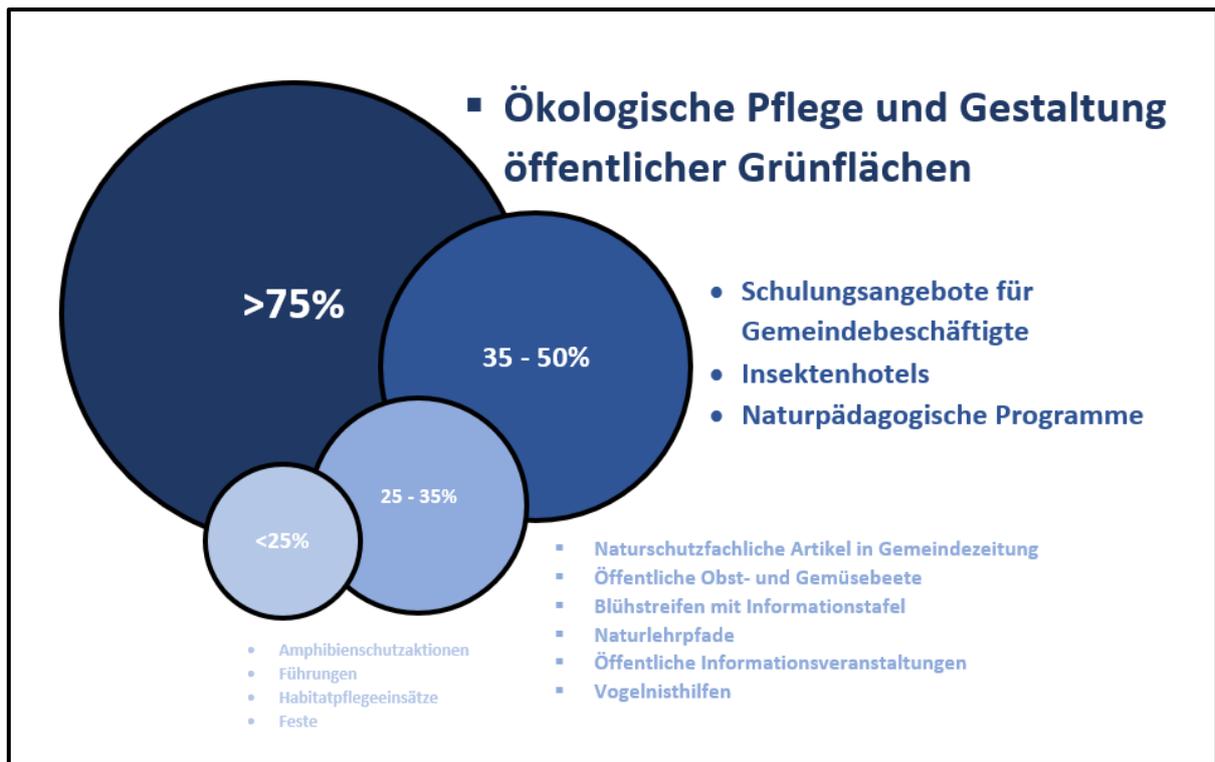


Abbildung 10: Graphische Darstellung der Popularitätsverhältnisse der untersuchten bewusstseinsfördernden Maßnahmen in Niederösterreich im Untersuchungszeitraum 2015-2018.

2014; MARKTGEMEINDE RANKWEIL 2019) über die Tiroler Initiative „Das Inntal summt“ (vgl. NZL 2018), und die oberösterreichische Initiative „bienenfreundliche Gemeinden“ (vgl. BODENBÜNDNIS OBERÖSTERREICH 2018) bis ins Burgenland zur Broschüre des Naturschutzbunds Burgenland zum „Naturschutz in der Gemeinde“ (vgl. NATURSCHUTZBUND BURGENLAND 2016). Auch die von DI GIULIO (2016) aus der Schweiz vorgestellten Projekte und die des Abschlussberichts von KUPFER et al. (2013) besitzen diesen thematischen Fokus und spiegeln damit die Bedeutung dieser Themenbereiche als Anknüpfungspunkt für den Naturschutz an die Gemeinden wider. Auch die restlichen, in dieser Arbeit erhobenen Maßnahmen, finden sich insgesamt in der Referenzliteratur in Grundzügen wieder, stehen allerdings seltener im Mittelpunkt der Betrachtung.

In Hinblick auf die Motive, Einflussfaktoren und Beweggründe der Gemeinden konnten insgesamt 17 Einflussfaktoren im Zuge dieser Arbeit gegeneinander abgegrenzt werden. Abbildung 11 fasst diese Faktoren geordnet nach Wirkungsweise und Ausprägung zusammen. Vor allem die Steigerung der Lebensqualität, die Nutzung des lokalen gesellschaftlichen Potentials und der Einfluss der Initiative Natur im Garten stellen wichtige positive Einflüsse für die Gemeinden dar. Zusätzlich nehmen – je nach Ausprägung im positiven oder negativen Sinn – auch das persönliche Engagement von Einzelpersonen und Gemeinderatsmitgliedern, sowie die Unterstützung an wichtigen gesellschaftlichen Entscheidungspositionen eine bedeutende Rolle ein. Demgegenüber begrenzen vor allem die persönlichen und zeitlichen Ressourcen sowie in sehr geringem Ausmaß finanzielle Aspekte die Umsetzung der Maßnahmen. Gesellschaftliche Trends und der überregionale Vergleich beeinflussen das Themenfeld zusätzlich auf übergeordneter Ebene.

Auch die Ergebnisse der zweiten Forschungsfrage decken sich damit in Teilbereichen mit Erfahrungen aus anderen Bundesländern. Insbesondere die herangezogenen populärwissenschaftlichen Beiträge

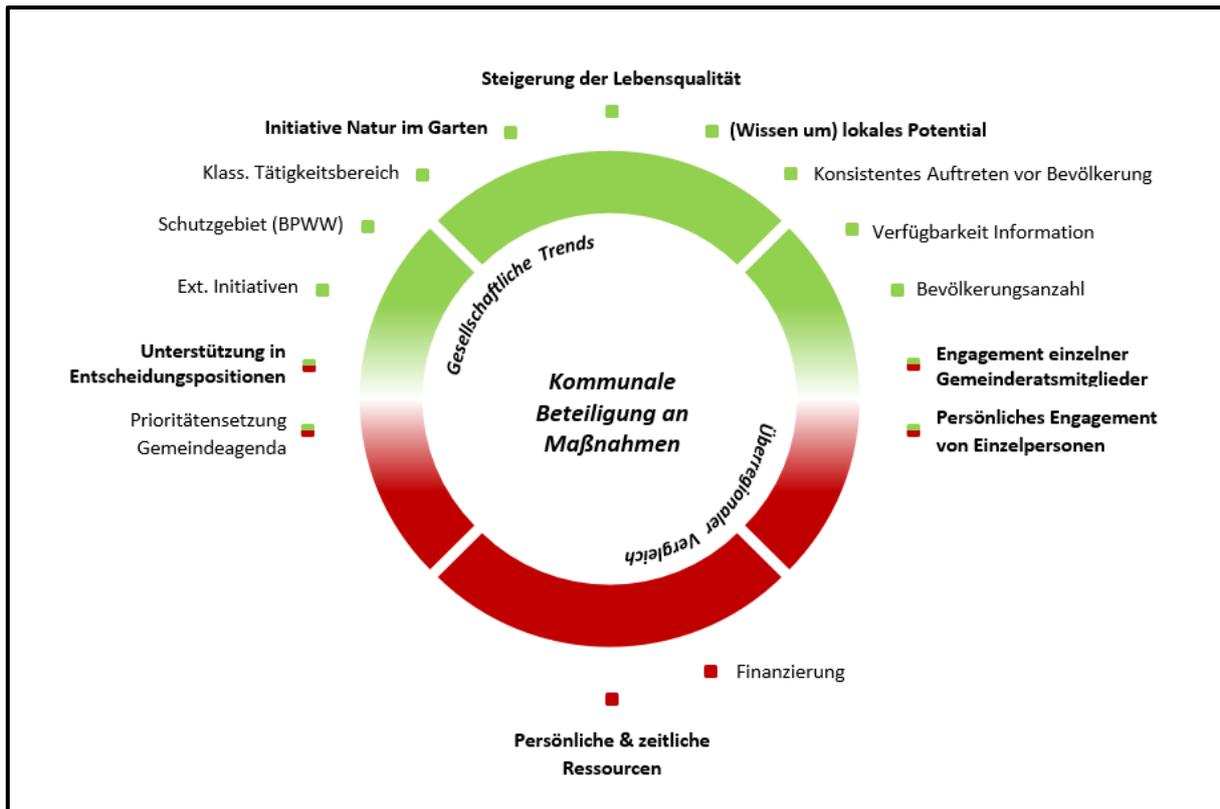


Abbildung 11: Erfasste Einflussfaktoren auf die Motivation niederösterreichischer Gemeinden, sich an der Umsetzung bewusstseinsfördernder Maßnahmen zu beteiligen. Gesellschaftliche Trends und der interkommunale Vergleich fungieren dabei als übergeordnete Treiber (grün = fördernder Einfluss; grün/rot = fördernder oder hemmender Einfluss je Ausprägung; rot = hemmender Einfluss; fett = zentrale Einflussfaktoren; BPWW = Biosphärenpark Wienerwald).

fokussieren die Argumentationslinie stark auf die, auch in dieser Arbeit als zentral aufgezeigten Faktoren. So argumentiert auch der NATURSCHUTZBUND BURGENLAND (2016) und das BODENBÜNDNIS OBERÖSTERREICH (2018) mit der Steigerung der Lebensqualität und dem Wohlbefinden der Bevölkerung, sowie einem grundsätzlichen Bekenntnis für den Biodiversitätserhalt zum Nutzen des Menschen. Diese Organisationen werben außerdem mit dem potentiellen Imagegewinn für die Gemeinden, welcher sich auch in den hier erhobenen Daten im interkommunalen Vergleich widerspiegelt. Auch der, ebenfalls bei DI GIULIO (2016) und KUPFER et al. (2013) geschlussfolgerte, unterstützende Einfluss einer individuellen Gemeindeberatung sowie der Stärkung lokaler Naturschutzakteure und Privatpersonen fanden sich wieder. Gleiches gilt für ein teilweise mangelndes Bewusstsein einzelner Gemeindeakteure und einen vorrangig *top-down* geprägten Partizipationszugang als mögliche Hemmnisse.

Demgegenüber konnte eine schlecht ausgebaute Informationsverfügbarkeit oder Qualität der naturschutzfachlichen Information sowie starker Widerstand gegen die untersuchten Maßnahmen im hier fokussierten Themenkomplex nicht festgestellt werden. Auch das, häufig im Kontext öffentlicher Grünflächen vorgebrachte, Argument einer Kostenreduktion fand sich unter den Aussagen der hier konsultierten Interviewpersonen nur vereinzelt.

Stattdessen erwiesen sich die personellen und zeitlichen Ressourcen der Gemeinden sowie die hohe Bedeutung der Unterstützung in zentralen Entscheidungspositionen, im Gegensatz zu den Arbeiten von DI GIULIO (2016) und KUPFER et al. (2013), als wichtige Einflussfaktoren. Außerdem wurde der positive Einfluss durch bestimmte Schutzgebietsverwaltungen, gesellschaftliche Trends, eine höhere Bevölkerungsanzahl und geringe Zusatzkosten der Maßnahmen aufgezeigt.

Insgesamt zeigt sich dabei ein klarer Überhang (aktuell vorhandener) positiver Einflussfaktoren, sprich impliziter Anreize oder unterstützender Faktoren für eine Umsetzung der Maßnahmen. Zumindest quantitativ spricht eine überwiegende Mehrheit an Argumenten *für* eine grundsätzliche Beteiligung der Gemeinden oder wie es ein Interviewpartner zusammenfasste: „*du kannst ja nicht dagegen sein, weil das sind ja lauter leiwandige Sachen [...]*“. Dabei ist zu betonen, dass dieses Ergebnis auf den Aussagen von Mitgliedern der niederösterreichischer Regionalpolitik und nicht beispielsweise denen von Vertretungen des Naturschutzes oder der Ökologie basiert, was ein derartiges Bild eher vermuten hätte lassen.

Flexibel, beliebt und kostengünstig – die Stärken und Risiken der Maßnahmen

Der zentrale Vorteil der untersuchten Maßnahmen liegt im Vergleich zu anderen regionalen Naturschutzbestrebungen vor allem in ihrer Struktur und dem geringeren Aufwand begründet. Der Großteil der Maßnahmen zeichnet sich durch niedrige Kosten, eine geringe Flächeninanspruchnahme (oder grundsätzliche Größenflexibilität), sowie einen hohen Partizipationsgrad der Bevölkerung aus. Die Umsetzung ist damit für die Gemeinden deutlich weniger konfliktbehaftet, da Einzelpersonen weder mit Verhandlungen über Nutzungsrechte konfrontiert, noch größere monetäre Ausgaben gerechtfertigt werden müssen. Dieses geringere Konfliktrisiko stellt einen deutlichen Unterschied gegenüber den Projektberichten von DI GIULIO (2016) und KUPFER et al. (2013) dar, deren Projekte insgesamt einen stärkeren Fokus auf Artenschutzmaßnahmen oder die Ausweisung von geschützten Gebieten aufwiesen. Zusätzlich werden anthropogene Vorteile bei den hier untersuchten Maßnahmen stärker betont, wodurch die Attraktivität für die Bevölkerung allgemein gesteigert werden kann. Der, wenn auch direkt deutlich geringer ausgeprägte, Beitrag zum Biodiversitätserhalt bekommt dadurch u.U. bedeutend mehr Aufmerksamkeit, bei gleichzeitiger Verringerung des Widerstands (naturschutzfachlich) skeptischer Bevölkerungsteile.

Ähnliches gilt für das hohe Partizipationspotential der Maßnahmen, welches es ermöglicht, Kinder und Interessierte, wie von CLAYTON und MYERS (2009) gefordert, auf unkomplizierte und zeitlich flexible Weise einzubinden. Gleichzeitig bieten viele der Maßnahmen die von PRÉVOT et al. (2018) geforderte „*Hands-on Practice*“ für ein breites gesellschaftliches Publikum. Insbesondere die zahlreichen Möglichkeiten zur Mithilfe für Kinder müssen – unter Berücksichtigung der einleitend unter Kapitel 1.2.4. angeführten Bedeutung dieser Entwicklungsphase – betont werden. Auch unter den hier untersuchten Gemeinden finden sich Beispiele von Schulklassen, welche Naturlehrpfade mitgestalten, jährliche Amphibienschutzaktionen umsetzen oder gemeinsam mit der Gemeinde bienenfreundliche Grünflächen anlegen. Diese Maßnahmen sind für die Gemeinde primär mit persönlichem Engagement einzelner Verwaltungsmitglieder verbunden, stellen für die Bewusstseinsbildung der Kinder aber spannende Erlebnisse dar, welche zuhause weitererzählt und womöglich fortan auch im eigenen Garten von den Eltern umgesetzt werden „müssen“. All diese Aspekte verstärken die Attraktivität der Maßnahmen (aus privater wie naturschutzfachlicher Sicht) und senken dadurch auch für die Gemeinden die Hemmschwelle, sich an diesen zu beteiligen.

Für die Attraktivität jeder kommunalen naturschutzfachlichen Maßnahme ist entscheidend, dass für die Gemeinde ein offensichtlicher Vorteil aus derartigen Maßnahmen erwächst. Dieser Nutzen findet sich aus kommunaler Perspektive insbesondere in der Steigerung der Lebensqualität und damit der Zufriedenheit der eigenen Bevölkerung. Wie bereits angemerkt, steht damit passend zur Struktur der Maßnahmen tendenziell der anthropogene Nutzen im Vordergrund. Diese Tendenz spiegelt sich nicht

zuletzt auch in der Verteilung der Maßnahmen wider, welche Maßnahmen mit verstärktem Artenschutzfokus mit geringerer Häufigkeit erfasste. Ein verstärkter Fokus auf anthropogene Aspekte ist gleichzeitig durch die Fokussierung auf *bewusstseinsbildende* Maßnahmen, gegenüber generellen Naturschutzmaßnahmen, nicht überraschend und schließt den Hintergedanken des Artenschutzbeitrags auf individueller Akteursebene nicht automatisch aus. Auf der anderen Seite passt dieser Zugang grundsätzlich gut zu übergeordneten Paradigmenwechsel im gesellschaftlichen Naturzugang (vgl. MACE 2014), welcher über die letzten Jahrzehnte ein Erstarken utilitaristischer Argumente im Zuge der Debatte um Ökosystemdienstleistungen verzeichnete. Analog zur Kritik an diesem Ansatz (vgl. BEKESSY et al. 2018; DELIÈGE und NEUTELEERS 2015; RIDDER 2008), birgt auch im kommunalen Naturschutz eine starke Betonung instrumenteller Argumente grundsätzlich die Gefahr der Austauschbarkeit, sobald die Steigerung der Zufriedenheit mit Projekten in anderen Bereichen effizienter erreicht werden kann. Zusätzlich rücken artenschutzfachliche Argumente gezwungener Maßen in den Hintergrund, auch wenn sie eigentlich implizite Motivation der Beteiligung sind. Der verstärkt anthropozentrische Zugang bietet damit auf der einen Seite starke gesellschaftspolitische Argumente, läuft gleichzeitig jedoch eher Gefahr artenschutzfachliche Ziele zu vernachlässigen.

Maßnahmen wie das Anbringen von Insektenhotels, Blühstreifen oder Beiträge in der Gemeindezeitung stellen auf der einen Seite gute Einstiegsmöglichkeiten mit niedriger Hemmschwelle dar, um mit Naturschutz in Kontakt zu kommen, gleichzeitig bieten sie „*greenwashing*“ Potential, sich mittels der Durchführung von Alibimaßnahmen zu einer Politik zu bekennen, die u.U. kaum Priorität auf der Gemeindeagenda besitzt. Ob die gesetzten Maßnahmen schlussendlich einen realen *direkten* Beitrag zum Arterhalt leisten, muss anhand jedes Einzelfalls bewertet werden. Bestes Beispiel hierfür sind die mittlerweile in verschiedensten Ausführungen kommerziell erhältlichen Insektenhotels. Je nach Ausformung erfüllen diese nicht immer die Kriterien ökologischer Sinnhaftigkeit und haben grundsätzlich gegenüber dem Belassen von Totholz, alten Stauden oder offenen Bodenstellen in ihrem Beitrag zum Insektenschutz klar das Nachsehen. Außerdem erscheint die Fokussierung auf neuen Nistgelegenheiten im Angesicht vorrangig mangelnder Lebensräume und Futterquellen ebenfalls zu kurz gegriffen und würde (z.B. in einem Garten) kombinierte Maßnahmen verlangen, welche alle Lebensaspekte der zu fördernden Art umfassen. Eine Beurteilung dieser qualitativen Aspekte war im Falle der Fragebogenerhebung auf Grund der dadurch zu komplexen Erfassung allerdings nicht möglich. Für den Großteil der interviewten Gemeinden kann ein konsistentes Bekenntnis zu mehr Biodiversitätsschutz allerdings bekräftigt werden, zumal die gesetzten Maßnahmen zumeist im Verbund und mit klarem übergeordneten Bekenntnis gesetzt wurden. So erscheint es unwahrscheinlich, dass Gemeinden über mehrere Jahre hinweg ein Gesamtbekenntnis zur Förderung einer Tierfamilie umsetzten, welches aus unterschiedlichen vorbildwirksamen, informativen und artenschutzfokussierten Maßnahmen besteht und die Gemeinderatsmitglieder selbst an den Haustüren Information austragen, nur um sich ein scheinbares grünes Image umhängen zu können. Allerdings stand, insbesondere in der Fragebogenerhebung, ohnehin keine Bewertung in Hinblick auf den Umfang der Einzelmaßnahmen im Fokus, sondern ein genereller Überblick über die Häufigkeit der Maßnahmentypen und die Einflussfaktoren auf deren Umsetzung.

Aus naturschutzfachlicher Sicht liegt der vorrangige Mehrwert daher in der indirekten, bewusstseinsfördernden Wirkungsweise der untersuchten Maßnahmen. Wie bereits in der Einleitung vermerkt, kann hierbei natürlich nicht angenommen werden, dass nur durch das Anbringen eines Insektenhotels am Dorfplatz sich gleich alle vorbeigehenden Leute zum umfassenden Naturschutz

bekennen. Allerdings sollte die langfristige Wirkungsdimension, gemäß MILLER (2005) sowie SOGA und GASTON (2016), auch nicht unterschätzt werden. Insbesondere in kleinen Gemeinden kommen Maßnahmen der Gemeinde schnell ins Gespräch und werden umfassend diskutiert. Dem Naturschutz kommt damit (wieder) verstärkte Präsenz im Alltag der Menschen zu und schafft gleichzeitig die Möglichkeit, mit einer artenreichen Umwelt und all ihren positiven psychologischen und gesundheitlichen Nebeneffekten (vgl. Kapitel 1.2.4.) wieder auf einfache Weise in Kontakt treten zu können. Zusätzlich bieten die untersuchten Maßnahmen eine Möglichkeit, das „Feindbild Naturschutz“ in manchen Regionen oder Berufsgruppen subtil abzufedern oder schlichtweg eine differenzierte Betrachtung dieser Gesamthematik durch positive Beispiele in der Öffentlichkeit zu erzwingen. Dies gilt für Privatpersonen genauso wie für die kommunalen Verwaltungseinheiten. Insbesondere affektive Komponenten können dadurch verstärkt und frequenter bedient werden, bei gleichzeitiger plakativer Verdeutlichung von Themen wie Homogenisierung von Flächen, Artenverlust und Versiegelung. Um das Beispiel der Insektenhotels wieder aufzugreifen, kann der direkte Artenschutzeffekt der Maßnahme zwar verhältnismäßig gering sein, die bewusstseinsbildende Wirkung aber durchaus bedeutend. Öffentlichkeitswirksam positioniert am Rastplatz des Radwegs in den Weingärten und mit entsprechender Informationstafel ausgestattet, kann das Insektenhotel nicht nur Aufmerksamkeit wecken, sondern auch sonst übersehene Arten vor den Vorhang holen und auf weitere unterstützende Maßnahmen im eigenen Garten hinweisen. Wie stark dieser bewusstseinsbildende Effekt ausfällt, hängt abermals stark an der Ausformung und Umsetzung der einzelnen Maßnahmen und war nicht Untersuchungsziel dieser Arbeit. Ein grundsätzlicher Beitrag zum naturschutzfachlichen Bewusstsein wurde basierend auf den herangezogenen wissenschaftlichen Beiträgen für die ausgewählten Maßnahmen allerdings implizit unterstellt (vgl. CLAYTON und MYERS 2009; GIFFORD und NILSSON 2014; DI GIULIO 2016; PRÉVOT et al. 2018).

Gesamtgesellschaftlich können derartige Maßnahmen unter dieser Betrachtung große Durchschlagskraft besitzen, wenn sie flächendeckend als Standard akzeptiert werden und Kaufverhalten oder politisches Wahlverhalten beeinflussen. Beispielsweise besitzt die Außernutzenstellung von Ackerrandstreifen einen sehr wahrscheinlich höheren Beitrag zum Artenschutz als die Anlegung eines Blühstreifens am Dorfplatz. Dennoch bedarf es für diese Außernutzenstellung Kompensationszahlungen an die Landwirtschaft, welche ihrerseits auf öffentlichen Steuergeldern und dem politischem Rückhalt für diese Maßnahmen basieren. Ohne gesamtgesellschaftliches Bewusstsein für diese Investitionen oder einer mangelnden Präsenz des Themas im öffentlichen Diskurs sind derartige Forderungen politisch nur schwer durchsetzbar.

Mediale Trends und politischer Rückhalt besitzen dabei einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die (öffentliche) Attraktivität der Maßnahmen. Während die Chance „Trendsetter“ zu sein oder dem „allgemeinden Standrd“ entsprechen zu müssen, schnell zu allgemeiner Akzeptanz der Maßnahmen führen kann, kann der Aufstieg neuer, vermeintlich wichtigerer, (Umwelt-)Themen (z.B. Klimawandelanpassung) genauso schnell die Verdrängung aus dem öffentlichen Blickfeld bewirken. Im Falle der ökologischen Grünflächenpflege zeigt sich diese (positive) Dynamik anhand der Initiative Natur im Garten besonders deutlich. Während der ursprüngliche Anstoß von Landesseite initiiert wurde, verstärkte das positive Feedback der Bevölkerung die Bestrebungen der Gemeinden, welche wiederum auf die Privatbürgerinnen und Privatbürger sowie die Unterstützung der Landespolitik rückwirkte. Das Zusammenspiel dieser unterschiedlichen Akteure bewirkte dadurch bereits seit den 1990ern die Etablierung eines Bewusstseins auf kummunaler Verwaltungsebene im Kontext

ökologischer Grünflächenpflege. Durch den starken politischen Rückhalt gelang es der Initiative ihre Kriterien und die Mitgliedschaft als eine Art *Benchmark* bei den niederösterreichischen Gemeinden zu etablieren, was sich in den stetig steigenden Beitrittszahlen und internationalen Auszeichnungen für die Initiative bestätigt. Gleichzeitig zeichnet sich die Initiative durch mehrere Aspekten aus, welche sich auch in dieser Erhebung als Erfolgsfaktoren zeigten: Einerseits wird auf einen klassischen Tätigkeitsbereich der Gemeinde fokussiert und eine unkomplizierte Mitgliedschaft geboten, sowie der Wunsch der Bevölkerung nach einer ökologischen Grünflächenpflege vor den Gemeinden als Hauptargument angeführt¹³. Andererseits adressiert die Initiative diese Bestrebungen an Landespolitik, Gemeinden und Bevölkerung und schaffte es damit, den notwendigen gesamtgesellschaftlichen Rückhalt zu erreichen.

Abschließend darf gleichzeitig nicht der Umstand ignoriert werden, dass sich eine Gemeinde aus Einzelpersonen zusammensetzt und daher der, bereits einleitend ausgeführten, Individualebene ebenfalls wichtige Bedeutung beigemessen werden muss. Obwohl der Fokus der Arbeit grundsätzlich nicht auf individuelle Aspekte gelegt wurde, spiegelt sich die Bedeutung emotionaler Bezugskomponenten, wie durch die Arbeit von HAM et al. (2015) nahegelegt, in fast allen zentralen Einflussfaktoren wider (persönliches Engagement; lokales Potential; Unterstützung in Entscheidungspositionen; Interesse der Bevölkerung). Es zeigte sich außerdem, dass die Maßnahmen meist von einzelnen Personen vorangetrieben werden und dass deren Grundmotivation in Stolz, kindlicher Prägung oder emotionalen Beziehungen zur lokalen Natur begründet liegt. Dies gilt insbesondere für das Engagement einzelner Bürgerinnen und Bürger oder lokaler Vereine, für welche der politische oder ökonomische Vorteil nur gering sein dürfte, deren individuelle Motivation aber den (naturschutzfachlichen) Gesamteindruck der Gemeinde entscheidend mitprägt.

Potentielle Unterstützungsmöglichkeiten für die Gemeinden

Als Hauptgrund für die Gemeinden, die genannten Maßnahmen nicht setzen zu können, kristallisierte sich auf Grundlage der hier vorliegenden Daten ein Mangel an Humanressourcen, in qualitativer wie quantitativer Hinsicht, heraus. Für Naturschutzorganisationen und Organisationen des Bundes oder Landes eröffnet sich damit an dieser Stelle das vermeintlich größte Potential, die Gemeinden in der Umsetzung bewusstseinsfördernder Maßnahmen zu unterstützen. Hierfür bestehen für externe Akteure, je nach individueller Situation in der Gemeinde, drei Möglichkeiten diese hemmenden Einflussfaktoren zu kompensieren:

- 1) Anregung eines naturschutzfachlichen Bewusstseins bei den Mitgliedern der Kommunalregierung, welche in Folge Ressourcen der Gemeinde in diesen Bereich verlagern.
- 2) Mobilisierung des „lokalen gesellschaftlichen Potentials“ in der Bevölkerung, welches den Ressourcenmangel der Gemeinde kompensieren kann.
- 3) Unterstützung in finanzieller oder personalbezogener Hinsicht, wodurch der effektive Mehraufwand für die Gemeinden verringert wird

Externe Initiativen scheinen derzeit insbesondere dem ersten Ansatz vorrangige Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Die zahlreichen Regionalworkshops und Seminarangebote unterstützen dabei

¹³ Auf ihrer Internetseite verweist die Initiative diesbezüglich darauf, dass aus aktuellen Studien hervorgehe, „dass sich 85% der NiederösterreicherInnen einen ökologisch gepflegten öffentlichen Grünraum wünschen“ (Natur im Garten 2019).

die Anregung eines Bewusstseins in politischen Entscheidungspositionen und auch die umfassende Bereitstellung von Information dürfte die Bedeutung der Maßnahmen bestärken. Diese informative Unterstützung verringert ebenfalls den Mehraufwand für die Gemeinden in Hinblick auf Ansatz 3 und geht beispielsweise durch Beratungsleistungen der Initiative Natur im Garten vor Ort (z.B. für die Planung naturnaher Grünflächen) auch mit einem verringertem Personalaufwand einher. Allerdings fokussiert dieser Ansatz von Natur aus in der Praxis zumeist auf kognitive Komponenten und die primäre Weitergabe von Information. Angebote wie Maßnahmenvorstellung vor Ort, Exkursionen in wertvolle Naturräume oder Möglichkeiten zum selbstständigen Ausprobieren neuer Ideen (z.B. neuer Grünflächenpflegegeräte) sollten rein informative Angebote daher ergänzen. Der entscheidende Unterschied liegt dabei in der (aktiven) Interaktion mit der Thematik und dem „Erleben“ der eigenen Naturschätze, welche die Entwicklung einer emotionalen Verbundenheit zu Natur verstärkt unterstützen.

Demgegenüber scheint der Mobilisierung des „lokalen Potentials“ sowohl von Seiten der Gemeinde, als auch durch externe Initiativen eine noch untergeordnete Rolle zuzukommen. Zwar sind Privatpersonen in knapp jeder zweiten Gemeinde in die Initiierung involviert, allerdings zeichneten insbesondere die Interviews ein Bild, dass man von Gemeindeseite sozusagen um Involvierung bemüht sei, aber entweder das Interesse in der Bevölkerung fehle oder die Vorgehensweise mehr einer reduzierten Beteiligung (z.B. nur in der Umsetzungsphase), anstatt umfassender Partizipation (i.S.v. einer Einbringung von Ideen oder Beteiligung an Projektplanung) entspricht. Dieses Finden und Begeistern „besonderer“ Gemeindegewinnen und Gemeinderüger ist kurzfristig natürlich mit Zeit und Kosten verbunden (z.B. für Austauschabende, Projektausgestaltungen), kann langfristig der Gemeinde – wie bereits im Diskussionsteil vermerkt – aber deutliche Vorteile in Hinblick auf Zufriedenheit der Bevölkerung, Kostenersparnis und nachhaltige Akzeptanz der Maßnahmen ermöglichen.

Wie im Kontext der Akzeptanz „regionaler Biodiversitätsbeauftragter“ aufgeworfen, könnten externe Beraterinnen und Berater vermehrt auf der Mobilisierung dieses lokalen Potentials fokussieren und dieses für die Gemeinden freisetzen. Einerseits kennen Gemeinden ihre Bürger tendenziell zwar besser, gleichzeitig können kommunale Verwaltungen durch Anstöße von außen gut zu neuen Blickwinkeln angeregt werden. So könnte in Absprache mit der Gemeinde, im Zuge von Informationsveranstaltungen nicht nur Beratung und Information bereitgestellt werden, sondern auch konkrete Möglichkeiten, sich in die (öffentliche) Naturschutzarbeit einzubringen, aufgezeigt werden. Sowohl regionale Naturschutzorganisationen, die Initiative Natur im Garten als auch die Energie- und Umweltagentur arbeiten mit regionalen Ortsgruppen und (Schutz-)Gebietsbetreuern bereits in diese Richtung. Außerdem leisten die Mitglieder dieser Organisationen auch eine direkte personelle Entlastung, indem diese selbst beispielsweise naturkundliche Führungen, Bastelworkshops oder Informationsveranstaltungen mitbetreuen. Dennoch könnte verstärkt das Ziel verfolgt werden, in jeder Gemeinde (neben der politischen Position im Themenbereich Naturschutz) eine Person zu mobilisieren, welche derartige Maßnahmen lokal forciert. Zum Teil wird diese Position zwar bereits durch lokale Vereine, Naturschutzorganisationen oder engagierte Gemeinderatsmitglieder ausgefüllt sein und es wird sich auch nicht in jeder Gemeinde automatisch eine motivierte Person finden lassen. Allerdings darf die Abwesenheit einer derartigen Kraft keinesfalls unterschätzt werden, da eine lokale Verankerung eine der effektivsten Möglichkeiten darstellt, die Gemeinden zu entlasten und Naturschutz langfristig unter die Leute zu bringen.

Nicht zuletzt wird diese lokale Verankerung in vielen Gemeinden aber nur durch fortlaufende Investitionen und die nötige politische Aufmerksamkeit zu erreichen sein. Die untersuchten Maßnahmen verkörpern zwar einerseits ein gutes Beispiel dafür, dass Naturschutz nicht zwingend an (umfassendere) finanzielle Mittel und Förderungen geknüpft sein muss. Dennoch bedeutet dies im Umkehrschluss nicht, dass der Ausbau von Förderungen in einzelnen Bereichen oder für bestimmte Gruppen von Gemeinden nicht auch einen starken Anreiz bieten würden. Investition könnten dabei sowohl die lokale Betreuung der Maßnahmen vor Ort (z.B. durch regionale Beratungspersonen), eine grundsätzliche naturschutzfachliche Statuserhebung oder auch die gezielte finanzielle Förderung ausgewählter Einzelmaßnahmen umfassen. Das große Potential der untersuchten Maßnahmen liegt dabei in ihren verhältnismäßig geringen Kosten. Dieser Umstand ermöglicht es mit geringen finanziellen Mitteln viel in vielen Gemeinden bewegen zu können und gleichzeitig den selbst gesetzten Verpflichtungen der Nachhaltigkeitsagenda 2030 und der Österreichischen Biodiversitäts-Strategie nachzukommen.

Zuletzt sei an dieser Stelle betont, dass trotz möglicher allgemeiner Muster, jede Gemeinde – wie sich insbesondere in den einzelnen Interviews zeigte – ein Unikat darstellt. Jede Gemeinde ist durch eine eigene Geschichte, unterschiedliche kommunale Ressourcen, Persönlichkeiten und eine individuelle regionale Mentalität geprägt. In Folge sind die Möglichkeiten und Potentiale für die Umsetzung bewusstseinsfördernder Maßnahmen unterschiedlich stark ausgeprägt. Alle drei genannten Unterstützungsmöglichkeiten sind daher nur gemeinsam mit einer individuellen Auseinandersetzung mit der jeweiligen Gemeinde oder Region als zielführend zu erachten.

Abschließend lässt sich aus naturschutzfachlicher, aber auch gesamtgesellschaftlicher, Perspektive festhalten, dass die hier untersuchten Maßnahmen sowohl hohen Zuspruch von Seiten der Bevölkerung genießen als auch für die Gemeinde selbst mit mehreren Vorteilen verknüpft sind. Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse der Arbeit die grundsätzliche Bereitschaft der Gemeinden und ihrer Vertretungen, in gewissen Bereichen mit dem Naturschutz Hand in Hand zu gehen. Laut eigenen Angaben besitzen dabei sowohl die Gemeinderatsmitglieder eine entscheidende Rolle als auch die Gemeinde selbst eine implizite Verpflichtung dazu. Diese Verantwortung gilt es von Seiten des Naturschutzes sowohl zu bekräftigen, als auch, unter Berücksichtigung der begrenzten Ressourcen der kommunalen Verwaltungen, einzufordern. Hierfür sind (für oder mit den Gemeinden) die Besonderheiten jeder Region vor den Vorhang zu holen und diese öffentlichkeitswirksam und vorteilhaft im überregionalen Vergleich zu präsentieren. Ziel muss es sein, den Stolz der Gemeinden auf den eigenen Naturraum (wieder) anzuregen und dadurch die landesweiten Bestrebungen zur Stärkung eines umfassenden naturschutzfachlichen Bewusstseins zu unterstützen.

5. Fazit

Die hier vorliegende Arbeit bietet erstmals einen umfassend quantitativen Überblick über die Popularität bewusstseinsfördernder Maßnahmen im niederösterreichweiten Kontext und stellt zusätzlich ein kommunales Meinungsbild zu diesem Themenkomplex bereit. Hierfür werden sowohl zentrale Limitierungen als auch wichtige positive Einflussfaktoren vor den Vorhang geholt. Ergänzend erlauben die erhobenen Daten Rückschlüsse auf die Bedeutung unterschiedlicher Akteure für die Initiierung, Finanzierung und Umsetzung, den Informationsbezug, sowie die Reichweite externer Initiativen und das Vorhandensein gesellschaftlicher Ressourcen. Außerdem werden mögliche Erfolgsfaktoren, „treibende Kräfte“ und eine Selbsteinschätzung der Gemeinden im Kontext naturschutzfachlicher Bestrebungen dargelegt.

Diese Ergebnisse ermöglichen Implikationen für mehrere Akteure des regionalen Naturschutzes und zeigen darüber hinaus Möglichkeiten für anverwandte Maßnahmen auf. Für Organisationen des Landes oder einzelne Förderinitiativen ergeben sich Rückschlüsse für eine attraktivere Ausgestaltung der Förder- und Informationsangebote sowie einen effizienteren Ressourceneinsatz (Stichwort: Es ist mehr als genug Information vorhanden). Außerdem bekräftigen die vorliegenden Daten den großen Zuspruch von Seiten der Bevölkerung und kommunalen Verwaltungseinheiten und bieten damit Rückhalt für weitere Investitionen. Zusätzlich geben die Daten Einblick wie die erfolgreiche Einrichtung der Position einer regionalen Beratungsperson strukturiert werden könnte. Für Initiativen wie Natur im Garten oder Blühendes Österreich wird weiters ein allgemeines Feedback zu deren Breitenwirkung sowie der generellen Wahrnehmung durch die Gemeinden geboten. Außerdem zeigen die Ergebnisse mögliche Kontaktpunkte für Naturschutzorganisationen und andere Akteure auf, um mit den Gemeinden in Kooperation treten zu können. Nicht zuletzt soll auch den Gemeinden selbst durch das Aufzeigen der lokalen Erfolgsfaktoren, dem überregionalen Vergleich, sowie dem gesamtgesellschaftlichen Zuspruch, Rückhalt für die Umsetzung derartiger Maßnahmen geboten und weitere Gemeinden für eine Beteiligung motiviert werden.

Methodisch war diese Arbeit durch die Vielschichtigkeit des Themenkomplexes und die Breite des gewählten Untersuchungsansatzes in Teilbereichen mit Einschränkungen verbunden. Dies betrifft insbesondere die, bereits einleitend in Kapitel 1.2.2. angeführten, Limitierungen durch die implizite Gleichsetzung von berichtetem Verhalten (oder in diesem Fall gesetzten Maßnahmen) und real getätigtem Verhalten. Auch wenn verzerrende Einflüsse bei den hier abgefragten Inhalten tendenziell schwächer ausgeprägt sein dürften als bei klassischen Erhebungen des persönlichen Umweltverhaltens, ist dennoch auf eine Relativierung der Ergebnisse auf Grund der nicht durchführbaren Überprüfung der Angaben zu verweisen. Außerdem ist zu betonen, dass durch die Beschränkung der interviewten Gemeinden auf sozusagen „*Best-Practice* Gemeinden“ mit höherer Maßnahmenanzahl, hemmende Einflussfaktoren tendenziell unterrepräsentiert sein dürften. Die wesentlichen hemmenden Argumente erschienen aber auch mit dieser Auswahl und unter Bestätigung durch die Ergebnisse des Fragebogens, grundsätzlich erfassbar. Dennoch muss eine stärkere Rücklaufquote interessierter und damit tendenziell engagierterer, Gemeinden angenommen werden, auch wenn die Anzahl der Gemeinden, welche real keine Maßnahmen setzen, auf Grund der Breite an gelisteten Maßnahmen ebenfalls gering sein dürfte.

Durch diese Limitierungen eröffnen sich mehrere potentielle Forschungsfelder zur zukünftigen Vertiefung der Thematik. Diese liegen einerseits in der Miterfassung des Umfangs und der Qualität der einzelnen Maßnahmen, um eine detailliertere Analyse der Einflussfaktoren in Abhängigkeit der jeweiligen Maßnahmenausformung zu ermöglichen, sowie andererseits in einer breiteren Akteursbetrachtung, zumal der Einbezug von Naturschutzorganisationen, Landesstellen oder auch lokalen Vereinen die Betrachtung relevanter Einflussfaktoren noch weiter ausdifferenzieren kann. Drittens erscheint ein Vergleich zwischen den einzelnen Bundesländern, insbesondere in Hinblick auf Rückschlüsse für die Bedeutung von regionalen Initiativen (indem Bundesländer mit und ohne derartige etablierte Akteure herangezogen werden), weiteres Untersuchungspotential zu bieten. Auch der Abgleich mit anderen Naturschutzthematiken (z.B. Schutzgebietsausweisungen) oder einer detaillierten Auseinandersetzung mit der aktuellen Förder- und Beratungslandschaft bieten Möglichkeiten das Themenfeld zu erweitern.

Zusammenfassend bestätigt die Gesamtbetrachtung der im Zuge dieser Arbeit erhobenen Daten, dass niederösterreichische Gemeinden schon heute vielen der eingangs angeführten Forderungen nationaler und internationaler Naturschutzkonzepte nachkommen. Lediglich 6% der untersuchten Gemeinden beteiligten sich im Untersuchungszeitraum an keinen bewusstseinsfördernden Maßnahmen, während fast die Hälfte zwischen drei bis fünf Maßnahmen setzte. Der Hauptfokus liegt dabei auf grünraumbezogenen Maßnahmen, Fortbildungen für Gemeindebeschäftigte, der Anbringung von Insektenhotels und naturpädagogischen Programmen in Schulen. Unter den 17 erfassten Maßnahmentypen zeigt sich dabei eine Priorisierung von Maßnahmen mit Vorbildcharakter, da diese gegenüber jenen der Kategorien „Information“ und „Artenschutz“ für die Gemeinden das beste Kosten-Nutzen Verhältnis aufweisen. Maßnahmen mit höherem Bedarf an persönlichem Engagement oder personellem Zusatzaufwand werden demgegenüber seltener gesetzt. Gesamtgesellschaftliche Trends, mediale Aufmerksamkeit und externe Initiativen befördern die Popularität der Maßnahmen. Ein eindeutiger Zusammenhang mit den Kosten der Maßnahmen konnte hingegen nicht festgestellt werden.

Dieses kommunale Engagement für die Bewusstmachung des Werts der Biodiversität basiert dabei auf einer Vielzahl verschiedener Einflussfaktoren, welche in Abhängigkeit des Umfangs und Maßnahmentyps unterschiedlich stark ausgeprägt sind. Dennoch lassen sich grundsätzliche Muster und Implikationen für eine Stärkung dieses Engagements abschließend festhalten.

Im Zentrum der Motivation stehen Vorteile für die eigene Gemeinde, welche es unter Berufung auf die Steigerung der Zufriedenheit der Bevölkerung, den Imagegewinn und die Vorteile im interkommunalen Vergleich zu betonen gilt. Der Erhalt der Biodiversität ist insbesondere auf Individualebene zwar ein wichtiges Motiv, die Maßnahmen müssen für die Gemeinden aber auch als kommunale Verwaltungseinheit Vorteile bringen. Weder die Akzeptanz durch die Gemeindebevölkerung, noch zu hohe Kosten oder mangelnde Informationsverfügbarkeit sprechen aus Sicht der Gemeinden grundsätzlich gegen die Maßnahmen. Genauso wenig besteht ein Zusammenhang zwischen der Größe, Lage, Struktur oder Finanzkraft der Gemeinden mit der gesetzten Maßnahmenanzahl. Limitierende Einflussfaktoren finden sich vorrangig auf Individualebene (z.B. persönliches Engagement und Unterstützung in zentralen Entscheidungspositionen), sowie den personellen und zeitlichen Ressourcen der Gemeinden. Die Mobilisierung des lokalen Potentials bietet dabei Möglichkeiten, diese

personellen Limitierungen auszugleichen. Die Anregung dieses Potentials könnte beispielsweise zentrale Aufgabe vor Ort agierender, externer Beauftragter sein, welche sowohl eine Statuserhebung über den lokalen Naturraum bereitstellen als auch lokale Strukturen in der Bevölkerung in Absprache mit der Gemeinde aufbauen könnten.

Gleichzeitig unterstützen externe Initiativen bereits jetzt die Gemeinden durch die Bereitstellung von Information, lokaler Betreuung und möglichen Preisauszeichnungen entscheidend mit. Der Ausbau finanzieller Förderungen könnte zusätzlich bei ausgewählten Maßnahmen, parallel zu einer Stärkung des persönlichen Engagements von Personen vor Ort, eine Hilfe für die Gemeinden darstellen. Außerdem gilt es die politischen Akteure in den Gemeinden von der Sinnhaftigkeit derartiger Maßnahmen zu überzeugen und das Interesse für den eigene Naturraum zu wecken. Eine Verankerung dieses Bewusstseins kann allerdings nur erfolgreich sein, solange die personellen und zeitlichen Limitierungen der Gemeinden im Zuge externer Anregungen mitberücksichtigt werden. Die grundsätzlich positiv aufgenommenen Informationen und Anregungen müssen dabei immer in Abstimmung mit diesen begrenzten Ressourcen gesehen werden, da sonst der Eindruck eines überfordernden Angebotsdrucks entsteht.

Sowohl unter der Bevölkerung als auch den Mitgliedern der kommunalen Politik genießen die Maßnahmen hohen Zuspruch. Dieser begründet sich in den großteils niedrigen Kosten, dem geringen Konfliktpotential, sowie einer starken Fokussierung auf anthropogenen Aspekten. Ob die einzelnen Maßnahmen neben dem grundsätzlichen Beitrag zum individuellen Bewusstsein, auch einen direkten Beitrag zum Artenschutz leisten können, hängt allerdings stark von deren individueller Ausformung ab, welche daher im Einzelfall zu bewerten ist. Um die Gemeinden zur verstärkten Beteiligung an bewusstseinsfördernden Maßnahmen anzuregen, empfiehlt sich einerseits die Stärkung des Stolzes auf den eigenen Naturraum, die Betonung des hohen Zuspruchs aus der Bevölkerung, mögliche Ressourceneinsparungen durch die Mobilisierung des lokalen Potentials, sowie einer Aufrechterhaltung der Angebote im Bereich Information und Beratung.

Aus naturschutzfachlicher Sicht bleibt abschließend festzuhalten, dass die, in dieser Arbeit untersuchten, Maßnahmen nicht nur einen direkten wie indirekten Beitrag zum lokalen Arterhalt leisten können, sondern vor allem das Potential besitzen unterschiedlichste Teile der Gesellschaft breitenwirksam (wieder) mit Naturschutz in Kontakt zu bringen. Durch ihren integrativen Charakter in den Alltag der Menschen, die flexible Ausgestaltung und den niederschweligen Zugang aus Sicht der Gemeinden, bieten diese Maßnahmen die Möglichkeit dem einleitend von MILLER (2005) geforderten „verlockenderen“ und „für eine breitere Masse ansprechenderem“ Naturschutz Folge zu leisten. Es gilt die kommunale Unterstützung in diesem Kontext in jenen Aspekten zu verstärken, welche in dieser Arbeit aufgezeigt wurden. Die Maßnahmen müssen dabei mit einer möglichst breiten Auswahl von lokalen Akteuren langfristig, partizipativ und auf die Besonderheiten des jeweiligen Naturraums abgestimmt, umgesetzt werden. Ziel ist es, damit gesamtgesellschaftlich nicht nur die drohenden Probleme des Biodiversitätsverlusts an die Wand zu malen, sondern einzelne konstruktive, in kleinen wie großen Schritten umsetzbare, Beiträge vor Augen zu führen.

Literaturverzeichnis

- AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG (2015): Naturschutzkonzept Niederösterreich. Sankt Pölten: Selbstverlag.
- AMT DER VORARLBERGER LANDESREGIERUNG (2014): Nahaufnahmen - Berichte aus den "Naturvielfalt-Gemeinden" 2012/2013. Bregenz: Selbstverlag.
- AMT DER VORARLBERGER LANDESREGIERUNG (2019): Naturvielfalt Vorarlberg – Entdecken, erleben, erhalten. Online: <http://www.naturvielfalt.at> (10.09.2019).
- ASTELL-BURT, T. und FENG, X. (2019): Association of Urban Green Space with Mental Health and General Health among Adults in Australia. *JAMA Network Open* 2 (7), 1-22.
- BEKESSY, S.; RUNGE, M.; KUSMANOFF, A.; KEITH, D. und WINTLE, B. (2018): Ask not what nature can do for you: A critique of ecosystem services as a communication strategy. *Biological Conservation* 224, 71-74.
- BIOSPÄRENKAMP WIENERWALD – BPWW (2019). Wiesenmeister - Wiesenpartner. Online: <https://www.bpww.at/de/aktivitaeten/wiesenmeister-wiesenpartner> (10.09.2019).
- BLÜHENDES ÖSTERREICH (2019): „Österreichs Natur ruft!“. Online: <https://www.bluehendesoesterreich.at/> (10.09.2019).
- BODENBÜNDNIS OBERÖSTERREICH (2018): Projekt „Bienenfreundliche Gemeinde“ – Unser Boden für Bienen. Linz: Selbstverlag.
- BOGUN, R. (2000): Was heißt „Umweltbewusstsein“? – Gemeinsamkeiten und Differenzen im Verständnis eines umstrittenen Forschungsgegenstandes. *artec-paper* 78, 1-55.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT – BMLFUW (2014): Biodiversitätsstrategie Österreich 2020+ – Vielfalt erhalten – Lebensqualität und Wohlstand für uns und zukünftige Generationen sichern!. Wien: Selbstverlag.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR NACHHALTIGKEIT UND TOURISMUS – BMNT (2019): Vielfaltleben. Online: <https://www.bmnt.gv.at/umwelt/natur-artenschutz/vielfaltleben> (10.09.2019).
- BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT – BMU (2018): Naturbewusstsein 2017 – Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt. Berlin: Selbstverlag.
- CARDINALE, B.; DUFFY, E.; GONZALEZ, A.; HOOPER, D.; PERRINGS, C.; VENAIL, P.; . . . NAEEM, S. (2012): Biodiversity loss and its impact on humanity. *Nature* 486, 59-67.
- CARRUS, G.; SCOPELLITI, M.; LAFORTEZZA, R.; COLANGELO, G.; FERRINI, F.; SALBITANO, F.; . . . SANESI, G. (2015): Go greener, feel better? The positive effects of biodiversity on the well-being of individuals visiting urban and peri-urban green areas. *Landscape and Urban Planning* 134, 221-228.
- CHAN, R. und LAU, R. (2000): Antecedents of green purchases: a survey in China. *Journal of Consumer Marketing* 17 (4), 338-357.
- CIALDINI, R. und GOLDSTEIN, N. (2004): Social Influence: Compliance and Conformity. *Annual Review of Psychology* 55 (1), 591-621.
- CLAYTON, S. und MYERS, G. (2009). *Conservation Psychology – Understanding and promoting human care for nature*. Chichester: Wiley-Blackwell.
- DE HAAN, G. und KUCKARTZ, U. (1996): *Umweltbewußtsein – Denken und Handeln in Umweltkrisen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- DELIÈGE, G. und NEUTELEERS, S. (2015): Should Biodiversity Be Useful? Scope and Limits of Ecosystem Services as an Argument for Biodiversity Conservation. *Environmental Values* 24, 165-82.
- DEMBKOWSKI, S. und HANMER-LLOYD, S. (1994): The environmental value-attitude-system model: A framework to guide the understanding of environmentally-conscious consumer behaviour. *Journal of Marketing Management* 10 (7), 593-603.

- DI GIULIO, M. (2016): Förderung der Biodiversität im Siedlungsgebiet – Gute Beispiele und Erfolgsfaktoren. Bern: Haupt.
- DÍAZ, S.; FARGIONE, J.; CAHPIN III, S. und TILMAN, D. (2006): Biodiversity Loss Threatens Human Well-Being. *PLoS Biology* 4 (8), 1300-1305.
- EHRlich, P. und PRINGLE, R. (2008): Where does biodiversity go from here? A grim business-as-usual forecast and a hopeful portfolio of partial solutions. *PNAS* 105, 11579-11586.
- ENGEMANN, K.; PEDERSEN, C.; ARGE, L.; TSIROGIANNIS, C.; MORTENSEN, P. und SVENNING, J.-C. (2019): Residential green space in childhood is associated with lower risk of psychiatric disorders from adolescence into adulthood. *PNAS* 116 (11), 5188-5193.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION – EC (2015). Special Eurobarometer 436 – Attitudes of Europeans towards Biodiversity. Brüssel: Selbstverlag.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION – EC (2018): Standard Eurobarometer 90 Autumn 2018 – Public Opinion in the European Union. Brüssel: Selbstverlag.
- FRIEDMAN, K.; GARCIA, S. und RICE, J. (2018): Mainstreaming biodiversity in fisheries. Online: <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0308597X17305444> (10.09.2019).
- FULLER, R.; IRVINE, K.; DEVINE-WRIGHT, P.; WARREN, P. und GASTON, K. (2007): Psychological benefits of greenspace increase with biodiversity. *Biology Letters* 3, 390-394.
- GIFFORD, R. und NILSSON, A. (2014): Personal and social factors that influence pro-environmental concern and behaviour: A review. *International Journal of Psychology* 49 (3), 141-157.
- GODDARD, M.; DOUGILL, A. und BENTON, T. (2013): Why garden for wildlife? Social and ecological drivers, motivations and barriers for biodiversity management in residential landscapes. *Ecological Economics* 86, 258-273.
- HAM, M.; HORVAT, M. und MRČELA, D. (2015): Insights for measuring environmental awareness. *Econviews* 29 (1), 159-176.
- HARTMANN, P. und IBÁÑEZ, V. (2006): Green value added. *Marketing Intelligence & Planning* 24 (7), 673-680.
- HESSELINK, F.; GOLDSTEIN, W.; VAN KEMPEN, P.; GARNETT, T. und DELA, J. (2007): Communication, Education and Public Awareness (CEPA) – A Toolkit for National Focal Points and NBSAP Coordinators. Online: <https://www.cbd.int/cepa/toolkit/2008/doc/CBD-Toolkit-Complete.pdf> (10.09.2019).
- HINES, J.; HUNGERFORD, H. und TOMERA, A. (1987): Analysis and Synthesis of Research on Responsible Environmental Behavior: A Meta-Analysis. *The Journal of Environmental Education* 18 (2), 1-8.
- HOSTETLER, M.; ALLEN, W. und MEURK, C. (2011): Conserving urban biodiversity? Creating green infrastructure is only the first step. *Landscape and Urban Planning* 100, 369-371.
- HUNTLEY, B. und REDFORD, K. (2014): Mainstreaming Biodiversity in Practice: A STAP Advisory Document. Online: http://www.thegef.org/sites/default/files/publications/Mainstreaming-Biodiversity-LowRes_1.pdf (10.09.2019).
- INTERNATIONAL UNION FOR CONSERVATION OF NATURE – IUCN (2015): What Does Success Look like? – Mainstreaming Biodiversity. Online: https://www.iucn.org/sites/dev/files/import/downloads/factsheet0_ideas_introduction_.pdf (10.09.2019).
- JAX, K. (2002): Warum soll Biodiversität geschützt werden? Das Problem der Bewertung der Biodiversität aus umweltethischer Sicht. In: BAYRISCHE AKADEMIE FÜR NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE (Hrsg.): *Laufener Seminarbeiträge*, Bd. 2. Laufener, 125-133.
- JORDAN, J.; HUNGERFORD, H. und TOMREA, A. (1986): Effects of Two Residential Environmental Workshops on High School Students. *Journal of Environmental Education* 18 (1), 15-22.
- KAHN, P. und KELLERT, S. (2002): *Children and Nature – Psychological, Sociocultural, and Evolutionary Investigations*. Cambridge: MIT Press.

- KAISER, R. (2014): Qualitative Experteninterviews – Konzeptionelle Grundlagen und praktische Durchführung. Siegen: Springer.
- KALLUS, K. (2010): Erstellung von Fragebogen. Stuttgart: UTB.
- KAREIVA, P. und MARVIER, M. (2012): What Is Conservation Science?. *BioScience* 62 (11), 962-969.
- KARLSSON-VINKHUYZEN, S.; BOELEEE, E.; COOLS, J.; VAN HOOF, L.; HOSPES, O.; KOK, M.; . . . VISSEREN-HAMAKERS, I. (2018): Identifying barriers and levers of biodiversity mainstreaming in four cases of transnational governance of land and water. *Environmental Science and Policy* 85, 132-140.
- KOHSAKA, R. und UCHIYAMA, Y. (2017): Motivation, strategy and challenges of conserving urban biodiversity in local contexts: Cases of 12 municipalities in Ishikawa, Japan. *Procedia Engineering* 198, 212-218.
- KUMPFMÜLLER, M. und HLOCH, J. (2008): Wege zur Natur im Siedlungsraum. Online: https://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/publikationen/n_wegezurnatur.pdf (10.09.2019).
- KUPFER, A.; SCHWAIGER, I. und UHL, H. (2013): Projektbericht Naturaktive Gemeinde. Online: http://ifau.at/2016/wp-content/uploads/2016/07/NAG_Projektbericht_Dezember_2013-AKTUELL.pdf (10.09.2019).
- LAUTH, H.-J.; PICKEL, G. und PICKEL, S. (2015): Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft – Eine Einführung. 2. aktualisierte Aufl., Wiesbaden: Springer.
- MACE, G. (2014): Whose conservation?. *Science* 345, 1558-1560.
- MALONEY, M. und WARD, M. (1973): Ecology: Let's Hear from the People – An Objective Scale for the Measurement of Ecological Attitudes and Knowledge. *American Psychologist* 28 (7), 583-586.
- MARKTGEMEINDE RANKWEIL (2019): Naturvielfalt. Online: <https://www.rankweil.at/buergerservice/service/umwelt/naturvielfalt-1> (10.09.2019).
- MAYRING, P. (2010): Qualitative Inhaltsanalyse – Grundlagen und Techniken. 11. aktualisierte Aufl., Weinheim, BELTZ.
- MILFONT, T. und DUCKITT, J. (2004): The structure of environmental attitudes: A first- and second-order confirmatory factor analysis. *Journal of Environmental Psychology* 24, 289-303.
- MILLER, J. (2005): Biodiversity conservation and the extinction of experience. *Trends in Ecology and Evolution* 20 (8), 430-434.
- MÖHLER, P. und PORST, R. (1996): Pretest und Weiterentwicklung von Fragebogen. In: STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.): Schriftenreihe Spektrum Bundesstatistik, Bd. 9. Stuttgart: Metzler-Poeschel, 7-16.
- NATUR IM GARTEN (2019): Die Aktion „Natur im Garten“. Online: <https://www.naturimgarten.at/%C3%BCber-uns/geschichte.html> (10.09.2019).
- NATURSCHUTZBUND BURGENLAND (2016): Naturschutz in der Gemeinde – Naturschutz-Beratung für burgenländische Gemeinden. Eisenstadt: Selbstverlag.
- NATURSCHUTZBUND ÖSTERREICH (2019): vielfaltleben - Die Kampagne für mehr biologische Vielfalt. Online: <https://naturschutzbund.at/vielfaltleben-161.html> (10.09.2019).
- Netzwerk ZUKUNFTSRAUM LAND - NZL (2018): Das Inntal summt. Online: <https://www.zukunftsraumland.at/pdf.php?inc=project&id=2249> (10.09.2019).
- NEWHOUSE, N. (1990): Implications of Attitude and Behavior Research for Environmental Conservation. *Journal of Environmental Education* 22 (1), 26-32.
- NIEDERBERGER, M. und PETER, L. (2018): Mixed-Methods-Studien in den Gesundheitswissenschaften – Ein kritischer Überblick. *Zeitschrift für Evidenz, Fortbildung und Qualität im Gesundheitswesen* 133, 9-23.
- NIENABER, B. und LÜBKE, S. (2012): Die Akzeptanz der Bevölkerung ländlicher Gemeinden zur Ausweisung eines UNESCO-Biosphärenreservates am Beispiel der saarländischen Biosphäre Bliesgau. *Europa Regional* 18, 122-136.

- NOVACEK, M. (2008): Engaging the public in biodiversity issues. *PNAS* 105, 11571-11578.
- OLIVE, A. (2014): Urban awareness and attitudes toward conservation: A first look at Canada's cities. *Applied Geography* 54, 160-168.
- PALMER, J. (1993): Development of Concern for the Environment and Formative Experiences of Educators. *Journal of Environmental Education* 24 (3), 26-30.
- PAULY, D. (1995): Anecdotes and the shifting baseline syndrome of fisheries. *Trends in Ecology and Evolution* 10, 430.
- PREISENDÖRFER, P. (1998): Themenfelder von Befragungsstudien zu Umwelteinstellungen und zum Umweltverhalten in der Bevölkerung. In: SCHUPP, J. UND WAGNER, G. (Hrsg.): *Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung*. Berlin: Duncker und Humblot, 27-43.
- PRÉVOT, A.-C.; CHEVAL, H.; RAYMOND, R. und COSQUER, A. (2018): Routine experiences of nature in cities can increase personal commitment toward biodiversity conservation. *Biological Conservation* 226, 1-8.
- PYLE, R. (1993): *The Thunder Tree – Lessons from an Urban Wildland*. Boston: Oregon State University Press.
- RAT VON SACHVERSTÄNDIGEN FÜR UMWELTFRAGEN – SRU (1978): *Umweltgutachten 1978*. Bonn: Dr. Hans Heger.
- REDFORD, K.; HUNTLEY, B.; ROE, D.; HAMMOND, T.; ZIMSKY, M.; LOVEJOY, T.; . . . COWLING, R. (2015): Mainstreaming Biodiversity: Conservation for the Twenty-First Century. *Frontiers in Ecology and Evolution* 3, 1-7.
- RIDDER, B. (2008): Questioning the ecosystem services argument for biodiversity conservation. *Biodiversity and Conservation* 17 (4), 781-790.
- RITTEL, K.; BREDOW, L.; WANKA, E.; HOKEMA, D.; SCHUPPE, G.; WILKE, T.; . . . HEILAND, S. (2014): Grün, natürlich, gesund – Die Potenziale multifunktionaler städtischer Räume. Online: <https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/service/Dokumente/skripten/Skript371.pdf> (10.09.2019).
- SCHEMEL, H.-J.; REIDL, K. und BLINKERT, B. (2005): Naturerfahrungsräume im besiedelten Bereich. *Naturschutz und Landschaftsplanung* 37 (1), 5-13.
- SEKRETARIAT DER CBD (2002): *Mainstreaming Biological Diversity – The role of communication, education and public awareness*. Montreal: Selbstverlag.
- SEKRETARIAT DER CBD (2010): *Plan for Biodiversity 2011-2020 and the Aichi Biodiversity Targets: "Living in harmony with nature"*. Montreal: Selbstverlag.
- SEKRETARIAT DER CBD (2013): *Quick guides to the Aichi Biodiversity Targets*. Montreal: Selbstverlag.
- SEKRETARIAT DER CBD (2016): *Biodiversity and the 2030 Agenda for Sustainable Development*. Montreal: Selbstverlag.
- SHWARTZ, A.; TURBÉ, A.; JULLIARD, R.; SIMON, L. und PRÉVOT, A.-C. (2014): Outstanding challenges for urban conservation research and action. *Global Environmental Change* 28, 39-49.
- SMITH, T.; ADDISON, P.; SMITH, M. und BEAGLEY, L. (2018): Mainstreaming biodiversity targets for the private sector. Online: http://jncc.defra.gov.uk/pdf/Report_613_Case_Study_Technical_Appendix_WEB.pdf (10.09.2019).
- SOGA, M. und GASTON, K. (2016): Extinction of experience: the loss of human-nature interactions. *Frontiers in Ecology and the Environment* 14 (2), 94-101.
- STEVENSON, K.; PETERSON, M.; CARRIER, S.; STRNAD, R. und BONDELL, H. (2014): Role of Significant Life Experiences in Building Environmental Knowledge and Behaviour among Middle School Students. *Journal of Environmental Education* 45 (3), 163-177.
- STONE, G.; BARNES, J. und MONTGOMERY, C. (1995): Ecoscale: A Scale for the Measurement of Environmentally Responsible Consumers. *Psychology & Marketing* 12 (7), 595-612.
- TAM, K-P. (2013): Concepts and measures related to connection to nature: Similarities and differences. *Journal of Environmental Psychology* 34, 64-78.

- TAYLOR, L. und HOCHULI, D. (2015): Creating better cities – how biodiversity and ecosystem functioning enhance urban residents' wellbeing. Online:
https://www.academia.edu/34343727/Creating_better_cities_how_biodiversity_and_ecosystem_functioning_enhance_urban_residents_wellbeing (10.09.2019).
- THE BIODIVERSITY PROJECT (1998): Engaging the Public on Biodiversity – A road map for education and communication strategies. Madison: Selbstverlag.
- UMWELTBUNDESAMT (2016): Mit welchen Kenngrößen kann Umweltbewusstsein heute erfasst werden? – Eine Machbarkeitsstudie. Dressau-Rosslau: Selbstverlag.
- UNITED NATIONS – UN (1992): Convention on Biological Diversity United Nations 1992. Online:
<http://www.cbd.int/doc/legal/cbd-en.pdf> (10.09.2019).
- ZERBE, S.; MAURER, U.; SCHMITZ, S. und SUKOPP, H. (2003): Biodiversity in Berlin and its potential for nature conservation. *Landscape and Urban Planning* 62, 139–148.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Auswahl an Themenkomplexen, welche unter dem Begriff "Umweltbewusstsein" subsumiert werden können (eigene Darstellung nach UMWELTBUNDESAMT 2016).	10
Abbildung 2:	Teilindikatoren des „Drei-Komponenten Modells“ (eigene Darstellung nach BMU 2018).	12
Abbildung 3:	Häufigkeit der gesetzten Maßnahmen je Typ und Kategorie. Gelb markierte Maßnahmen entsprechen der Kategorie „Vorbildwirkung“, blau markierte Maßnahmen der Kategorie „Information“ und grün markierte Maßnahmen der Kategorie „Arten- und Landschaftsschutz“ (n=209, Mehrfachantworten möglich).	39
Abbildung 4:	Häufigkeit unterschiedlicher Beteiligter an der Initiierung der gesetzten Maßnahmen (n=209, Mehrfachantworten möglich).	40
Abbildung 5:	Häufigkeit unterschiedlicher Akteure bei der Finanzierung bewusstseinsfördernder Maßnahmen (n=209, Mehrfachantworten möglich).	41
Abbildung 6:	Häufigkeit unterschiedlicher Beteiligter an der Umsetzung der bewusstseinsfördernden Maßnahmen in den Gemeinden (n=209, Mehrfachantworten möglich).	41
Abbildung 7:	Grad der Zustimmung zu den einzelnen Likert-items in Anzahl an Gemeinden und Prozentskalierung (n=209; dunkelgrün = trifft voll und ganz zu; hellgrün = trifft eher zu; hellrot = trifft eher nicht zu; dunkelrot = trifft überhaupt nicht zu; grau = weiß nicht).	43
Abbildung 8:	Vorrangige Informationsquellen für die Gemeinden in Bezug auf das Themenfeld "Naturschutz & Biodiversität" (n=209, Mehrfachantworten möglich).	45
Abbildung 9:	Meinungsbild in Bezug auf die Einrichtung einer offiziellen Beratungsperson für die Umsetzung bewusstseinsfördernder Maßnahmen je Viertel in Anzahl an Gemeinden (n=209).	45
Abbildung 10:	Graphische Darstellung der Popularitätsverhältnisse der untersuchten bewusstseinsfördernden Maßnahmen in Niederösterreich im Untersuchungszeitraum 2015-2018.	76
Abbildung 11:	Erfasste Einflussfaktoren auf die Motivation niederösterreichischer Gemeinden, sich an der Umsetzung bewusstseinsfördernder Maßnahmen zu beteiligen. Gesellschaftliche Trends und der interkommunale Vergleich fungieren dabei als übergeordnete Treiber (grün = fördernder Einfluss; grün/rot = fördernder oder hemmender Einfluss je Ausprägung; rot = hemmender Einfluss; fett = zentrale Einflussfaktoren; BPWW = Biosphärenpark Wienerwald).	77

Einzelbildnachweise Tabelle 4:

- Naturnahe Gestaltung & ökologische Pflege öffentlicher Grünflächen - Copyright Pröbstl Fabian 2019
- Öffentliche Obst- / Gemüsebeete - Copyright Pröbstl Fabian 2019
- Anlegung von Blühstreifen - Copyright Pröbstl Fabian 2019
- Naturschutzfachliche Schulungsangebote für Gemeindebeschäftigte - Copyright Pröbstl Fabian 2015
- Naturpädagogische Programme in Schulen - Copyright Koreska Agnes 2017
- Artikel in der Gemeindezeitung & -homepage - Copyright Pröbstl Fabian 2019
- Öffentliche Informationsveranstaltungen - Copyright Agnes Koreska 2019
- Feste mit naturschutzfachlichem Schwerpunkt - Copyright Pröbstl Fabian 2015
- Naturlehrpfad - Copyright Pröbstl Fabian 2019
- Naturschutzfachliche Exkursionen - Copyright Pröbstl Fabian 2019
- Anbringung von Nisthilfen & Insektenhotels - Copyright Pröbstl Fabian 2019
- Amphibienschutzaktionen - Copyright Pröbstl Fabian 2019
- Habitatpflegeeinsätze mit Freiwilligen - Copyright Götsch Marianne 2019

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Möglicher Bedeutungsumfang des Begriffs „Umweltbewusstsein“ (eigene Darstellung nach UMWELTBUNDESAMT 2016).....	11
Tabelle 2:	Prozentueller Anteil an starker Zustimmung („stimme vollkommen zu“) befragter Personen in Österreich und im EU Durchschnitt zu den einzelnen Aussagen (eigene Darstellung nach EC 2015).	14
Tabelle 3:	Mögliche Einflussfaktoren auf das individuelle Umweltbewusstsein (eigene Darstellung nach GIFFORD und NILSSON 2014).....	15
Tabelle 4:	Beispiele bewusstseinsfördernder Maßnahmen für den Erhalt der biologischen Vielfalt, welche durch niederösterreichische Gemeinden bereits umgesetzt werden. Maßnahmen der Kategorie (Kat.) V wirken vorrangig durch die Vorbildwirkung der Gemeinde, Maßnahmen der Kategorie I besitzen primär informativen Charakter und Maßnahmen der Kategorie A fokussieren auf Arten- und Landschaftsschutz (Bildquellen siehe Abbildungsverzeichnis).	23
Tabelle 5:	Kategorisierung der Anzahl der gesetzten Maßnahmen je Gemeinde.	32
Tabelle 6:	Grundcharakterisierung der teilnehmenden Gemeinden anhand ausgewählter demographischer, finanzbezogener und struktureller Eigenschaften (n=209).	37
Tabelle 7:	Tabellarische Verteilung der Gemeinden nach Anzahl gesetzter Maßnahmen je Gemeinde und entsprechend der Kategorisierungsvariable „MAnzahl Kat“ (n=209).	38
Tabelle 8:	Anzahl teilnehmender Gemeinden je öffentlicher oder privatwirtschaftlicher Initiative im Naturschutzbereich (n=209, Mehrfachantworten möglich).	42
Tabelle 9:	Anzahl an Gemeinden mit entsprechendem Anteil an der jeweiligen Schutzgebietskategorie (n=209, Mehrfachantworten möglich).....	42
Tabelle 10:	Anzahl an Gemeinden mit entsprechenden lokalen gesellschaftlichen Ressourcen (n=209, Mehrfachantworten möglich).....	43
Tabelle 11:	Ergebnisse der statistischen Auswertung auf mögliche Signifikanz ("*") der erhobenen Einflussfaktoren auf die Anzahl an durch die Gemeinden gesetzten Maßnahmen zum Signifikanzniveau $\alpha = 0,001923$	46
Tabelle 12:	Ergebnisse der statistischen Auswertung auf mögliche Signifikanz („*“) im Kontext der ökologischen Grünflächenpflege zum Signifikanzniveau $\alpha = 0,05$	47
Tabelle 13:	Grundcharakterisierung der interviewten Gemeinden, Interviewpersonen und gesetzten Maßnahmen (Nr. = fortlaufende Nummer der Interviews; IP = Interviewperson; NiG = Teilnahme an Initiative Natur im Garten; NSG = Anzahl an Naturschutzgebieten; NSO = Vorhandensein mindestens eines lokalen Vereins im Bereich Naturschutz oder einer lokalen Naturschutzorganisation)	48
Tabelle 14:	Grundmuster in Hinblick auf die Eigenschaften häufiger gesetzter Maßnahmen.	75

Anhang

Anhang I – Fragebogen der online Erhebung

Teil A: Fragenblock: Einstieg

A1. 1) In welchem Viertel befindet sich Ihre Gemeinde?

Weinviertel

Waldviertel

Mostviertel

Industrieviertel

Teil B: Fragenblock I

B1. 2) Bitte lesen Sie die folgende Liste vollständig durch. Kreuzen Sie jene Maßnahmen an, die auch in Ihrer Gemeinde unter kommunaler Beteiligung (= Anregung, Durchführung oder Finanzierung) während der Jahre 2015 - 2018 gesetzt wurden oder bestanden haben.

Ökologische Pflege & Gestaltung öffentlicher Grünflächen (Verwendung heimischer Arten, keine Pestizide)

Blühstreifen mit Informationstafel (z.B. für Wildbienen & Schmetterlinge)

Öffentliche Obst- / Gemüsebeete („Naschgärten/-hecken“)

Naturschutzfachliche Schulungsangebote für Gemeindemitarbeiter (z.B. pestizidfreie Flächenpflege)

Naturpädagogische Programme in Schulen (z.B. Nistkastenbau mit Kindern, Workshop zu Wildbienen)

Regelmäßige naturschutzfachliche Artikel in der Gemeindezeitung (z.B. Beiträge über regionale Pflanzen & Tiere, naturnahe Gartengestaltung)

Feste mit naturschutzfachlichem Schwerpunkt (z.B. Wiedehopffest, Schmetterlingsfest)

Naturlehrpfad

Regelmäßige öffentliche Informationsveranstaltungen zu Naturschutzthemen (z.B. Vorträge zu regionalen Pflanzen & Tieren, Lebensräumen)

Regelmäßige naturschutzfachliche Führungen

Anbringung von „Insektenhotels“

Anbringung von Vogelnisthilfen

Amphibienschutzaktion an Gemeindestraßen

Regelmäßige naturschutzfachliche Habitatpflegeeinsätze mit Freiwilligen (z.B. Entbuschen von Trockenrasen, Anlegung von Laichgewässern)

Keine der genannten (- Bitte auch in diesem Fall die (verkürzte) Erhebung weiter zu Ende ausfüllen. Ihre Rückmeldung ist für uns von großer Bedeutung -)

Weitere Maßnahmen, mit welchen Ihre Gemeinde das Bewusstsein für biologische Vielfalt fördert:



Weitere Maßnahmen, mit welchen Ihre Gemeinde das Bewusstsein für biologische Vielfalt fördert:

Teil C: Fragenblock II

C1. 3) Wer initiiert diese gesetzten Maßnahmen in Ihrer Gemeinde?

Bund / Land

Gemeinderat

Bürgermeister

Naturschutzorganisation (z.B. WWF, Naturschutzbund)

Bürgerverein

Privatbürger

Betriebe

Ext. Planungsbüro

Keine Angabe

Andere

Andere

C2. 4) Wer ist an der Durchführung der gesetzten Maßnahmen beteiligt?

Bund / Land

Gemeinderat

Gemeindearbeiter

Naturschutzorganisation

Bürgerverein

Privatbürger

Betriebe

Ext. Planungsbüro

Keine Angabe

Andere

Andere

C3. 5) Wie erfolgt die Finanzierung der gesetzten Maßnahmen?

Bund / Land

Gemeindebudget

EU Förderung

Naturschutzorganisation

Bürgerverein

Privatbürger

Betriebe

Privates Förderprogramm (z.B. Blühendes Österreich)

Keine Angabe

Andere

Andere

Teil D: Fragenblock II_2

D1. 6) Worin liegt die Hauptmotivation der Gemeindeverwaltung diese Maßnahmen zu setzen?

Anweisung Bund / Land

Förderanreize

Ortsverschönerung

Wohlbefinden der Bürger

Bewusstseinsbildung für Naturschutz

- Artenschutz
- Landschaftsschutz
- Erhalt der regionalen Kulturlandschaft
- Keine Angabe
- Andere

Andere

Teil E: Fragenblock III

E1. 7) Die folgenden Aussagen beziehen sich auf die Gesamtheit der eingangs gelisteten Maßnahmen.

Bitte kreuzen Sie an, wie stark die jeweiligen Aussagen für Ihre Gemeinde zutreffen:

	Trifft voll und ganz zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft überhaupt nicht zu	Weiß nicht
Auf der Gemeindeagenda sind derartige Maßnahmen kaum Thema.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Es gibt verfügbare öffentliche Flächen für die Ansaat von Blühstreifen oder Wildblumenbeeten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mit dem durchschnittlichen Gemeindebudget sind derartige Maßnahmen nicht finanzierbar.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Informationsmaterial zu „Naturschutz in der Gemeinde“ ist für den Gemeinderat leicht verfügbar.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die personellen und zeitlichen Ressourcen der Gemeindeverwaltung schränken die Umsetzung derartiger Maßnahmen stark ein.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Persönliches Engagement einzelner Gemeinderäte ist für derartige Maßnahmen entscheidend.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Den Gemeinden kommt eine gesellschaftlich wichtige Rolle bei der Bewusstseinsbildung für Naturschutz zu.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Gemeindebürger begrüßen die Umsetzung derartiger Maßnahmen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Teil F: Fragenblock IV

- F1. 8) Eine offizielle zentrale Beratungsperson für derartige Maßnahmen (z.B. ein „regionaler Biodiversitätsbeauftragter je Viertel“) wäre für Ihre Gemeinde:

Sehr hilfreich

Wahrscheinlich hilfreich

Nicht nötig, weil bereits vorhanden

Nicht nötig, weil kein Bedarf

Keine Angabe

- F2. 9) Als vorrangige Informationsquelle im Bereich „Naturschutz & Biodiversität“ kontaktiert die Gemeindeverwaltung üblicherweise:

Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus

Umweltbundesamt

Land NÖ

Energie- und Umweltagentur (eNu)

Landwirtschaftskammer

Universitäre Einrichtungen

Ext. Planungsbüros

Naturschutzorganisationen

Fachkundige Privatpersonen

Es besteht kein Informationsbedarf

Keine Angabe

Andere

Andere

Teil G: Fragenblock V

G1. 10) Bitte kreuzen Sie das Zutreffende für Ihre Gemeinde an.

Gibt es ...?

- | | Ja | Nein | Weiß
nicht |
|---|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| ♦ ein planerisches Entwicklungskonzept für artenreiche Gemeindegestaltung. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ♦ eine Kartierung wertvoller Lebensräume. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ♦ eine lokale Naturschutzgruppe (z.B. Naturschutzbund). | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ♦ eine Bürgerorganisation im Bereich Naturschutz (z.B. Verein für Habitatpflege). | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ♦ ambitionierte Privatpersonen für lokale Naturschutzanliegen. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ♦ fachkundige Gemeindebürger, welche Vorträge oder Führungen zu Naturthemen anbieten könnten. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| ♦ konkrete Pläne, manche der eingangs gelisteten Maßnahmen in den nächsten zwei Jahren durchzuführen. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

Teil H: Gemeindedaten

H1. Bitte vervollständigen Sie folgende allgemeine Angaben zu Ihrer Gemeinde:

11) Vorrangige Flächennutzung:

- Ackerbau
- Weinbau
- Grünlandwirtschaft
- Forstwirtschaft
- Industrie & Gewerbe
- Siedlungsfläche

H2. 12) Teilnahme an Initiative / Förderprogramm:

- Natur im Garten / pestizidfreie Gemeinde
- Blühendes Österreich / "Die Brennnessel"
- vielfaltleben

LEADER

Bodenbündnis

Keine der genannten

Keine Angabe

Andere naturschutzrelevante:

Andere naturschutzrelevante:

H3. 13) In der Gemeinde gibt es:

Naturschutzgebiet

Natura 2000-Gebiet (Europaschutzgebiet)

Naturpark

Naturdenkmal

Keine der genannten

Keine Angabe

Teil I: Abschlussfrage

II. 14) Bitte geben Sie abschließend an, welche Position Sie in Ihrer Gemeinde besetzen:

Umweltgemeinderätin / Umweltgemeinderat

Stadträtin / Stadtrat für Umwelt

Bürgermeisterin / Bürgermeister

Anderes Gemeinderatsmitglied

Andere Gemeindebedienstete

Keine Angabe

Andere

Andere

Interviewleitfaden

A) Gemeindedaten

- 1) Bitte geben Sie mir eingangs einen kurzen Überblick über Ihre Gemeinde? (z.B. in Hinblick auf Struktur, Flächennutzung, Erwerbstätigkeit der Bevölkerung, etc.)
- 2) Wie schätzen Sie das Bewusstsein/die „Stimmung“ der Gemeindebevölkerung generell zum Thema NS ein?
 - Gibt es Bürgervereine, lokale Naturschutzorganisationen; Schutzgebiete in Ihrer Gemeinde?

B) Gesetzte Maßnahmen

- 3) Können Sie mir die gesetzte Maßnahme(n) bzw. deren Hintergründe grob beschreiben:
 - Was wird konkret gemacht?
 - Wie ist es dazu gekommen?
 - Wer ist aller an der Durchführung beteiligt?
 - Wie erfolgt die Finanzierung?
 - In welcher Weise ist die Gemeindeverwaltung involviert?
- 4) Warum hat sich die Gemeinde zur Durchführung entschlossen (Vorteile/Ziele)?
- 5) Welche Argumente gab es im Gemeinderat dagegen (Zielkonflikte, Widerstand)?
- 6) Wie wird die Maßnahme von der Bevölkerung angenommen?
- 7) Gibt es weitere Maßnahmen, welche mit Beteiligung der Gemeindeverwaltung gesetzt werden um das Bewusstsein für den Erhalt der biologischen Vielfalt zu stärken? (z.B.: Informationsveranstaltungen, Habitatpflegeeinsätze, Naturlehrpfade, Blühstreifen für Bienen, naturnahe Grünflächengestaltung, etc.)
- 8) Ist die Gemeinde Mitglied bei Natur im Garten, vielfaltleben oder einer anderen naturschutzfachlichen Initiative?

C) Beweggründe für die Durchführung bewusstseinsbildender Maßnahmen

- 9) Welche Vorteile gibt es für Gemeinden derartige Maßnahmen zu setzen?
 - *Sozioökologische (Förderung Gemeinschaft, Lebensqualität; Sensibilisierung, Artenschutz)*
 - *Ökonomische (Förderanreize, Kosteneffizienz, Erosionsschutz, Tourismus)*
 - *Gesellschaftspolitische (externe Anregungen, Anweisung von Bund/Land)*
- 10) Gibt es Anreize für Gemeinden in diesem Bereich? Welche?
 - Welche Rolle spielen Förderungen?
 - Welche Rolle spielen Initiativen wie Natur im Garten oder vielfaltleben?
 - Gibt es juristische Vorgaben von Seiten des Bundes oder Lands?
- 11) Welche Faktoren sind nötig um derartige Maßnahmen durchführen zu können? (z.B. *Größe, Lage, Finanzhaushalt, Struktur; lokale NGO, ambitionierte Personen, Naturschutzgebiet, Bewusstsein; Druck von oben*)
- 12) Woher kommen dabei die Anstöße in Ihrer Gemeinde?
 - Gibt es eine „treibende Kraft“ in der Gemeinde?

D) Beweggründe gegen die Durchführung bewusstseinsfördernder Maßnahmen

- 13) Welche Faktoren halten (ihre) Gemeinden ab derartige Maßnahmen (verstärkt) zu setzen? (z.B. Finanzierung, Ressourcenmangel, Desinteresse, Widerstand aus Bevölkerung, keine verfügbaren Flächen, Zielkonflikte, etc.)
- 14) Wie könnte man dem entgegensteuern?
- Welche Anreize würden derartige Maßnahmen attraktiver machen?
 - Fühlen Sie sich bezüglich derartiger Maßnahmen gut informiert?
 - Wie würden Sie die Einrichtung eines regionaler Biodiversitätsbeauftragten als Ansprechperson für Gemeinden in diesem bewerten?

E) Wahrnehmung Naturschutz auf kommunaler Ebene

- 15) Wie wird NS generell auf kommunaler Verwaltungsebene wahrgenommen?
- Welchen Stellenwert besitzt Naturschutz auf der Gemeindeagenda?
 - Wo gibt es hauptsächlich Konflikte?
- 16) Wodurch können Bürger Ihrer Meinung nach effektiv für NS sensibilisiert werden?
- Glauben Sie macht es Sinn Naturschutzmaßnahmen verstärkt auch im Nahbereich von Siedlungen zu setzen? Warum?
- 17) Wessen Aufgabe ist es gesellschaftlich für NS zu sensibilisieren?
- Glauben Sie sollten/können Gemeinden eine proaktivere Rolle in der Bewusstseinsbildung für NS einnehmen? Warum?

Abschlussfrage

- 18) Wenn Sie zwei Wünsche frei hätten, was würden sie sich von Bund oder Land wünschen, von dem sie sagen würden, damit könnte man der Natur in der Gemeinde wirklich weiterhelfen?

Anhang III – Analysekategorien mit Themenfeldern zur Auswertung der qualitativen Interviews

- **K1 Gemeindedaten**
 - Allgemein
 - Lage
 - Historische Entwicklung
 - Bevölkerungsanzahl
 - Bevölkerungsentwicklung
 - Pendlerquote
 - Flächennutzung
 - Sonstiges
 - Naturschutzfachlich
 - Generelle Stimmung in Bevölkerung
 - Naturschutzgruppen, lokale Vereine
 - Schutzgebiete
 - Grundhaltung der Gemeinde in Bezug auf Naturschutz
 - Sonstiges
 - umweltschutzbezogen & sonstiges

- **K2 Gesetzte Maßnahme**
 - Beschreibung der Maßnahme
 - Initiierung
 - Finanzierung
 - Beteiligte
 - „treibende Kraft“
 - Akzeptanz der Bevölkerung
 - Erfolgsfaktoren
 - Probleme
 - Weitere bw-f Maßnahmen

- **K3a Einflussfaktoren für bwf. Maßnahmen**
 - Ökonomische
 - Lage & Struktur (Viertel, Urbanisierungsgrad, Fläche, Bevölkerungsanzahl)
 - Finanzen (Kosten der Maßnahmen, touristische Zusatzeinnahmen, Förderbezug)
 - Ressourcen der kommunalen Verwaltung & des Gemeinderats (zeitliche und personelle Ressourcen der kommunalen Verwaltung)
 - Gesellschaftspolitische
 - Vorbildwirkung anderer Gemeinden
 - Konsistentes öffentliches Auftreten
 - Gesellschaftliche Trends
 - Ansehen, Stolz eigener Gemeinde
 - Förderung des Zusammenhalts
 - Befürwortung/Interesse durch Gemeindebevölkerung
 - Gesundheit & Wohlbefinden der Gemeindebevölkerung
 - Ist Verantwortung jeder Gemeinde
 - Politischer Vorteil für Akteure
 - Externe Anregungen & Information
 - Unterstützung durch externe Initiative
 - Unterstützung durch gesellschaftliche Ressourcen
 - Unterstützung durch Schutzgebietsverwaltung
 - Informationsbereitstellung
 - generelle mediale Aufmerksamkeit

- Ausgeschriebene Preise
 - Bedarf Biodiversitätsbeauftragte
 - Informationsverfügbarkeit
 - Naturschutzfachlich
 - konkreter Artenschutzgedanke
 - Erhalt einzigartiger Natur & Kulturlandschaft in Gemeinde
 - Erhalt einzigartiger Kulturlandschaft
 - Persönliche Motive
 - Erhalt der Natur für Kinder
 - Freude von Kindern bei Teilnahme
 - Kinder sollen Bezug zu Natur erhalten
 - Persönliches Engagement
 - Persönlicher Bezug zu Natur, Kulturlandschaft
 - Handelnde Personen sind entscheidend
 - Bewusstsein der Einzelakteure
 - Drang etwas tun zu müssen gegen Übel in der Welt
 - Gefühl mit sowas noch an die Bevölkerung ranzukommen
 - Naturschutz = Menschenschutz
 - Umweltschutz
- **K3b Beweggründe gegen bwf. Maßnahmen**
 - Fehlende ökonomische Anreize
 - Zu hohe Kosten
 - Fehlende finanzielle Unterstützung
 - Fehlende Fläche (z.B. für Blühstreifen)
 - Lage & Struktur (Viertel, Urbanisierungsgrad, Fläche, Bevölkerungsanzahl)
 - Ressourcen der kommunalen Verwaltung & des Gemeinderats
 - Schäden durch alternative Bewirtschaftung (z.B. NiG Bürste)
 - Fehlende gesellschaftspolitische Vorteile & Widerstand
 - Mangelnde Akzeptanz
 - Mangelnde Partizipation & Engagement der Bevölkerung, lokale Vereine
 - Aktiver Widerstand der Bevölkerung oder Gemeindebeschäftigter
 - Keine wesentlichen gesellschaftspolitischen Vorteile
 - Negativerlebnisse anderer Gemeinden
 - Fehlende externe Anregungen & Information
 - Fehlende finanzielle Unterstützung durch Initiativen bei Angeboten
 - Fehlende Anregung und Betreuung durch Initiativen
 - Mangel an bereitgestellter Information
 - Schlechter Informationsverfügbarkeit
 - Fehlendes naturschutzfachliches Bewusstsein
 - Fehlende persönliche Motivation & sonstiges
 - **K3c Ausgeschlossene Aspekte**
 - **K4 (eNu) Informationsbedarf & Biodiversitätsbeauftragter**
 - **K5 Wahrnehmung Naturschutz insgesamt**
 - Gesellschaftliche Verantwortungsträger für Naturschutz
 - Konkurrenz auf politischer Agenda
 - Kommunale Hauptkonfliktbereiche
 - Landsparing VS. Landsharing Ansatz
 - Möglichkeiten Öffentlichkeit für Naturschutz zu sensibilisieren

Anhang IV – Ausgabe der Testung in der Statistiksoftware R

Ergebnis chi² Tests: Maßnahmenanzahl - Lage je Viertel

Frequency table:

MAnzahl.Kat	Viertel			
	Industriev	MostV	WaldV	WeinV
Hoch	21	12	12	13
Kein/Gering	14	12	9	12
Mittel	15	22	18	18
Sehr hoch	16	7	5	3

Pearson's Chi-squared test

data: .Table

X-squared = 11.981, df = 9, p-value = 0.2144

Ergebnis Fisher Test: Maßnahmenanzahl - Urbanisierungsgrad

Frequency table:

MAnzahl.Kat	UR_TYP..2013..Kat.grob	
	ländlich	städtisch
Hoch	52	6
Kein/Gering	46	1
Mittel	62	11
Sehr hoch	24	7

Fisher's Exact Test for Count Data

data: .Table

p-value = 0.02393

alternative hypothesis: two.sided

Ergebnis chi² Test: Maßnahmenanzahl – Fläche Siedlungsraum

Frequency table:

MAnzahl.Kat	Siedlungs..raum.in...Kat.		
	=10	>10	>20
Hoch	14	27	17
Kein/Gering	16	18	13
Mittel	17	39	17
Sehr hoch	5	10	16

Pearson's Chi-squared test

data: .Table

X-squared = 11.387, df = 6, p-value = 0.07713

Ergebnis chi² Test: Maßnahmenanzahl – Fläche Gemeindegröße

Frequency table:

MAnzahl.Kat	Fläche.in.km²..2018..Kat		
	=20	>20	>40
Hoch	19	19	20
Kein/Gering	15	14	18
Mittel	19	27	27
Sehr hoch	13	10	8

Pearson's Chi-squared test

data: .Table

X-squared = 3.2578, df = 6, p-value = 0.7759

Ergebnis chi² Test: Maßnahmenanzahl – Bevölkerungsanzahl 2017

Frequency table:

MAnzahl.Kat	Einwohner.2017.Kat		
	=1750	>1750	>3000
Hoch	25	14	19
Kein/Gering	23	12	12
Mittel	33	27	13
Sehr hoch	4	6	21

Pearson's Chi-squared test

data: .Table

X-squared = 28.483, df = 6, p-value = 7.62e-05

Ergebnis Fisher Test: Maßnahmenanzahl – Trend Bevölkerungsentwicklung 2007-2017

Frequency table:

MAnzahl.Kat	Einwohner.Trend.Analyse.Kat		
	Abnahme	Konstant	Zunahme
Hoch	22	2	34
Kein/Gering	18	3	26
Mittel	31	6	36
Sehr hoch	8	0	23

Fisher's Exact Test for Count Data

data: .Table

p-value = 0.3192

alternative hypothesis: two.sided

Ergebnis chi² Test: Maßnahmenanzahl – durchschnittliche außerordentliche Einnahmen pro Kopf 2012-2017

Frequency table:

MAnzahl.Kat	Außerordentliche.Einnahmen.5.Jahre.pro.Kopf.Schnitt.Kat		
	=375	>375	>550
Hoch	25	15	18
Kein/Gering	17	12	18
Mittel	21	26	26
Sehr hoch	13	11	7

Pearson's Chi-squared test

data: .Table

X-squared = 5.4471, df = 6, p-value = 0.4879

Ergebnis chi² Test: Maßnahmenanzahl – Einschränkungen durch Gemeindebudget (Likert-item 1)

Frequency table:

MAnzahl.Kat	GemeindebudgetEl	
	Trifft nicht zu	Trifft zu
Hoch	34	23
Kein/Gering	30	15
Mittel	50	20
Sehr hoch	27	4

Pearson's Chi-squared test

data: .Table

X-squared = 7.4251, df = 3, p-value = 0.05951

Ergebnis chi² Test: Maßnahmenanzahl – Leichtigkeit im Bezug von Informationsmaterial (Likert-item 2)

Frequency table:

MAnzahl.Kat	Informationsmaterial	
	Trifft nicht zu	Trifft zu
Hoch	11	47
Kein/Gering	18	26
Mittel	13	60
Sehr hoch	8	23

Pearson's Chi-squared test

data: .Table

X-squared = 9.2135, df = 3, p-value = 0.02658

Ergebnis chi² Test: Maßnahmenanzahl – Einschränkung durch personelle und zeitliche Ressourcen (Likert-item 3)

Frequency table:

MAnzahl.Kat	Ressourcen	
	Trifft nicht zu	Trifft zu
Hoch	25	32
Kein/Gering	18	27
Mittel	31	40
Sehr hoch	15	15

Pearson's Chi-squared test

data: .Table

X-squared = 0.73279, df = 3, p-value = 0.8655

Ergebnis Fisher Test: Maßnahmenanzahl – Bedeutung des Engagements von Mitgliedern des Gemeinderats (Likert-item 4)

Frequency table:

MAnzahl.Kat	Engagement	
	Trifft nicht zu	Trifft zu
Hoch	1	57
Kein/Gering	5	41
Mittel	4	68
Sehr hoch	2	29

Fisher's Exact Test for Count Data

data: .Table

p-value = 0.2397

alternative hypothesis: two.sided

Ergebnis Fisher Test: Maßnahmenanzahl – Bedeutung der Gemeinden für die Bewusstseinsbildung (Likert-item 5)

Frequency table:

MAnzahl.Kat	gesellschaftliche.Rolle	
	Trifft nicht zu	Trifft zu
Hoch	4	53
Kein/Gering	8	39
Mittel	11	59
Sehr hoch	0	31

Fisher's Exact Test for Count Data

data: .Table

p-value = 0.02957

alternative hypothesis: two.sided

Ergebnis Fisher Test: Maßnahmenanzahl – Akzeptanz der Bevölkerung (Likert-item 6)

Frequency table:

MAnzahl.Kat	Befürwortung.Bürger	
	Trifft nicht zu	Trifft zu
Hoch	4	52
Kein/Gering	7	36
Mittel	4	67
Sehr hoch	3	28

Fisher's Exact Test for Count Data

data: .Table

p-value = 0.2786

alternative hypothesis: two.sided

Ergebnis chi² Test: Maßnahmenanzahl – Vorhandensein einer lokalen Naturschutzorganisation

Frequency table:

MAnzahl.Kat	lokale.NaturschutzgruppeGI	
	Ja	Nein
Hoch	18	35
Kein/Gering	6	40
Mittel	7	60
Sehr hoch	7	20

Pearson's Chi-squared test

data: .Table

X-squared = 12.396, df = 3, p-value = 0.006143

Ergebnis chi² Test: Maßnahmenanzahl – Vorhandensein eines lokalen Vereins im Bereich Naturschutz

Frequency table:

MAnzahl.Kat	BürgerorganisationGI	
	Ja	Nein
Hoch	20	35
Kein/Gering	4	40
Mittel	7	63
Sehr hoch	8	21

Pearson's Chi-squared test

data: .Table

X-squared = 18.091, df = 3, p-value = 0.0004213

Ergebnis Fisher Test: Maßnahmenanzahl – Vorhandensein ambitionierter Privatpersonen für lokale Naturschutzanliegen

Frequency table:

MAnzahl.Kat	ambitionierte.PrivatpersonenGI	
	Ja	Nein
Hoch	54	1
Kein/Gering	25	15
Mittel	54	13
Sehr hoch	26	1

Fisher's Exact Test for Count Data

data: .Table

p-value = 4.969e-06

alternative hypothesis: two.sided

Ergebnis chi² Test: Maßnahmenanzahl – Vorhandensein naturschutzfachkundiger Einzelpersonen

Frequency table:

MAnzahl.Kat	fachkundige.GemeindebürgerGl	
	Ja	Nein
Hoch	43	10
Kein/Gering	15	22
Mittel	36	22
Sehr hoch	19	5

Pearson's Chi-squared test

data: .Table

X-squared = 18.264, df = 3, p-value = 0.000388

Ergebnis Fisher Test: Maßnahmenanzahl – Mitgliedschaft Natur im Garten

Frequency table:

MAnzahl.Kat	NiG.pestizidfrei	
	Ja	Nein
Hoch	50	8
Kein/Gering	21	26
Mittel	49	24
Sehr hoch	27	4

Pearson's Chi-squared test

data: .Table

X-squared = 26.363, df = 3, p-value = 8.006e-06

Ergebnis chi² Test: Maßnahmenanzahl – Mitgliedschaft LEADER

Frequency table:

MAnzahl.Kat	LEADER	
	Ja	Nein
Hoch	38	20
Kein/Gering	26	21
Mittel	57	16
Sehr hoch	17	14

Pearson's Chi-squared test

data: .Table

X-squared = 8.8688, df = 3, p-value = 0.03109

Ergebnis Fisher Test: Maßnahmenanzahl – Mitgliedschaft Blühendes Österreich

Frequency table:

MAnzahl.Kat	bÖ	
	Ja	Nein
Hoch	1	57
Kein/Gering	2	45
Mittel	1	72
Sehr hoch	6	25

Fisher's Exact Test for Count Data

data: .Table

p-value = 0.001807

alternative hypothesis: two.sided

Ergebnis Fisher Test: Maßnahmenanzahl – Mitgliedschaft vielfaltleben

Frequency table:

MAnzahl.Kat	vl	
	Ja	Nein
Hoch	5	53
Kein/Gering	0	47
Mittel	0	73
Sehr hoch	2	29

data: .Table

p-value = 0.006618

alternative hypothesis: two.sided

Ergebnis chi² Test: Maßnahmenanzahl – Anteil an Naturschutzgebiet

Frequency table:

MAnzahl.Kat	Naturschutzgebiet	
	Ja	Nein
Hoch	12	46
Kein/Gering	7	40
Mittel	12	61
Sehr hoch	10	21

Pearson's Chi-squared test

data: .Table

X-squared = 4.3165, df = 3, p-value = 0.2293

Ergebnis chi² Test: Maßnahmenanzahl – Anteil an Natura2000 Gebiet

Frequency table:

MAnzahl.Kat	Natura2000.Gebiet	
	Ja	Nein
Hoch	32	26
Kein/Gering	21	26
Mittel	37	36
Sehr hoch	15	16

Pearson's Chi-squared test

data: .Table

X-squared = 1.1938, df = 3, p-value = 0.7545

Ergebnis Fisher Test: Maßnahmenanzahl – Anteil an Naturpark

Frequency table:

MAnzahl.Kat	Naturpark	
	Ja	Nein
Hoch	4	54
Kein/Gering	3	44
Mittel	7	66
Sehr hoch	8	23

Fisher's Exact Test for Count Data

data: .Table

p-value = 0.04681

alternative hypothesis: two.sided

Ergebnis Fisher Test: Maßnahmenanzahl – Anteil an Nationalpark

Frequency table:

MAnzahl.Kat	Nationalpark	
	Ja	Nein
Hoch	1	57
Kein/Gering	1	46
Mittel	1	72
Sehr hoch	1	30

Fisher's Exact Test for Count Data

data: .Table
p-value = 0.9072
alternative hypothesis: two.sided

Ergebnis Fisher Test: Maßnahmenanzahl – Anteil an Biosphärenpark Wienerwald

Frequency table:

MAnzahl.Kat	BPWW	
	Ja	Nein
Hoch	5	53
Kein/Gering	1	46
Mittel	4	69
Sehr hoch	12	19

Fisher's Exact Test for Count Data

data: .Table
p-value = 1.031e-05
alternative hypothesis: two.sided

Ergebnis chi² Test: Mitgliedschaft Natur im Garten – Durchführung der Maßnahme „Ökologische Pflege und Gestaltung öffentlicher Grünflächen“

Frequency table:

Ökologische.Grünflächen	NiG.pestizidfrei	
	Ja	Nein
Ja	129	34
Nein	18	28

Pearson's Chi-squared test

data: .Table
X-squared = 27.525, df = 1, p-value = 1.55e-07

Ergebnis chi² Test: Mitgliedschaft Natur im Garten – Durchführung der Maßnahme „Naturschutzfachliche Schulungsangebote für Gemeindemitarbeiter“

Frequency table:

NiG.pestizidfrei	Schulung.Gemeindearbeiter	
	Ja	Nein
Ja	78	69
Nein	16	46

Pearson's Chi-squared test

data: .Table
X-squared = 13.089, df = 1, p-value = 0.000297

Ergebnis chi² Test: Durchführung der Maßnahme „Ökologische Pflege und Gestaltung öffentlicher Grünflächen“ – Durchführung der Maßnahme „Naturschutzfachliche Schulungsangebote für Gemeindemitarbeiter“

Frequency table:

Ökologische.Grünflächen	Schulung.Gemeindearbeiter	
	Ja	Nein
Ja	86	77
Nein	8	38

Pearson's Chi-squared test

data: .Table
X-squared = 18.135, df = 1, p-value = 2.058e-05

Anhang V – Boxplots signifikanter Einflussfaktoren in der Statistiksoftware R

Graphische Darstellung des Zusammenhangs zwischen den signifikanten Variablen der Testung in Bezug auf die Anzahl der, in der Gemeinde gesetzten, Maßnahmen.

(Ausgabe der Variablen von links oben: „Bevölkerungsanzahl“, „lokaler Verein im Bereich Naturschutz“, „ambitionierte Privatpersonen für lokale Naturschutzanliegen“, „naturschutzfachkundige Einzelpersonen“, „Natur im Garten“, „Blühendes Österreich“ und „Biosphärenpark Wienerwald“).

